



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

5. Sitzung

6. Wahlperiode

Mittwoch, 14. Dezember 2011, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst-, Anwärter-, Amts- und Versorgungsbezügen des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2011/2012 sowie zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/70 – 42
Änderung der Tagesordnung 3	
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 3	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) – Drucksache 6/186 – 42
Erweiterung der Tagesordnung 3	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/194 – 42
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern 3	Torsten Koplín, DIE LINKE 42 Tilo Gundlack, SPD 43 Jeannine Rösler, DIE LINKE 44 Torsten Renz, CDU 45 Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 47
Ministerpräsident Erwin Sellering 3	
Helmut Holter, DIE LINKE 13	
Dr. Norbert Nieszery, SPD 22	
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 27	
Vincent Kokert, CDU 31	
Jeannine Rösler, DIE LINKE 34	
Udo Pastörs, NPD 35	
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 37	
Torsten Koplín, DIE LINKE 39	
Heinz Müller, SPD 40	
	B e s c h l u s s 48
	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT 48
	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (zur Geschäftsordnung) 48 Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung) 49
Änderung der Tagesordnung 42	

B e s c h l u s s	49	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/195 –	56
Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zur Änderung des Staatsvertrages über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/30 –	49	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/196 –	56
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) – Drucksache 6/185 –	49	Katharina Feike, SPD	56, 64
B e s c h l u s s	49	Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	57
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisneuordnungsgesetz – LNOG M-V) (Erste Lesung) – Drucksache 6/165 –	49	Minister Dr. Till Backhaus	58
Jeannine Rösler, DIE LINKE	49	Beate Schlupp, CDU	61
Heinz Müller, SPD	51	Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	62
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	52	Stefan Köster, NPD	62
Marc Reinhardt, CDU	53	B e s c h l u s s	65
Michael Andrejewski, NPD	54	Antrag der Fraktion DIE LINKE Vorrundengruppenspiele zur Volleyball-Europameisterschaft 2013 in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen – Drucksache 6/131 –	65
Peter Ritter, DIE LINKE	54	Henning Foerster, DIE LINKE	65, 69
B e s c h l u s s	56	Minister Lorenz Caffier	66
Antrag der Finanzministerin Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2010 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – – Drucksache 6/138 –	56	Wolfgang Waldmüller, CDU	66
B e s c h l u s s	56	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	67
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Strategie zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in Tierhaltungen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 6/170 –	56	Heinz Müller, SPD	68
		Stefan Köster, NPD	68
		B e s c h l u s s	70
		Antrag der Fraktion DIE LINKE GAP-Reform 2014 aktiv begleiten – Wettbewerbsfähigkeit einer umweltgerechten Landwirtschaft sichern – Drucksache 6/163 –	70
		Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	70, 78
		Thomas Krüger, SPD	71
		Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	73
		Heino Schütt, CDU	74
		Stefan Köster, NPD	76
		Minister Dr. Till Backhaus	76
		B e s c h l u s s	78
		Nächste Sitzung Donnerstag, 15. Dezember 2011	78

Beginn: 10.01 Uhr

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 5. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die vorläufige Tagesordnung der 5., 6. und 7. Sitzung liegt Ihnen vor.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in unserer Sitzung am 17. November haben wir uns auf Antrag aller demokratischen Fraktionen mit der grausamen Serie von Morden und Anschlägen einer neonazistischen Verbrecherbande befasst. Wir empfinden Trauer und Bestürzung,

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, die Aktuelle Stunde zu Beginn der morgigen Sitzung aufzurufen. Die Fraktionen verständigen sich zeitnah darüber, welche Tagesordnungspunkte der morgigen Sitzung gegebenenfalls bereits heute im Anschluss an Tagesordnungspunkt 8 beraten werden können. Darüber hinaus ist vereinbart worden, die Beratung der Tagesordnungspunkte 20 und 25 zu tauschen.

(Udo Pastörs, NPD: Mutmaßungen.)

wir spüren Fassungslosigkeit und Scham angesichts dieser kaltblütigen Verbrechen und der Details, die wir dazu seither erfahren.

Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 5., 6. und 7. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Unser tiefes Mitgefühl, unsere Anteilnahme gilt den Opfern und ihren Angehörigen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Allen anderen Mordopfern auch.)

ihren Schicksalen und ihrem Leid. Die Kinder, die Eltern, die Geschwister, die Witwen der Mordopfer und die Verletzten der Bombenattentate sollen sich unserer Solidarität gewiss sein.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 6/187 zum Thema: „Winterabschiebestopp für Angehörige der Roma-Minderheit nach Serbien und in das Kosovo“ vorgelegt, der in die Tagesordnung aufgenommen werden soll. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach angemessener Zeit für eine Verständigung

Dies ist für alle Demokraten die Zeit, im ganz besonderen Maße zusammenzustehen und gegen Extremismus und Gewalt, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

(Udo Pastörs, NPD: Die können Sie doch mit nach Hause nehmen.)

(Stefan Köster, NPD: Lösen Sie doch erst mal den Verfassungsschutz auf!)

in unserem Land zu stimmen und damit

innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 3 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Stefan Köster, NPD)

die Grundwerte unserer Landesverfassung zu verteidigen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern.**

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Halt die Klappe!)

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Wir stehen in der Pflicht, mit allen Mitteln, die uns der demokratische Rechtsstaat in die Hand gegeben hat,

Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Herr Erwin Sellering.

(Udo Pastörs, NPD: Was ist das?)

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

gegen den geistigen Nährboden zu kämpfen, der zu solchen Gewalttaten führt.

(Udo Pastörs, NPD:
 Klären Sie sie erst auf!)

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Landtagswahl am 4. September 2011 ist die SPD erneut stärkste Kraft geworden. Nach Sondierungsgesprächen mit der CDU wie mit der LINKEN, für deren konstruktiven Charakter ich beiden ausdrücklich danke, nach diesen Gesprächen haben SPD und CDU beschlossen, ihre Zusammenarbeit hier im Landtag fortzusetzen und erneut gemeinsam die Landesregierung zu bilden. Dazu ist ein umfassender Vertrag ausgehandelt worden.

Das sind wir uns und unserer Gesellschaft, das sind wir aber vor allem den Opfern und den Familien der Opfer schuldig.

Ich darf Sie bitten, sich zum Gedenken an die Mordopfer und zum Ausdruck Ihrer Anteilnahme für die Angehörigen und für die Verletzten der Bombenattentate von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 25. Oktober hat mich der Landtag wieder zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt. Ich bedanke mich

sehr herzlich für die Unterstützung und für das Vertrauen. Und ich wünsche mir eine gute Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Landtag in den kommenden fünf Jahren, nicht nur mit den Regierungsfractionen, sondern auch mit den Fraktionen der demokratischen Opposition. Ich sage: Wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung aus SPD und CDU hat für die kommenden fünf Jahre einen klaren Anspruch: Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern gut und verlässlich regieren

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und wir wollen dafür sorgen, dass unser Land weiter vorankommt auf seinem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft.

Mecklenburg-Vorpommern wird,

(Udo Pastörs, NPD: Immer dieselbe Leier.)

wie die anderen ostdeutschen Länder auch, nur noch bis Ende dieses Jahrzehnts eine besondere Unterstützung erhalten und danach müssen wir auf eigenen Füßen stehen. Diese nächsten fünf Jahre, davon bin ich überzeugt, diese nächsten fünf Jahre entscheiden darüber, ob wir dieses Ziel erreichen. Ich sage Ihnen zu, wir werden alles dafür tun, meine Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Was machen
Sie, wenn es nicht klappt?)

Gut und verlässlich regieren und das Land voranbringen, das mag im ersten Moment nicht besonders spannend klingen. Ich weiß aber aus vielen Gesprächen, dass die Bürgerinnen und Bürger genau das von ihrer Regierung erwarten,

(Udo Pastörs, NPD: Die gehen zur
Hälfte schon gar nicht mehr zur Wahl.)

sachorientierte, verlässliche und gute Regierungsarbeit, von der das Land profitiert. Das ist unser Anspruch,

(Michael Andrejewski, NPD: Ach ja!)

und den wollen wir gemeinsam mit den Regierungsfractionen aus SPD und CDU umsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Gute Regierungsarbeit braucht klare Ziele, braucht eine klare Richtung – die haben wir.

Für die Landesregierung steht fest: Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich weiter voranbringen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

damit Arbeitsplätze entstehen, Arbeitsplätze gesichert werden, und zwar Arbeitsplätze, von denen man auch leben kann. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt im

Land stärken und wir wollen weiter eine solide Finanzpolitik, auch aus Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Das ist unser Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft.

Meine Damen und Herren, ich werde in dieser Regierungserklärung nicht in allen Einzelheiten auf das eingehen, was in der Koalition gemeinsam vereinbart worden ist. Das steht, nachlesbar für alle, im Koalitionsvertrag. Ich möchte mich heute konzentrieren auf den generellen Kurs, auf die Leitlinien für die Regierungsarbeit in den kommenden fünf Jahren.

Meine Damen und Herren, wo steht unser Land heute? Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den letzten 21 Jahren seit der Gründung wirklich gut entwickelt.

(Udo Pastörs, NPD: Bankrott und vergeist.)

Das Land hat deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit Gründung des Landes.

(Michael Andrejewski, NPD:
Der Endsieg ist sicher. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Also das ist ja wohl nicht zu fassen!)

Wir haben eine moderne Infrastruktur – nehmen Sie nur die A 20, die neue Rügenbrücke, moderne Häfen oder die wunderschön restaurierten, sanierten Städte und Dörfer.

(Udo Pastörs, NPD: Ach,
ist das alles paradiesisch!)

Mecklenburg-Vorpommern ist das beliebteste Sommerreiseziel in Deutschland und wir sind inzwischen stark in wichtigen Zukunftsbranchen wie der Gesundheitswirtschaft oder den erneuerbaren Energien.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Auch im Sozialbereich ist die Entwicklung insgesamt positiv. Wir haben heute hochmoderne Krankenhäuser und Rehaeinrichtungen im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern. Und mit unserem Kita-Angebot sind wir in Mecklenburg-Vorpommern schon da, wo andere Länder erst noch mühsam hinwollen.

Die Landesregierung hat im letzten Jahr zum 20-jährigen Bestehen des Landes eine Umfrage zu der Entwicklung des Landes durchgeführt. Das Ergebnis ist: 92 Prozent der Mecklenburger und Vorpommern sagen, dass sich das Land gut oder sogar sehr gut entwickelt hat, und genauso viele sagen, dass sie gern oder sehr gern hier leben. Ich finde, das sind beeindruckende Zahlen, die zeigen, wir in Mecklenburg-Vorpommern sind zunehmend stolz auf das,

(Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie mal
die, die abhauen – und warum!)

was wir gemeinsam geschafft haben, und das zu Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig,

Herr Ministerpräsident, sehr richtig.
Ein Lob an die Bürgerinnen und
Bürger unseres Landes.)

Aber, meine Damen und Herren, trotz aller gemeinsamen Anstrengungen, trotz großartiger Leistungen der Mecklenburger und Vorpommern, trotz der starken Unterstützung des Bundes und der anderen Länder, für die wir dankbar sind, der Aufholprozess ist noch nicht abgeschlossen.

Ich will das nur an drei Zahlen festmachen: Mecklenburg-Vorpommern erreicht nur etwa 70 bis 75 Prozent der Wirtschaftskraft westdeutscher Länder. Die Arbeitslosigkeit ist zwar gesunken, aber die Quote liegt mit 11,6 Prozent immer noch über der aller westdeutschen Länder. Und auch beim Einkommen haben wir erst rund 80 Prozent des bundesdeutschen Niveaus erreicht.

(Udo Pastörs, NPD: Stimmt nicht.
Das ist unter 80, deutlich unter 80.)

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz spricht vom Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Wir wollen, wir müssen weiter aufholen, wir wollen näher ran an die westdeutschen Flächenländer, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, auf diesem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft sehe ich vier Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Die erste ist, wir müssen das Land in wirtschaftlich unsicheren Zeiten auf Kurs halten. Als ich 2008 Ministerpräsident wurde, ging es fast zeitgleich mitten hinein in die Finanz- und Wirtschaftskrise.

(Udo Pastörs, NPD:
Na, die ist ja überwunden.)

Gleich in den ersten Tagen war ich mehrfach in Berlin. Es ging darum, einen Rettungsschirm für die Banken aufzuspannen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

damit der Wirtschaftskreislauf nicht zum Erliegen kommt, damit die Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gesichert werden.

Heute können wir sagen, Deutschland ist besser durch diese Krise gekommen als viele andere Länder.

(Udo Pastörs, NPD: Warten Sie doch
erst mal ab! Das ist noch gar nicht
zu Ende. Warten Sie es erst ab!)

Und auch unser Land, auch Mecklenburg-Vorpommern, hat trotz Krise weiter an Wirtschaftskraft gewonnen, und zwar auch deshalb, weil wir hier im Landtag in schwierigen Situationen zusammengehalten haben. Dafür möchte ich mich heute ausdrücklich bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen natürlich, Stichwort „Eurokrise“, welche Herausforderungen noch auf uns zukommen. Meine Bitte ist: Lassen Sie uns auch in den kommenden Jahren möglichst in großer Gemeinsamkeit alles dafür tun,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass unser Land auf dem richtigen Kurs bleibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Die zweite Herausforderung: Wir müssen uns auf rückläufige Finanzmittel der EU, des Bundes und der finanzstarken Länder einstellen. Es ist absehbar, dass Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2013 kein EU-Höchstfördergebiet mehr sein wird. Die Förderung wird nicht auf null zurückgehen, aber das Land wird mit deutlich weniger EU-Mitteln auskommen müssen. Gleichzeitig gehen die Mittel aus dem Solidarpakt II zurück. Zurzeit sind das 846 Millionen Euro im Jahr, 2016 wird das nur noch etwa die Hälfte sein, 453 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung ist klar: Wir müssen die solide Finanzpolitik unbedingt fortsetzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Und wir müssen weiter gezielt in die Bereiche investieren, die für die Entwicklung unseres Landes besonders wichtig sind: in Wirtschaft und Arbeit, in Bildung, Familien und Kinder. Wir haben dazu im Koalitionsvertrag zwei ganz wichtige, grundsätzliche Festlegungen getroffen: Wir werden die Solidarpaktmittel weiter zu 100 Prozent in den Aufholprozess stecken und wir werden alle bereitstehenden, alle erreichbaren Fördermittel des Bundes und der EU grundsätzlich weiter mit Landesmitteln kofinanzieren. Es sollen uns keine Gelder verloren gehen, meine Damen und Herren. Wir müssen, gerade wenn die Mittel knapper werden, sie weiter vollständig und sehr gezielt in den Aufholprozess investieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig.)

Die dritte Herausforderung ist der demografische Wandel. Die Landesregierung hat dazu Anfang des Jahres einen Strategiebericht vorgelegt. Ich habe hierzu eine Regierungserklärung abgegeben. Es ist absehbar, dass wir trotz zurückgehender Abwanderung – es ist ja so, dass das deutlich besser wird und dass wir trotz einer im Bundesvergleich ...

(Udo Pastörs, NPD: Ja, weil keine
mehr da sind, die noch gehen können.)

Ein bisschen mehr Abwanderung würde ich mir an der einen oder anderen Stelle wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Aber die
Jugend ist weg, die Jugend ist weg.)

Meine Damen und Herren, trotz einer im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Geburtenrate,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

über die wir uns freuen müssen, die Zahl der Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern wird weiter zurückgehen und zugleich wird das Durchschnittsalter ansteigen. Das stellt uns vor große Herausforderungen, aber es eröffnet auch Chancen.

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, dass wir die öffentliche Daseinsvorsorge auch im ländlichen Raum neu ausrichten müssen. Und wir müssen gleichzeitig attraktive Bedingungen dafür schaffen, dass junge Menschen sich eine Zukunft hier in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen können.

(Udo Pastörs, NPD: Von welchen jungen Menschen reden Sie?)

Meine Damen und Herren, die vierte Herausforderung besteht darin, dass wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land bewahren müssen. Ich sehe mit großer Sorge, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Das ist ein Problem nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland. Während Teile, weite Teile der Gesellschaft von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren,

(Udo Pastörs, NPD: Trotz oder wegen der Demokratie?)

sind andere Gruppen in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit, von niedrigen Einkommen betroffen,

(Michael Andrejewski, NPD: Wer ist dafür wohl verantwortlich?)

nehmen Sie nur Alleinerziehende, meine Damen und Herren.

Ich habe in meiner ersten Regierungserklärung gesagt, dass für mich wirtschaftliche Stärke auf der einen Seite und soziale Gerechtigkeit auf der anderen kein Gegensatz sind, sondern dass sie im Gegenteil zusammengehören. Und darauf zu achten, dass das zusammenbleibt, das zu verwirklichen, das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gute Entwicklung unseres Landes,

(Udo Pastörs, NPD: Erklären Sie mal, wie Sie das bewerkstelligen wollen.)

für eine Zukunft aus eigener Kraft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, diese Herausforderungen spiegeln sich auch in den Arbeitsschwerpunkten der Landesregierung in den nächsten fünf Jahren wider. Der wichtigste Arbeitsschwerpunkt bleibt nach wie vor, die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken, damit es Arbeitsplätze gibt, und zwar Arbeitsplätze, von denen man leben kann. Das ist und bleibt die wichtigste Aufgabe für Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

In den letzten fünf Jahren hat sich die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Das gilt besonders für junge Leute. Die Zeiten, in denen einige für eine Ausbildung in andere Bundesländer gehen mussten, die sind längst vorbei. Aber trotz guter Konjunktur, trotz deutlich anziehender Nachfrage nach Arbeitskräften sind immer noch fast 100.000 Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern arbeitslos.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In einer solchen Situation kann es nur eines geben: Wir müssen unsere ganze Kraft darauf richten, möglichst viele Arbeitslose zurück in Arbeit zu bringen, und zwar in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist das gemeinsame Ziel von SPD und CDU.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Einen massiven Ausbau von öffentlich geförderter Beschäftigung, wie DIE LINKE ihn fordert, den halten wir für den falschen Weg.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, Menschen, die wollen, und Menschen, die können, die darf man nicht in einen zweiten oder dritten Arbeitsmarkt abschieben.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig, sehr richtig. – Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Wir werden gemeinsam mit den Arbeitsagenturen alles daransetzen, möglichst viele Arbeitslose, auch Ältere, auch Langzeitarbeitslose, zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Welche Landesarbeitsmarktpolitik haben Sie? Die haben wir noch nicht erkannt.)

Das ist unser wichtigstes Ziel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, damit unsere Wirtschaft vorankommt, müssen wir die industrielle Basis im Land verbreitern. Dazu werden wir vor allem die Bereiche industrieller Branchen weiter stärken, die sich in den letzten zehn Jahren besonders gut entwickelt haben, wie die Windkraftbranche, die Holzwirtschaft, die Automobilzulieferer.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die gerade Bankrott macht, die Holzwirtschaft. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Die maritime Wirtschaft und speziell die Werften – darüber haben wir hier viel gesprochen – hatten am Schwersten unter der Finanz- und Wirtschaftskrise zu leiden, deutlich mehr als andere Branchen. Die Landesregierung hat die Werften und ihre Beschäftigten in dieser schweren Krise unterstützt und darauf können Sie sich auch in Zukunft verlassen, meine Damen und Herren.

Besonders wichtige Akteure, wenn es darum geht, unser Land wirtschaftlich voranzubringen, das sind Handwerk und Mittelstand. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und sie genießen unsere besondere Unterstützung.

(Minister Harry Glawe: Sehr richtig.)

Dazu werden wir unter anderem das Mittelstandsfördergesetz aktualisieren.

Eine besonders starke Branche und gleichzeitig ein attraktives Aushängeschild für unser Land ist der Tourismus. Mecklenburg-Vorpommern ist das beliebteste Sommerreiseziel in Deutschland und das wollen wir bleiben. Ich bin sicher, wenn die Branche weiter auf Qualität setzt, wenn sie auch außerhalb der Hauptsaison attraktive Angebote bietet und wenn wir mehr ausländische Gäste gewinnen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dann wird sich diese positive Entwicklung fortsetzen.

Eine weitere Branche, in der unser Land traditionell stark ist, ist die Land- und Ernährungswirtschaft. Unsere Betriebe haben hervorragende Voraussetzungen, um im Wettbewerb zu bestehen, national und auch international. Dabei dürfen sie aber nicht durch Rahmenbedingungen behindert werden und dafür werden wir uns in Brüssel und auch in Berlin einsetzen.

Eine der wichtigsten Zukunftsbranchen ist die Gesundheitswirtschaft. Mecklenburg-Vorpommern hat diese Chance früh erkannt und ist deshalb in dieser Branche ganz vorne mit dabei. Wir werden in dieser Wahlperiode mit der Umsetzung des neuen „Masterplans Gesundheitswirtschaft“ beginnen, und dann unseren Pfad dort fortsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Gesundheitsland!)

Meine Damen und Herren, damit unsere Wirtschaft weiter vorankommt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

müssen wir auch die Marketingaktivitäten im Land stärker bündeln. Die Landesregierung wird die erfolgreiche Kampagne „MV tut gut.“ mit dem Strandkorb als Markenzeichen weiter fortführen. Außerdem müssen das Landesmarketing und die Tourismuswerbung, die Standortwerbung und die Außenwirtschaftsaktivitäten stärker aufeinander abgestimmt werden. Auch deshalb ist die Außenwirtschaft künftig in der Staatskanzlei angesiedelt.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern lebt in guter Nachbarschaft mit Polen und mit den anderen Staaten im Ostseeraum.

(Udo Pastörs, NPD: In sehr guter Nachbarschaft. Heute gestohlen, morgen in Polen.)

Wir profitieren von der Einigung Europas.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir haben Wirtschaftskontakte in alle Welt und die müssen wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen.

Meine Damen und Herren, unser Land und auch unsere Wirtschaft müssen weiter an Internationalität gewinnen.

Meine Damen und Herren, damit die Wirtschaft weiter vorankommt, werden wir schließlich auch die Infrastruktur weiter ausbauen. Auf der Straße geht es um die Fertigstellung der A 14, der B 96n auf Rügen, auf der Schiene geht es um die Modernisierung der Bahnstrecke von Berlin nach Rostock.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das steht im Vordergrund, weil wir das als Teil des Ostsee-Adria-Korridors brauchen.

Mir sind besonders wichtig die Häfen des Landes. Sie sind nicht nur Umschlagplätze und unser Tor zur Welt, sondern sie sind auch wichtige Industriestandorte für die Produktion direkt an der Kaikante. Die Landesregierung wird sich beim Bund für eine bedarfsgerechte Verbreiterung und Vertiefung der Häfen einsetzen. Außerdem werden wir die Hinterlandanbindungen und die Hafeninfrastruktur verbessern.

Meine Damen und Herren, wenn die Wirtschaft wächst, dann müssen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon profitieren.

(Heinz Müller, SPD: Sehr gut.–
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es ist im zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft.

Die Festlegung von Löhnen ist in Deutschland nicht Aufgabe von Regierungen und Parlamenten,

(Vincent Kokert, CDU:
Diese Feststellung ist richtig.)

sondern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Tarifpartner haben unsere volle Unterstützung. Mehr noch: Wir wollen die Tarifautonomie stärken. Und deshalb werden wir nicht nur das Bündnis für Arbeit, sondern auch die dort begründete Tarifpartnerschaft fortsetzen. Gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften werben wir dafür, dass möglichst viele Branchen und möglichst viele Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern Tariflohn zahlen.

Und, meine Damen und Herren, es muss natürlich eine klare Untergrenze geben bei uns im Land, einen Mindestlohn. Ich bin davon überzeugt, dass in jeder Branche gelten muss: Wer Vollzeit arbeitet, der muss davon auch leben können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Die beste Lösung ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro als Untergrenze in Ost und in West. Die Regierungspartner haben vereinbart, dass wir im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, die auf die Einführung eines in Ost und West gleichen, gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns gerichtet sind. Das ist ein ganz wichtiges gemeinsames Ziel für uns, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Das reicht aber nicht aus. Deshalb haben wir vereinbart, dass künftig bei allen Aufträgen in Landeshoheit mindestens 8,50 Euro gezahlt werden und dort, wo kommunale Investitionen mit Geldern der EU, des Bundes oder des Landes gefördert werden. Bei der Wirtschaftsförderung soll Ähnliches gelten. Wir sehen darin nicht nur einen Beitrag zum Mindestlohn, sondern es geht darum, bei den Löhnen insgesamt eine Spirale nach oben in Bewegung zu setzen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

Unser Land hat sich gut entwickelt und das muss sich jetzt auch in höheren Löhnen widerspiegeln, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich weiß, in einer Branche wie dem Tourismus wird das von einigen skeptisch gesehen. Da wird gesagt, das können wir nicht. Dabei ist doch klar, meine Damen und Herren, wer weiter mit Niedriglöhnen kalkuliert, der wird sich nicht dauerhaft am Markt behaupten können. Und deshalb der Appell an unsere Touristikunternehmen: Setzen Sie auf Qualität und sichern Sie sich die dafür nötigen Fachkräfte durch ordentliche Bezahlung! Und die ordentliche Bezahlung wird in ihrer Mehrzahl deutlich über dem Mindestlohn liegen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Die zweite große Aufgabe besteht darin, das Land auf den demografischen Wandel einzustellen. Dabei geht es vor allem darum, in den Bereichen des ländlichen Raumes, in denen die Bevölkerungszahl zum Teil dramatisch zurückgeht, dennoch alle notwendigen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzubieten. Dazu werden wir zum Beispiel neue Formen der medizinischen Versorgung oder des öffentlichen Nahverkehrs entwickeln müssen. Das muss vor Ort geschehen und die Landesregierung wird helfen.

Nehmen Sie etwa das Projekt „Neue Dorfmitte“, mit dem eine alte Kaufhalle wieder eröffnet wird, in der es dann nicht nur Brot, Milch und Zucker zu kaufen gibt, sondern auch medizinische und soziale Dienstleistungen angeboten werden. Das sind kleine Einzellösungen, die insgesamt aber helfen werden.

Ich sage dazu, das ist der eher defensive Teil von Demografiepolitik. Sich auf die demografische Entwicklung einzustellen, bedeutet aber auch, dass wir in unseren städtischen und wirtschaftlichen Zentren, in denen wir hochleistungsfähig erfolgreich im Wettbewerb stehen und die deshalb sogar Zuzüge haben und Bevölkerungszuwachs,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

eine eher offensive Demografiepolitik betreiben. Das bedeutet, dass wir aktiv alles dafür tun, um in Zukunft noch in dem viel schärfer werdenden Wettbewerb um Fachkräfte, um kluge Köpfe und um Macher bestehen zu

können. Das ist eine entscheidend wichtige Aufgabe für unser Land, vor allem für Politik und Wirtschaft. Deshalb freue ich mich, dass wir bei diesem Thema im Bündnis für Arbeit so gut zusammenarbeiten und dass wir einen sehr praxisnahen Pakt zur Fachkräftesicherung abgeschlossen haben. Ich denke, das wird sehr helfen.

Im Wettbewerb um junge Menschen setzen wir besonders auf unsere Hochschulen, die, wie Sie alle wissen, immer attraktiver und beliebter werden. Die Zahl der Studierenden steigt von Jahr zu Jahr. In diesem Jahr gibt es in einigen Bundesländern doppelte Abiturientenjahrgänge. Das ist eine besonders gute Gelegenheit, um für Mecklenburg-Vorpommern zu werben, wobei man sagen muss, die jungen Menschen, die hier zu uns kommen zum Studieren, müssen dann aber nach Abschluss ihres Studiums auch hier bei uns ins Berufsleben starten können. Und deshalb ist es so wichtig, dass Wirtschaft und Wissenschaft offen füreinander sind, dass unsere Wirtschaft sich frühzeitig an unseren Universitäten umsieht nach den Fachkräften für morgen und dass unsere Hochschulen andererseits praxisnahe Ausbildungen bieten, und zwar solche, die auch am Bedarf des Landes ausgerichtet sind.

Meine Damen und Herren, zu den Chancen des Wandels gehört auch, dass wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor fünf oder zehn Jahren in ein anderes Bundesland gegangen sind, nach Mecklenburg-Vorpommern zurückholen. In fast jeder meiner Bürgersprechstunden erlebe ich, dass junge Menschen kommen, die woanders leben und zu uns zurückwollen. Wir sollten auf solche Landeskinder außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern noch mehr als bisher mit intelligenten Rückholaktionen zugehen.

Und, meine Damen und Herren, ich freue mich natürlich auch, wenn ältere Menschen aus anderen Bundesländern ihren Wohnsitz hier bei uns nehmen, weil man hier besser leben kann, in schönerer Umgebung und vor allem auch gesünder als anderswo. Auch das ist eine Chance, die wir nutzen müssen, meine Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Deshalb haben wir auch eine unheimlich gute Lebenserwartung hier, die schlechteste in ganz Deutschland.)

Die dritte große Aufgabe, meine Damen und Herren, ist die Energiewende. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben in diesem Jahr eine historische Entscheidung getroffen. Deutschland steigt in den nächsten zehn Jahren endgültig aus der Atomkraft aus.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zugleich soll der Ausbau der erneuerbaren Energien energisch vorangetrieben werden. Ich sage dazu: Mecklenburg-Vorpommern will und kann einen wichtigen Beitrag zu dieser Energiewende leisten. Das werden wir tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land produziert schon heute rund die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien und im Land sind Tausende von Arbeitsplätzen in diesem Bereich entstanden. Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern seinen Strombedarf möglichst bald

vollständig aus erneuerbaren Energien deckt und dann darüber hinaus zum Stromexporteur wird. Und wir wollen natürlich, dass dabei weitere Arbeitsplätze entstehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir den erneuerbaren Energien allgemein Vorrang einräumen bei der Landesentwicklung. Genehmigungsverfahren wollen wir bündeln und straffen, auch durch Schaffung eines neuen Energieministeriums. Und wir werden das in der letzten Wahlperiode verabschiedete Konzept „Energie-land 2020“, den Aktionsplan „Klimaschutz“ überarbeiten, um noch schneller voranzukommen.

Meine Damen und Herren, unter den erneuerbaren Energien ist für Mecklenburg-Vorpommern die Windkraft besonders wichtig. Wir wollen auf See dazu beitragen, dass jetzt nach Baltic I rasch weitere Windparks vor unserer Küste entstehen. An Land werden wir zusätzliche Flächen für die Windkraft ausweisen. Außerdem setzen wir auf das sogenannte Repowering, dass alte Anlagen durch leistungsfähigere Windräder ersetzt werden. Auch die anderen erneuerbaren Energien – Biomasse, Geothermie, Solarenergie – haben selbstverständlich unsere Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns eines klarmachen: Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird nur gelingen, wenn wir diese wichtige Aufgabe gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern angehen, wenn wir ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen und wenn wir versuchen, den Ausbau so zu gestalten, dass sie möglichst wenig beeinträchtigt werden. Deshalb wollen wir beispielsweise die bei der Windkraft geltenden Abstände zur Wohnbebauung nicht verändern. Wichtig ist auch – das gilt bei der Errichtung eines Windparks genauso wie beim notwendigen Ausbau der Leitungen –, dass die Bürger frühzeitig über Planungen informiert werden und dass dann gemeinsam versucht wird, bestmögliche Lösungen zu finden, meine Damen und Herren.

Ein anderer guter Weg in diesem Bereich besteht natürlich darin, dass Bürgerinnen und Bürger selbst vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren, durch Bürgersolarparks, Bürgerwindparks oder im Zuge des Ausbaus der Bioenergiedörfer.

Lassen Sie mich zum Schluss noch drei wichtige energiepolitische Fragen kurz ansprechen:

Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass die sogenannten Netzintegrationskosten auf alle Regionen in Deutschland gleichmäßig umgelegt werden. Es kann nicht sein, dass die Regionen wie hier bei uns, die beim Ausbau der erneuerbaren Energien ganz vorne dabei sind, vorangehen, mit höheren Kosten bestraft werden.

Und zweitens unterstützt die Landesregierung alle Pläne, um am Standort Lubmin Gaskraftwerke zu errichten. Wir brauchen in Deutschland noch Brückentechnologien und da ist Gas eindeutig besser als Kohle und Lubmin ein guter Standort, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und drittens lehnt die Landesregierung eine CO₂-Verpressung in Mecklenburg-Vorpommern ab. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, das zu verhindern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, die Energiewende ist eine sehr große Chance für Mecklenburg-Vorpommern. Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam nutzen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vierte Schwerpunkt: Wir wollen ein sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern, in dem Junge und Alte, Männer und Frauen gleiche und gute Chancen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Wer hätte das gedacht?!)

Dabei geht es um gleiche und gute Chancen von Anfang an. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern ein so gutes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen haben. 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen besuchen in Mecklenburg-Vorpommern eine Kita oder eine Tagesmutter. Und auch mit unserem Angebot an Krippenplätzen stehen wir mit an der Spitze in Deutschland. Darauf können wir stolz sein. Die Landesregierung hat in der vergangenen Wahlperiode einen klaren Schwerpunkt in diesem Bereich gesetzt. Wir haben die Landesausgaben von 90 Millionen auf 130 Millionen pro Jahr erhöht. Wir haben die Gebühren im letzten Kindergartenjahr abgesenkt. Wir haben ein kostenloses Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien eingeführt. In den kommenden fünf Jahren wollen wir auf diesem Weg weiter vorangehen, und zwar mit drei ganz konkreten Schritten:

Wir werden im Sommer 2012 die Gebühren für einen Krippenplatz um 100 Euro und bei Tagesmüttern um 40 Euro absenken. Bisher ist es so, dass die Elternbeiträge für die Krippe etwa doppelt so hoch sind wie für den Kindergarten und damit kaum bezahlbar. Das ändern wir mit dieser Absenkung. Ich meine, junge Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie nach der Elternzeit wieder beide in den Beruf einsteigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir werden außerdem die Gruppen im Kindergarten weiter verkleinern. Die Fachkraft-Kind-Relation wird im Sommer 2013 auf 1:16 und im Sommer 2015 auf 1:15 abgesenkt. Das bedeutet, dass Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Auch das ist eine Steigerung der Qualität in den Kitas.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Dank Harry Glawe.)

Schließlich werden wir das kostenlose Mittagessen ausweiten. Eingeführt ist es bisher für Kinder von Empfängern von Arbeitslosengeld II. Demnächst werden auch diejenigen, die Arbeit haben, aber wenig verdienen, von diesem Angebot profitieren. Unser Ziel ist ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder und daran werden wir in den nächsten Jahren weiter arbeiten, meine Damen und Herren. Kinderbetreuung, gute Kinderbetreuung ist auch deshalb wichtig, damit Eltern Familie und Beruf gut miteinander verbinden können. Das gilt besonders für Frauen, die ja oft immer noch die Hauptlast tragen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will die Gleichstellung von Männern und Frauen weiter voranbringen. Bei allen Fortschritten, die auf diesem Gebiet

erreicht worden sind, sind wir ja vom Ziel noch sehr weit entfernt. Wir wollen einen Schwerpunkt setzen in der Arbeitswelt, noch mehr als bisher. Denn es ist ja leider immer noch so, dass Frauen für gleiche Arbeit schlechteren Lohn erhalten und dass sie es so viel schwerer haben, in Führungspositionen zu gelangen. Das darf so nicht bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Udo Pastörs, NPD: Fangen Sie mal unten an!)

Meine Damen und Herren, deshalb habe ich die Arbeitsministerin gebeten, auch die Zuständigkeit für Frauen- und Gleichstellung zu übernehmen. Und ich habe darauf gedrängt, dass wir als Landesverwaltung beim Thema „Frauen in Führungspositionen“ mit gutem Beispiel vorgehen. Wir haben beschlossen, dass alle Aufsichtsräte, in die das Land Vertreter entsendet, von uns im Verhältnis eins zu eins mit Männern und Frauen besetzt werden. Außerdem haben wir bei der Besetzung der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre den Frauenanteil erheblich erhöht. Drei von zehn sind Frauen, also ein Anteil von 30 Prozent.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Wo ist das erheblich?)

Und langfristig wollen wir diesen Prozentsatz weiter steigern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, auf den Ebenen darunter gelten strenge beamtenrechtliche Grundsätze. Wer möchte, dass mehr Frauen in diese Führungspositionen gelangen, der muss das langfristig vorbereiten.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist wohl wahr.)

Das wollen wir tun, durch gezielte Förderung und auch, indem wir Frauen ermutigen, sich dann auch auf solche Positionen zu bewerben. In einer der ersten Sitzungen des Kabinetts haben wir besprochen, dass wir mit allen Ministerien Zielvereinbarungen darüber abschließen. Mehr Frauen in Führungspositionen, das ist ein Maßstab, an dem sich diese Landesregierung am Ende der Wahlperiode messen lassen will.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die älteren Menschen einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Das beginnt mit dem Respekt vor ihren Lebensleistungen. Die heute 65-Jährigen, 70-Jährigen sind in der Nachkriegszeit aufgewachsen, haben mit großem Einsatz etwas aufgebaut. Nach der Wende haben viele ihre Arbeit verloren, fast alle mussten sich umorientieren. Man kann sagen, die meisten haben das auf bewundernswerte Weise geschafft. All diese Leistungen verdienen Respekt und Anerkennung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Aber natürlich geht es auch um ganz konkrete Unterstützung. Es kann nicht sein, dass es über 20 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch eine unterschiedliche Rente in Ost und in West gibt. Die Rentenangleichung ist

sicherlich eine schwierige Frage, weil weder die heutige Rentnergeneration benachteiligt werden darf noch die heutigen Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Aber wir müssen endlich zu einer Lösung kommen. Dafür wird sich die Landesregierung weiter auf Bundesebene einsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und wir werden auch hier im Land alles tun, um ältere Menschen zu unterstützen. Wichtige Anregungen erwarte ich dabei von der Enquetekommission „Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern“, die die Regierungsfaktionen dem Landtag vorschlagen werden.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt sind die Schulen im Land. Hier stehen für uns zwei Aufgaben im Vordergrund: bessere Organisation und mehr Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern. In den letzten Wochen ist von der einen oder anderen Seite kritisiert worden, dass der Vertrag zwischen SPD und CDU im Schulbereich wenig konkrete Festlegungen enthalte, wenig Neues festschreibe. Ich sage ganz offen: Ich halte das für keine Schwäche, sondern für eine Stärke dieses Vertrages.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich will mal an einem Beispiel deutlich machen, worum es mir geht. Ich bin in der letzten Wahlperiode im Wahlkreis in Greifswald, aber auch als Ministerpräsident überall im Land von vielen Eltern auf das Thema Inklusion angesprochen worden. Man hat mir gesagt, wir halten das für richtig, dass möglichst viele Kinder an reguläre Schulen kommen, aber wir fühlen uns schlecht informiert und wir haben das Gefühl, das geht alles viel zu schnell, unsere Kinder bleiben auf der Strecke. Genau das wollen wir nicht. Und deshalb setzen wir auf bessere Organisation und auf mehr Dialog.

Wir haben im Schulbereich in der nächsten Legislatur wirklich viele wichtige schwierige Aufgaben zu lösen: die Umsetzung der Selbstständigen Schule, der Ausbau von Ganztagschulen, Inklusion. Die Stärkung des Lehrerberufes ist ganz wichtig, die Sicherung des Lehrbedarfs, die Steigerung des Anteils an Abiturienten und die Absenkung der Zahl der Schulabbrecher. Um in diesen wichtigen Fragen zu guten und vor allem zu breit akzeptierten und breit getragenen Lösungen zu kommen, müssen wir Lehrer und Eltern beteiligen. Wir müssen ihnen die Gelegenheit geben, ihre Ideen, ihre Überlegungen mit einzubringen und beizusteuern. Das muss aber ein wirklicher, ein offener Dialog sein und dazu passt es selbstverständlich nicht, die Ergebnisse schon vorwegzunehmen, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig, dass alle jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Talente und Fähigkeiten entwickeln und weiterentwickeln können. Kulturelle Bildung gehört unbedingt dazu, und zwar innerhalb der Schulen und außerhalb der Schulen. Kunst und Kultur fordern und fördern Neugier, Offenheit, Phantasie. Und das ist der Weg zu Kreativität, zur Entwicklung von Persönlichkeit, von Rückgrat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen
reichen auch zwei Orchester aus.)

Die Landesregierung und der Landtag haben in den letzten Jahren einen Schwerpunkt bei den Jugendkunstschulen, bei den Jugendmusikschulen gesetzt. Diesen Schwerpunkt werden wir beibehalten.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, das reich ist an Kultur. Leuchttürme, wie die Festspiele in Mecklenburg-Vorpommern, das Usedomer Musikfestival, das Filmkunstfest, das Staatliche Museum hier in Schwerin, die Kunsthalle Rostock, das Pommersche Landesmuseum in Greifswald, das alles bereichert unser Land genauso wie die vielen kleinen kulturellen Projekte, die es häufig nur gibt, weil sich so viele Menschen ehrenamtlich dafür einsetzen.

Ein Thema, über das wir im Landtag sicherlich noch kontrovers diskutieren werden, ist die Theaterfinanzierung. Dazu gilt Folgendes: Wir werden die Landesmittel auf dem bisherigen im Ländervergleich beachtlichen Niveau stabil halten. Wir werden diese Mittel aber 2013 daran knüpfen, dass sich Theater und Orchester so aufstellen, dass sie mit diesen Mitteln auch auskommen können. Darüber muss es jetzt konstruktive Gespräche geben. Die Landesregierung ist dazu bereit, meine Damen und Herren.

Es ist natürlich das gute Recht der Opposition, die Lösung einfach darin zu sehen, mehr Geld für die Theater zu fordern. Allerdings sollten Sie dann auch sagen, wem Sie dafür Geld wegnehmen wollen. Das wäre finanzpolitisch solide.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU:
Der Vorschlag kommt.)

Meine Damen und Herren, das leitet über zum sechsten Schwerpunkt. Die Landesregierung wird am Kurs der soliden Finanzpolitik festhalten. Mecklenburg-Vorpommern betreibt schon seit Ende der 90er-Jahre eine sehr solide Finanzpolitik. Und das zahlt sich heute aus. Das Land hat in den letzten fünf Jahren keinen Euro neue Schulden aufgenommen. Wir sind eins von nur drei Bundesländern, die das geschafft haben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Unser Ziel ist es, auch in dieser Wahlperiode Haushalte ohne Neuverschuldung vorzulegen. Für den Doppelhaushalt 2012/2013 hat das Kabinett kürzlich erste Eckpunkte beschlossen. Diese Eckpunkte sehen zusätzliche Finanzmittel vor für Kitas und für Kommunen und gleichzeitig eine Aufstockung der Haushaltsreserve. Außerdem wollen wir erstmals nach der Krise wieder Schulden tilgen, meine Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Nach der Krise.)

Das ist möglich, weil die letzten Steuerschätzungen aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten beiden Jahren positiv sind. Aber ich sage ganz klar, wir dürfen uns da nicht in falscher Sicherheit wiegen. Die rückläufigen Finanzmittel von EU und Bund und auch die sehr ungünstigen Konjunkturprognosen zeigen, dass die Lage ab 2014 sehr schwierig wird.

(Udo Pastörs, NPD:
Nicht erst nach 2014.)

Das gilt übrigens erst recht, wenn der Bund an seinen verantwortungslosen Steuersenkungsplänen festhält. Dafür gibt es keinerlei Spielraum in den Haushalten von Bund und Ländern. Deshalb wird es aus Mecklenburg-Vorpommern für diese Pläne keine Unterstützung im Bundesrat geben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Mecklenburg-Vorpommern ist in der Finanzpolitik deshalb erfolgreich, weil wir eine sparsame Haushaltsführung gleichzeitig mit einer langfristig wirksamen Strukturentscheidung verbinden. Die Landesregierung wird das Personalkonzept weiter umsetzen, mit dem wir die Landesverwaltung um ein Viertel reduzieren. Das ist eine große Leistung und ich hebe hervor: ohne betriebsbedingte Kündigungen.

Effiziente Strukturen brauchen wir aber auf allen Ebenen. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode eine weitgehende Verwaltungsreform auf den Weg gebracht. Nach meinem Eindruck ist der Übergang in die neuen Kreise gut gelungen. Dafür allen Beteiligten herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Ritter, vom parteipolitischen Geplänkel in dem einen oder anderen Kreis einmal abgesehen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

In dieser Wahlperiode wollen die Regierungspartner die Grundlagen für eine Gemeindegebietsreform legen. Und zwar, meine Damen und Herren, wir wollen das gemeinsam mit den Kommunen und ihren Verbänden tun. Wir sagen, das ist allerdings nicht so schnell zu schaffen, dass schon 2014 in den neuen Strukturen gewählt werden kann. Und deshalb haben wir uns entschlossen, in dieser Wahlperiode die Voraussetzungen für die Reform zu schaffen, um dann zur Kommunalwahl 2019 in den neuen Strukturen wählen zu können. Und die Ergebnisse der Enquetekommission der letzten Wahlperiode, für die ich sehr dankbar bin, werden dafür eine wichtige Grundlage sein.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt auf eine enge Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen. Und das heißt für uns Dialog auf Augenhöhe, das heißt für uns verlässliches Miteinander. Wir bieten den Kommunen an, dass wir gemeinsam einen Zukunftsvertrag aushandeln, in dem die wesentlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Land und Kommunen geregelt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Die Kommunen haben Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung. Dabei hat sich der Gleichmäßigkeitsgrundsatz bewährt.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Er führt dazu, dass in guten Zeiten die Mehreinnahmen und in schlechten Zeiten die Mindereinnahmen vernünftig aufgeteilt werden. Das ist und bleibt die gerechteste Lösung, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Darüber hinaus helfen wir Kommunen in besonders schwierigen Situationen. Wir werden mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 einen kommunalen Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro auflegen, mit dem wir bei der Haushaltskonsolidierung helfen.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Außerdem werden wir finanzschwache Kommunen bei Investitionen unterstützen. Wir haben in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise zweimal 10 Millionen zur Verfügung gestellt, damit finanzschwache Kommunen an dem Konjunkturprogramm teilnehmen konnten. Das war ein großer Erfolg, Stützung der Konjunktur und Schaffung bleibender Werte. Da sagen wir, diesen Erfolg wollen wir fortsetzen. Und deshalb stellt die Landesregierung für die kommenden Jahre weitere 50 Millionen Euro bereit, damit finanzschwache Kommunen ihren Eigenanteil für Investitionen aufbringen können. Das löst eine Vielzahl an Investitionen aus, ein Vielfaches. Das ist eine gute Unterstützung der Kommunen und eine gute Förderung unserer mittelständischen Betriebe vor Ort, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig.)

Natürlich beschränkt sich das Verhältnis zwischen dem Land und den Kommunen nicht auf Finanzbeziehungen. Es gibt konkrete wichtige Aufgaben, die wir gemeinsam lösen müssen. Deshalb wird die Landesregierung in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt in der nächsten Legislaturperiode eine Kabinettsitzung abhalten, gemeinsam mit Vertretern der Kommunen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut. –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Meine Damen und Herren, eine vernünftige Wirtschaftspolitik für gute Arbeit, das Land einstellen auf den demografischen Wandel, die Energiewende voranbringen, Unterstützung für Familien und Kinder genauso wie für ältere Menschen, Dialog an den Schulen und solide Finanzen – das sind die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und ich sage hier, wir laden Sie ein, auf diesem Weg mitzugehen. Diese Einladung richtet sich nicht nur an die Regierungsfractionen, sondern auch an die demokratische Opposition. In unserer Landesverfassung werden der Opposition drei wichtige Aufgaben zugewiesen:

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Kritik, Kontrolle und Entwicklung von Alternativen. Ich bitte Sie, lassen Sie uns in wichtigen Fragen auch zusammenarbeiten. Unsere Türen stehen dafür offen. Wir stehen in gemeinsamer Verantwortung für dieses Land.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Programm für eine Zukunft aus eigener Kraft ist aber nicht nur eine Einladung an den Landtag, liebe Frau Gajek, sondern vor allem auch an die Bürgerinnen und Bürger im Land. Wir wollen den Dialog mit allen, die unser Land voranbringen. Viele von ihnen engagieren sich auf vorbildliche Weise für unser Gemeinwesen. In der vergangenen Woche haben wir den Tag des Ehrenamtes gefeiert. Mehr als 500.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eine wirklich beachtliche Zahl. Die Landesregierung wird das Ehrenamt weiter stärken und unterstützen. Das ist unverzichtbar für ein gutes Miteinander bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, für eine Gemeinschaft, in der jeder sich wohlfühlt und dazugehörig, in der sich alle einbringen können und gehört werden, gerade auch mit Kritik und Alternativvorschlägen, für eine solche Gemeinschaft müssen wir aber noch mehr tun. In meinen Bürgersprechstunden ist die größte Klage, die wichtigste Beschwerde, dass Bürgerinnen und Bürger sich nicht ernst genommen fühlen von manchen, die im Land für Entscheidungen zuständig sind, die in Behörden, in politischen Ämtern entscheiden. Die Bürgerinnen und Bürger sagen häufig: Man hört uns nicht zu. Man geht über uns hinweg. Man lässt uns am langen Arm verhungern.

(Udo Pastörs, NPD: Wie recht die haben.)

Meine Damen und Herren, das geht so nicht. Ich möchte, dass wir am Ende dieser Wahlperiode sagen können: Da hat sich was geändert in Mecklenburg-Vorpommern. Die Entscheidungsträger sind offener, gesprächsbereiter geworden, die Verfahren fairer und ergebnisoffener, die Entscheidungen transparenter und nachvollziehbar. Daran wollen wir arbeiten. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen, das in den letzten Wochen auf traurige und beklemmende Weise nochmals an Aktualität gewonnen hat. Ich bin davon überzeugt, Mecklenburg-Vorpommern wird seine Zukunft aus eigener Kraft nur bestreiten können, wenn es ein weltoffenes und tolerantes Land bleibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und deshalb, meine Damen und Herren, kann es für Rechtsextremisten in unserer Mitte keinen Platz geben, nicht in diesem Landtag und nicht in unserem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, die schreckliche Mord- und Anschlagserie der Neonazis aus Zwickau hat viele Menschen in Deutschland erschüttert, aber auch wachgerüttelt. Sie hat noch einmal deutlich gemacht, wohin Rechtsextremismus führt: zu Hass und Gewalt, zu Terror und Mord. Wir müssen alles tun, damit der Rechtsextremismus in Deutschland zurückgedrängt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Dazu gehört für die Landesregierung auch ein Verbot der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Das ist eine verfassungsfeindliche Partei, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auf aggressiv-kämpferische Weise beseitigen will.

(Udo Pastörs, NPD: Das sehen Verfassungsrichter ganz anders.)

Sie paktiert mit Gewalttätern und hat sie auch längst in ihren Reihen. Die Zeit ist reif für ein neues Verbotverfahren, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Dabei sind wir uns darüber im Klaren,

(Michael Andrejewski, NPD: Weg mit der Konkurrenz!)

dass sich der Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht auf ein NPD-Verbot beschränken darf. Das ist selbstverständlich. Wir müssen Demokratie und Toleranz im Land umfassend stärken.

Die Landesregierung hat in der letzten Wahlperiode die Regionalzentren für demokratische Kultur aufgebaut.

(Udo Pastörs, NPD: Früher war es der Sozialismus, der gestärkt wurde, und heute ist es die sogenannte Demokratie.)

Wir werden sie weiter unterstützen, damit es Ansprechpartner gibt, die bei Problemen und Aktivitäten vor Ort helfen. Das ist wertvolle Arbeit, die dort geleistet wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es gibt inzwischen viele Menschen in unserem Land, Zehntausende, die sich sehr aktiv gegen Extremismus und Gewalt und für Demokratie und Toleranz engagieren.

(Udo Pastörs, NPD: Man muss das nur finanzieren, dann machen die das.)

Sie alle haben unsere Unterstützung und unseren Respekt und ich sage, meine Damen und Herren, wir werden im Kampf gegen Extremismus und Gewalt umso erfolgreicher sein, je mehr Bürgerinnen und Bürger für Demokratie und für eine offene Gesellschaft eintreten.

(Michael Andrejewski, NPD: Die trauen sich nicht.)

Das soll unser gemeinsames Ziel sein, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft werden alle gebraucht. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben seit der Gründung unseres Landes wirklich sehr viel geschafft. Wir können stolz auf das Erreichte sein.

(Udo Pastörs, NPD: Ich liebe euch doch alle, hat Mielke auch gesagt.)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

auch in den nächsten fünf Jahren weiter gut vorankommt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Ministerpräsident.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident! Sie haben viel und lange geredet,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und gut.)

wenig gesagt und wenig versprochen. Ihre Rede wird den Anforderungen an eine Regierungserklärung, die Lösung für die zentralen politischen Herausforderungen des Landes aufzuzeigen, nicht gerecht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann haben Sie nicht zugehört, Herr Holter.)

Ihre Rede wurde live im Fernsehen übertragen. Ein Landwirt, kann ich mir vorstellen, unterbricht sein Tagewerk und schaut sich diese Übertragung an.

(Udo Pastörs, NPD: Der wird 'nen Teufel tun.)

Nach Ihrer Rede wird er sich fragen: Was wollte der Herr Ministerpräsident mir eigentlich sagen?

(Udo Pastörs, NPD:
Das möchte ich mal sehen. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Jo, denkt er sich, alles bleibt beim Alten, weiter so, nichts ändert sich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und über mich, den Bauern, hat er gleich gar nichts gesagt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Das ist doch bei
den SED-Bonzen genauso.)

Der Bauer will nicht nur im Herbst seine gute Ernte einfahren, nein, er will auch wissen, wie es weitergeht und wie es um seine Zukunft bestellt ist.

(Torsten Renz, CDU: Das ist doch
eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik.)

Die Menschen im Land gehen sparsam mit Worten um.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ich glaube, der Ministerpräsident hat
die wichtigen Sachen schon genannt.)

Sie lieben das Konkrete, das Fassbare, das Messbare. Und genau davor weicht diese neue alte Koalition erneut aus.

(Udo Pastörs, NPD: Wie zu DDR-Zeiten. –
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ihre Botschaft, Herr Sellering,

(Vincent Kokert, CDU: Koalition der Zukunft.)

kann ich wie folgt zusammenfassen: Sie verwalten, statt zu gestalten. Sie packen Probleme nicht an, Sie lassen sie liegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da
haben Sie wirklich nicht zugehört.)

Auf die drängenden Zukunftsfragen des Landes geben Sie nur vage Antworten oder – schlimmer noch – gar keine.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so!)

Sie bleiben weitgehend unkonkret und unverbindlich.

(Burkhard Lenz, CDU: Das ist ja sehr
subjektiv. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Prüfe ich Ihre Regierungserklärung auf Visionen und konkrete Handlungsfelder, finde ich nichts. Sie reden und reden und vergessen dabei die Menschen im Land.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh, oh!)

Dieser Koalition in Mecklenburg-Vorpommern fehlt es an Mut, neue Wege zu gehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch
gar nicht! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wege über das Land, Wege mit und für die Menschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Verhaltener
Beifall bei den LINKEN. – Zuruf
von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir, DIE LINKE, meine Damen und Herren, haben unsere Leitgedanken für ein zukunftsfähiges Land bereits im Jahr 2010 formuliert und auch im Wahlkampf immer wieder verbreitet.

(Udo Pastörs, NPD: Ich habe
das auch schon praktiziert.)

Wir wollen ein selbstständiges Land, ein weltoffenes, tolerantes Land, ohne Nazis, Herr Pastörs, welches die Menschen im Land und von außen einlädt, die eigene Zukunft mitzugestalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen sollen ein existenzsicherndes Eigentum haben, jede und jeder soll gleichberechtigt Zugang zu allen Informations-, Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie kulturellen Angeboten haben. Die Menschen sollen in der Region, in der sie zu Hause sind, das Recht haben, mitzureden und mitzuentcheiden. Wir stellen die Lebensqualität der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist die Regierungserklärung. –
Vincent Kokert, CDU: Bisher wiederholen
Sie die Regierungserklärung. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber was wollen SPD und CDU wie erreichen? Davon habe ich nichts gehört.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aha, wieder nicht zugehört.)

Bisher ging es Ihnen um Macht und Posten und um die Bundestagswahl 2013.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, ja.)

Um die brennenden Fragen des Heute und des Morgen mögeln Sie sich einfach herum.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Fünf Jahre, fünf Jahre hatten Sie, meine Damen und Herren der Koalition, Zeit, wichtige Entscheidungen zu treffen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Haben wir gemacht, ja. –
Vincent Kokert, CDU:
Sie hatten acht Jahre Zeit.)

für Mindestlöhne, für die Kommunen, für zukunftsfähige Theater und Orchester oder auch für eine qualitativ gute Schule.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Heute, erklären Sie, wollen Sie einen ergebnisoffenen Dialog starten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, ist ja schön.)

Ich will das am Beispiel der demografischen Entwicklung einmal darstellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Bei der Kreisgebietsreform.)

Diese ist, das ist uns allen bekannt, seit Langem ein Problem in ganz Deutschland. Und in Mecklenburg-Vorpommern spüren wir die Auswirkungen seit vielen Jahren in besonderem Maße. Aber wo ist Ihr Regierungsprogramm? Ihr Demografiebericht aus dem Frühjahr ist doch mehr eine Zustandsbeschreibung als ein Strategieprogramm. Ich weiß nicht, warum Sie immer wieder freiwillig auf Start zurückgehen. Was ist es, Angst oder Unvermögen? Das ist eigentlich auch egal, in jedem Fall versagen Sie.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Au ja! –
Vincent Kokert, CDU: Das nehme
ich persönlich, Herr Holter.)

Sie verweisen auf eine neue Enquetekommission.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie suchen immer noch nach Wegen, um aus der demografischen Falle herauszukommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dauernder Prozess,
Herr Holter, das wissen Sie doch auch.)

Dabei ist es doch höchste Zeit zu handeln. Die mobile medizinische Versorgung oder der Dorfladen allein kann es nun wirklich nicht sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war ja auch
nicht so gedacht. – Vincent Kokert, CDU:
Das war ein Beispiel von vielen.)

Bis heute gibt es zu dieser Kommission weder ein Arbeitsprogramm noch einen Untersuchungsauftrag, einen Arbeitsgegenstand, es gibt nicht einmal eine Zielstellung, aber immerhin, wir haben ja einen Namen: „Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern“.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Oder: Was ist mit den Gemeinden und ihren Strukturen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Gemeinden, der Wohnort,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach!)

dort, wo sich Lebensqualität am ehesten messen lässt durch die Menschen in unserem Land? In der letzten Wahlperiode hat sich eine Enquetekommission unter dem Titel „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ mit diesem Thema jahrelang befasst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, und gut gearbeitet.)

Die Empfehlung dieser Kommission sollte dem Landtag als Handlungsgrundlage dienen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Unter anderem wurden Eckpunkte eines Leitbildes für die zukünftige Gemeindestruktur in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet. Was macht der Herr Ministerpräsident?

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Er versenkt diese Ergebnisse der Enquetekommission der letzten Wahlperiode ganz einfach in den Papierkorb.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Lesen Sie
doch erst mal die Koalitionsvereinbarung! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das
stimmt doch gar nicht.)

Das für die Zukunft des Landes so wichtige Thema wird kurzerhand auf die lange Bank geschoben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Offenbar liegt dem Innenminister Lorenz Caffier die Kreisgebietsreform immer noch schwer im Magen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: 2013.)

sodass man diese Reform auf die lange Bank schiebt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und so, meine Damen und Herren, gefährden die Koliken des Herrn Caffier die Zukunftsfähigkeit des Landes. In dieser Wahlperiode wird es jedenfalls nicht dazu kommen, dass es hier Veränderungen geben wird.

(Vincent Kokert, CDU: Das heißt, Sie wollen
eine Gemeindereform, umfangreich, groß.)

Darüber haben wir doch lange diskutiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das erzählen
Sie mal Ihren Wählern da draußen!)

Handeln Sie, Sie sind die Regierung!

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Der Handlungsdruck ist doch riesengroß.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Ja, das wissen Sie genau, wie wir stehen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund erscheinen auch die Vorstellungen der Landesregierung über die Zukunft der ländlichen Räume in einem düsteren Licht. Darüber ist heute hier nur ansatzweise und sehr vage gesprochen worden. Aber die Zukunft des Landes steht und fällt mit lebensfähigen ländlichen Räumen.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist richtig.)

Ich erinnere an die Rede des Alterspräsidenten, meines geschätzten Kollegen Dr. Fritz Tack. Mecklenburg-Vorpommern, das wissen wir alle, hat sich bekanntlich

innerhalb weniger Jahre vom Bundesland mit der jüngsten Bevölkerung zu dem Bundesland mit dem höchsten Altersdurchschnitt entwickelt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auch unter Ihrer Koalitionsbeteiligung, Herr Holter.)

Dies schlägt sich insbesondere in den ländlichen Räumen nieder. Und was macht die Koalition? Was macht die Landesregierung? Sie schreiben, SPD und CDU, lapidar in Ihrem Koalitionsvertrag, ich darf zitieren: „Es geht darum, Strukturen der Daseinsvorsorge anzupassen, aber zum Teil auch völlig neu zu gestalten und so durch neue Ideen zusätzliche Chancen vor allem für die Entwicklung ländlicher Räume zu schaffen.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja. – Vincent Kokert, CDU: Und nun? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist doch „kalter Kaffee“, das ist „Schnee von gestern“. Das steht doch längst in dem Demografiebericht vom Jahresanfang.

(Vincent Kokert, CDU: Kommen wir mal zu Ihrem Konzept! Kommen wir mal zum Konzept der LINKEN! – Peter Ritter, DIE LINKE: Es geht um die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, Herr Kokert!)

Wo, bitte schön, finden wir denn neue Ansätze und konkrete Aussagen? Wir müssen aber doch auf die Herausforderung der demografischen Entwicklung reagieren. Neben einer guten wirtschaftlichen Entwicklung und gut bezahlten Arbeitsplätzen kommt es vor allem auf attraktive Bildungs- und Ausbildungsangebote und leistungsfähige kulturelle und zivilgesellschaftliche Strukturen in allen Regionen des Landes an.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Och, jetzt kommt das wieder!)

Und wenn ich mir den Bericht der Landesregierung zum demografischen Wandel anschau, dann steht dort, dass die Koalition die Agrarinvestitionsförderung neu ausrichten und weiterentwickeln wollte, insbesondere in Bezug auf Innovationen und landwirtschaftsnahe Arbeitsplätze. Wo, bitte schön, finde ich denn nun die konkreten Festlegungen in der jetzt gültigen Koalitionsvereinbarung? Nicht einmal auf allgemeingültige Forderungen haben Sie sich verständigen können.

Und ich will Herrn Minister Backhaus fragen – ich kann ihn nicht fragen, er ist nicht da –,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ich will ihn fragen, wo denn sein eigenes Strategiepapier geblieben ist. Hat er es vergessen?

(Vincent Kokert, CDU: Er arbeitet gerade dran.)

Ich kann Ihnen nur sagen, durch ihre Unentschlossenheit und Untätigkeit gefährdet die Landesregierung die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Quatsch! Das ist Quatsch!)

Und wir haben heute lange darauf gewartet, meine Damen und Herren, wann denn der Herr Ministerpräsident nun endlich mal zu der Frage Bildung und Wissenschaft Stellung nehmen wird. Das war einer Ihrer politischen Schwerpunkte im Wahlkampf dieses Jahres.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er hat doch was gesagt dazu. Haben Sie das nicht gehört?)

Auf Seite 13 kam es dann in dem Vordruck, den wir zur Verfügung gestellt bekommen haben. In der Koalitionsvereinbarung heißt es dazu,

(Vincent Kokert, CDU: Sie hätten es mal richtig lesen sollen.)

dass „SPD und CDU ... auch in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern die Weichen für mehr Bildung und Chancengerechtigkeit stellen (werden)“. Tolle Aussage! Ich glaube, das kann jede Regierung unterschreiben, kein innovativer Schwerpunkt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Lesen Sie mal weiter, da steht doch noch mehr drin, Herr Holter! Immer nur Exzerpte, das bringt nichts.)

Ja, Sie sehen einen wichtigen Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, und?)

Vollkommen richtig, das hat ja auch unsere Unterstützung, das kritisieren wir doch gar nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Lesen Sie doch mal richtig, was da steht! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so echauffieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich echauffiere mich nicht. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die Vorhaben in der frühkindlichen Bildung und Betreuung – das wird ja ganz spannend, ne – sind auch im Koalitionsvertrag benannt und finanziell untersetzt.

(Vincent Kokert, CDU: Das haben Sie ja auch in acht Jahren nicht hingekriegt.)

Das ist zu begrüßen.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr schön! Jawoll!)

Aber, Herr Kokert, Bildung endet doch nicht nach dem Kindergarten. Was passiert in den Schulen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bei manchen schon! Bei manchen schon!)

Was passiert in den Hochschulen? Was ist an den Berufsschulen los oder auch an den Volkshochschulen? Nur nebulöse Formulierungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber die Kreisgebietsreform
ist gut gestartet, vor allem an den
Volkshochschulen. Nix ist geklärt.)

Und das bisschen Geld, das Sie in die Schulen investieren wollen, verschwindet dann auch im Nebel. Kein Wunder, denn wer nicht weiß, was er will, kann auch nicht sagen, wo es langgeht. Herr Selling stellt sich in diesem Zusammenhang in die Reihe mit Helmut Kohl:

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Anstatt die Probleme anzupacken, werden sie ausgesessen.

(Vincent Kokert, CDU: Ist das jetzt der
Ritterschlag der SPD? – Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Eines steht fest, Ihre Schulpolitik hat schon in den vergangenen Jahren keine Kontinuität und Verlässlichkeit gebracht, sondern für erhebliche Unruhe an den Schulen gesorgt.

Der Ministerpräsident und offenbar auch sein neuer Bildungsminister nehmen es einfach hin, dass die Schulen chronisch unterfinanziert sind – auch übrigens Vorgaben gemacht werden für die Selbstständige Schule –, dass es einen immensen Bürokratieaufwand gibt, der die pädagogischen Aufgaben überlagert. Sie nehmen es einfach hin, dass der Lehrkräftemangel inzwischen verheerende Folgen für alle Beteiligten hat, und Sie nehmen hin, dass Mecklenburg-Vorpommern Spitzenreiter bei den Schulabbrechern ist. Wo ist Ihr Konzept?

Und Sie stehen in der Tradition der letzten Wahlperiode: Auf die Kontinuität und Verlässlichkeit von Bildungsmisere und chronischer Unterfinanzierung können sich die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern verlassen. Das ist Ihr Motto und daran wird sich auch in dieser Legislaturperiode nicht viel ändern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aber ja, das hat ja Herr Selling gerade gesagt, eine Bildungsmaßnahme gibt es, den Dialog mit den Schulen. Bildung für wen? Für die Regierenden, für die Koalition oder für die Beteiligten in den Schulen? Es ist gut, dass man miteinander redet. Das kann nie schaden. Ich bin immer für den Dialog, aber entscheidend ist doch, dass gehandelt wird. Es gilt: Reden ist Silber, Taten sind Gold.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

Investitionen in Bildung sind eben nicht nur in den Kindergärten erforderlich.

(Vincent Kokert, CDU: Ich würde sagen,
das geht in die Geschichtsbücher ein.)

Oder, Herr Nieszery, muss Frau Schwesig auch noch Bildungsministerin werden, damit da endlich mehr Geld lockergemacht wird für die Schule?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich frage mich sowieso, wo Frau Schwesig heute ist. Sie hat sich für die Landtagsitzung nicht ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Entschuldige mal! Fragen Sie mal
im Präsidium nach! Das könnte Ihnen
vielleicht der Parlamentarische
Geschäftsführer erklären.)

Mein Parlamentarischer Geschäftsführer hat mir gesagt, dass die Entschuldigung bei ihm nicht vorliegt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so!
Ja, muss er vielleicht mal gucken.)

Apropos Frau Schwesig, die ja nun auch für die Arbeitsmarktpolitik zuständig ist: Wie sieht es denn damit aus? Nach der offiziellen Statistik haben wir aktuell 34.000 Arbeitslose über 50 Jahre, 17.000 Menschen in geförderten Maßnahmen und Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Wir haben etwa 29.000 Langzeitarbeitslose.

(Vincent Kokert, CDU:
Jeder Einzelne ist zu viel.)

Das unterschreibe ich sofort – jeder Einzelne ist einer zu viel.

Im Wahlkampf hat die SPD das Problem der Langzeitarbeitslosen erkannt und zu Recht festgestellt, dass viele keine realistischen Chancen haben, in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Vollmundig wurde versprochen, wir brauchen für diese Menschen einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. In meinem Verständnis ist das der von mir immer vertretene öffentlich geförderte Beschäftigungssektor.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das
ist aber ein anderes Verständnis.)

Ja, genau.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das
ist ein anderes Verständnis,
Herr Holter.)

Was ist hier sozialer Arbeitsmarkt? Wo ist der soziale Arbeitsmarkt?

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und wie wird Ihre Landesarbeitsmarktpolitik und die von Frau Schwesig aussehen? Ich habe mir ihr darüber gesprochen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, selbstverständlich.)

und bin auf ihre Vorschläge gespannt. 100 Tage hat sie Zeit und dann werden wir mal sehen, was im Januar hier auf den Tisch kommt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, das können wir machen.)

Aber eine Entscheidung hat sie bereits gefällt. Kleinprojekte aus dem europäischen Sozialfonds werden schon nicht mehr gefördert.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Das schwächt die zivilgesellschaftlichen Strukturen hier in Mecklenburg-Vorpommern. Und das empfinde ich als einen Schlag ins Gesicht derer, die sich engagieren, auch in dem Sinne, wie Herr Ministerpräsident Sellering das hier erst ausgeführt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Regine Lück, DIE LINKE: Genauso ist es.)

Und Sie verweisen nach Berlin und kritisieren zu Recht die Kürzungen des Bundes. Aber wo ist Ihr Beitrag? Was machen Sie hier in Mecklenburg-Vorpommern? Sie zeigen auf Berlin, auf die Regierung dort.

(Udo Pastörs, NPD: Da ist
er ja auch meistens, in Berlin.)

Die Bundesregierung soll es richten. Sie beruhigen so Ihr Gewissen und Sie wissen ganz genau, dass Schwarz-Gelb in Berlin in Größenordnungen die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose zusammengestrichen hat.

Ja, meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit der höchsten Kinderarmut. Es ist die Armut der Eltern, die Kinder tausendfach ausgrenzt.

(Udo Pastörs, NPD:
Blühende Landschaften! –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Es sind die Hungerlöhne und es sind diejenigen, die von Hartz IV leben müssen, bei denen das Geld vorne und hinten nicht reicht für ein menschenwürdiges Leben. Altersarmut ist vorprogrammiert. Und heute schon haben wir massive Probleme im Pflege- und Gesundheitsbereich. Dazu heute kein Wort. Sie wollen, habe ich gelesen, die Arbeitsbedingungen in der Pflege nachhaltig verbessern, um damit zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Wie Sie das machen wollen, Herr Kokert, das bleibt Ihr Geheimnis.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Allenfalls wird wieder nach Berlin auf die Zuständigkeit des Bundes verwiesen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Viel versprochen hat die Landesregierung auch bei den Pflegestützpunkten. Hier gab es eine Anschubfinanzierung des Bundes in Höhe von 1,3 Millionen, aber die haben Sie einfach verschenkt, weil Sie die Fristen verschlafen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer ist denn dafür zuständig?)

Und so haben wir heute 3 Pflegestützpunkte statt 18, die wären notwendig angesichts der alternden Bevölkerung, das wissen Sie auch aus eigener Erfahrung.

Ja, und dann haben wir immer, Herr Sellering, von dem Paukenschlag gehört.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sagen ja
nicht mal Ihre eigenen Leute, Herr Holter.)

Ein Paukenschlag wurde im Wahlkampf immer ganz groß verkündet in Sachen Frauenförderung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, sehr richtig.)

Dass das jetzt eine Knallerbse geworden ist, ist ja, wie wir wissen, hinreichend bekannt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Die
Prinzessin auf der Erbse.)

Und gerade dieses wichtige Vorhaben, von uns aus das richtige Vorhaben, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, ging nun wirklich nach hinten los.

(Vincent Kokert, CDU: Warum?)

Als erste Maßnahme wurde das Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung völlig überraschend abgeschafft.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was für ein Paukenschlag!)

Der Ministerpräsident gibt die Verantwortung dafür ab. Ein riesengroßer Rückschritt!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dieses Amt hat es seit 1994 gegeben und diejenigen, die dort gearbeitet haben, haben das Land in Sachen Gleichstellung vorangebracht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Es hätte im Gegenteil eine Stärkung dieser Position und dieser Stelle in der Staatskanzlei geben müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte hier ausdrücklich – Frau Seemann ist heute nicht da – Karla Staszak und Margret Seemann für ihr Engagement danken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dem können
wir uns anschließen. Dem können wir uns
anschließen. Sehr richtig. Vielen Dank auch.)

Sie haben einen wesentlichen Beitrag geleistet, damit Gleichstellung, Gender-Mainstreaming in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur einen Platz hat, sondern auch umgesetzt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dass der Landesfrauenrat sich jetzt empört darüber, dass eine Leitstelle im Hause Schwesig eingerichtet

wurde, das kann ich nur unterstreichen. Auch hier bleibt abzuwarten, was auf diesem Gebiet passiert.

Sie haben beide, SPD und CDU, vor der Wahl versprochen, die bewährten Befähigungsstrukturen beizubehalten. Versprochen, gebrochen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach Gott!)

Ja, man muss zu seinem Wort stehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, ja, ja!)

Und dieser missratene Paukenschlag

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

ließe sich weiter untersetzen, will ich jetzt aber nicht tun.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Udo Pastörs, NPD: Nationale Solidarität,
Mähdrescher für Mosambik.)

Meine Damen und Herren, in Sachen Mindestlohn gibt es Bewegung. Die CDU – ich bin ja mal gespannt, was Herr Kokert jetzt dazu sagen wird – gibt ihren Widerstand zumindest bei öffentlichen Aufträgen auf,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

sicherlich Zähne knirschend,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber
wir sind doch nicht bei 10 Euro.
Nicht wahr, Herr Holter?!)

denn so richtig überzeugt, glaube ich, ist sie wahrscheinlich noch nicht. Aber was tut man nicht alles für den Machterhalt?! Im Land hält sich der Jubel da in Grenzen. Die einen sind unzufrieden mit der Höhe, also 8,50 reichen nicht aus.

(Vincent Kokert, CDU:
Es ist wirklich traurig, dass wir
das gemacht haben und nicht Sie, die
das acht Jahre hätten machen können.)

Das Handwerk kontert zum Beispiel, dass die Beschränkung auf öffentliche Aufträge gerade die Branchen auspart,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

die die geringsten Löhne zahlen, beispielsweise das Friseurhandwerk, das gar nicht an öffentliche Aufträge herankommt. Die Kritik ist berechtigt und ein allgemeiner gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn wäre freilich die beste Lösung und dringend nötig. Aber da zeigte die CDU der SPD die lange Nase.

Die Tarifautonomie, die Sie stärken wollen, lässt zu, dass sich die Stundenlöhne in Ost und West immer noch unterscheiden.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das muss sich ändern, Herr Ministerpräsident. Ich denke, dass Sie da nicht nur laut tönen sollten. Sie sollten hier in der Tat Initiativen ergreifen und nicht Initiativen unterstüt-

zen. Das ist ein wichtiger und wesentlicher Unterschied zu dem, was Sie hier gesagt haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber ansonsten, meine Damen und Herren, wenn ich mich der Wirtschaftspolitik zuwenden darf, sieht es ziemlich mau aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung werden die Werften am Rande gestreift.

(Vincent Kokert, CDU: Was? Was?)

Gesundheit, Wirtschaft und Tourismus werden angesprochen. Aber wo ist denn der ganzheitliche Entwurf für Innovation und wissensbasierte Arbeitsplätze – Herr Seidel hat immer sehr gerne darüber gesprochen – für die breite wirtschaftliche Basis? Wie wollen Sie die Förderrichtlinien neu ausrichten?

(Vincent Kokert, CDU: Warum?)

Der Wirtschaftsminister Harry Glawe erklärt, er will bei seinem Vorgänger anknüpfen.

(Vincent Kokert, CDU: Der war doch aber sehr
erfolgreich. Der war doch absolut erfolgreich.
Da müssen Sie ihm doch mal recht geben.)

Erstens halte ich das für falsch und zweitens kann der Wirtschaftsminister ja kaum etwas vermelden. Und, Herr Kokert, es geht nun wirklich zu wie in der Fleischerei.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oha!)

Das bisherige Wirtschafts- und Arbeitsministerium wird ausgeschlachtet, Sozial- und Energieministerium erhalten ihre Beutestücke und die Staatskanzlei reißt sich ihr Filetstück unter den Nagel.

(Vincent Kokert, CDU: Sie waren
doch selber mal Bauminister. Dass
Sie das einfach so abtun, das finde
ich schon erstaunlich. Das waren nur
zwei Abteilungen, Arbeit und Bau. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich finde die Argumentation des Ministerpräsidenten, die Außenwirtschaft zu sich zu holen, kleinlich und, gelinde gesagt, unwürdig.

Meine Damen und Herren, ja, Einigkeit gibt es bei dem Thema „Erneuerbare Energien“.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ach, guck mal an!)

Sie haben das zu einem strategischen Potenzial erklärt und nicht nur erklärt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir setzen es auch um.)

sondern ich gehe davon aus, dass Sie das auch machen werden. Das ist auch gut so, da haben Sie auch unsere Unterstützung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben es doch erfunden, die Energiewende!)

Aber, Herr Dr. Nieszery, auf die Qualität kommt es an. Und genau das wird unser Maßstab sein für die Bewertung, wenn Sie sagen, Sie wollen das Konzept „Energie-land 2020“ und den Aktionsplan „Klimaschutz“ fortschreiben. Wir werden genau prüfen, was Sie dort tun, wie weit Sie dort kommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist auch Ihre Aufgabe. Das ist ja okay.)

Natürlich, steht doch auch in der Verfassung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ist ja okay.)

dazu wurden wir ja noch mal belehrt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie lesen ja Ihre eigenen Konzepte nicht.)

Ganz klar ist, die Zeit der Ankündigung muss vorbei sein.

(Vincent Kokert, CDU: Das müssen wir mal überprüfen.)

Lassen Sie uns Taten sehen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

und dann werden wir ganz konkret darüber reden, was hier passiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Apropos Taten, da komme ich zu einem anderen Punkt, das sind die Demokratie und die Justiz. Dass der Herr Ministerpräsident – darüber muss man mal reden,

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

weil das etwas mit Bürgernähe und etwas damit zu tun hat, wie dieses Land verfasst ist –, dass Herr Sellering mal Justizminister war, merkt man nicht mehr. Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz?

(Udo Pastörs, NPD: Das hat man auch nicht gemerkt, als er das Amt noch innehatte.)

Fehlanzeige. Auf Initiativen von Frau Kuder, der Justizministerin, brauchen wir jedenfalls nicht zu warten. Sie schließt vielmehr die Hälfte der Amtsgerichte.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich weiß noch ganz genau, 1994, meine erste Zeit hier in diesem Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Wie schlugen die Wellen hier hoch zu der Frage der Amtsgerichte?!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie hat hier der Landtag, und zwar fraktionsübergreifend, debattiert?! Die Abgeordneten aus ihren Wahlkreisen haben für ihr Amtsgericht gekämpft, egal von welcher Partei sie damals waren.

(Udo Pastörs, NPD: Tolle Leistung!)

Jetzt wird die Hälfte der Amtsgerichte dichtgemacht. Vor der Wahl habe ich von Frau Kuder nichts gehört, sie war ja auch in einem anderen Wahlkampf beschäftigt. Aber im CDU-Wahlprogramm, Herr Generalsekretär Kokert, steht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Gerichtsstrukturen „in der Fläche“ bleiben „erhalten“. Auch hier gilt, ...

(Vincent Kokert, CDU: Wir haben auch nicht gesagt, dass wir die Standorte schließen. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ja, gut, also die Interpretation: Wir gehen davon aus, dass die Standorte geschlossen werden. Also auch hier gilt: Versprochen, sogleich gebrochen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wie der Erhalt in der Fläche aussieht, wissen wir jetzt. Nur noch in den Kreisen und kreisfreien Städten soll es Amtsgerichte geben. Alle anderen Standorte sollen völlig konzeptionslos geschlossen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt nicht so! Wo denn?)

Wenn Sie erklärt haben, die Strukturen bleiben erhalten, dann haben Sie geblendet. Sie haben den Menschen was Falsches vorgemacht.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Völliger Blödsinn!)

Das ist Ihre Politik! Darum geht es doch.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und deswegen habe ich erst gesagt auf den Zwischenruf hier von der Fensterfront, es geht um Demokratie, es geht um Bürgernähe.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Und gerade die Menschen im ländlichen Raum werden sich nicht nur fragen, wo ist meine Kreisverwaltung, sondern auch, wo ist das zuständige Amtsgericht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Doch, doch, doch, das hat was mit Lebensqualität zu tun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir haben eine andere Kreisgebietsreform, Herr Holter, die war noch größer.)

Und still ruht der See, Herr Dr. Nieszery, im Übrigen auch im Bereich der Stärkung der direkten Demokratie. Da gibt es noch viel zu tun, was Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide betrifft. Diese müssen erleichtert werden. Andere Bundesländer, Sie vergleichen sich ja immer so gerne,

(Udo Pastörs, NPD: Zum Erbrechen.)

sind da viel, viel weiter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wissen wir.)

Dank SPD und CDU tritt Mecklenburg-Vorpommern hier weiter auf der Stelle. Das haben Sie an unserem Beifall gemerkt, meine Damen und Herren.

Herr Ministerpräsident, Ihr klares Bekenntnis für Demokratie und Toleranz findet unsere volle Unterstützung. Da gibt es auch kein Vertun. Das haben wir in den letzten fünf Jahren hier bewiesen, das wird auch in Zukunft so sein. In der Tat müssen alle Demokratinnen und Demokraten in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Gedanken und rechtsextremistischem Handeln eng zusammenstehen und dazu gehört selbstverständlich ein neuer Anlauf für ein NPD-Verbot.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, natürlich.)

Dazu versichere ich Ihnen auch unsere volle Unterstützung. Das haben wir in der vergangenen Legislaturperiode hier immer wieder gezeigt.

(Udo Pastörs, NPD: Dann ist endlich Ruhe hier im Haus.)

Aber, meine Damen und Herren, es geht um mehr.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es geht, Herr Pastörs, um Aufklärung und die schonungslose Auseinandersetzung mit Ihren Machenschaften, mit Ihren Zielen, mit den Zielen der neuen Nazis und der NPD.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um ein gesellschaftliches Klima der Ächtung und des Widerstandes, denn das, was Sie verbreiten, muss raus aus den Köpfen und dann raus aus diesem Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und zweitens, meine Damen und Herren, sollte das Ziel aller Demokratinnen und Demokraten sein, den Nazis und der NPD den Boden zu entziehen. Dafür müssen zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt werden, antifaschistische und demokratische Initiativen dauerhaft unterstützt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Eine aktive und auf die Stärkung dieser Initiativen und Strukturen orientierte Beschäftigungspolitik gehört in jedem Fall dazu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und, liebe Koalitionäre, aus unserer Sicht gehören zur Stärkung von Demokratie und Toleranz auch der Erhalt und die Stärkung unserer vielfältigen Kulturlandschaft,

(Udo Pastörs, NPD: Offen für alles.)

auch unserer Theater und Orchester. Dafür braucht es zunächst den politischen Willen.

(Udo Pastörs, NPD: Posaunen
und Blasen gegen rechts. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das habe ich gemerkt bei 40 Millionen für die Kita und auch dem bisschen, was Sie den Kommunen geben.

(Vincent Kokert, CDU: Das bisschen! –
Heinz Müller, SPD: Na, nun bleiben
Sie mal auf dem Teppich hier!)

Warum gehen Sie nicht den Schritt,

(Heinz Müller, SPD:
Also ein bisschen mehr
Sachlichkeit habe ich erwartet.)

warum gehen Sie nicht den Schritt bei den Theatern und Orchestern?

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Es wird dazu heute noch geredet werden.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Politischer Wille.

Und wenn uns allen bewusst ist, dass eine lebendige kulturelle Landschaft wichtig und unabdingbar ist für den sozialen Zusammenhalt, über den Herr Sellering gesprochen hat, für ein demokratisches und tolerantes Miteinander,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann finden wir auch das nötige Geld dafür. Meine Damen und Herren, ja, ich weiß, Sie kommen mit der Totschlagkeule, was unsere Haushalts- und Finanzpolitik betrifft. Da machen Sie es sich sehr einfach.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, nee.)

Es ist unredlich,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, nee.)

es ist unredlich, ich wiederhole das, Herr Dr. Nieszery, es ist unredlich, dass Sie uns unterstellen, wir würden lediglich mehr Geld fordern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist aber so.)

Sie machen doch da weiter, womit SPD und LINKE damals begonnen haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir stehen und standen für einen ausgeglichenen Haushalt,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

aber eins unterscheidet uns: Wir wollen heute investieren, um heute die Herausforderungen der Zukunft anzupacken, um im Übrigen auch die Einnahmen von morgen zu sichern. Das ist auch eine Verantwortung für die zukünftige Generation.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir wollen die Kommunen stärken. Ja, wir müssen mehr tun für unsere Kinder, nicht nur in der Kita, in der Schule, in der Ausbildung und auch in der Freizeit. Der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ist heute schon nicht mehr zeitgemäß. Das wissen Sie genauso wie die Gewerkschaften.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

10,00 Euro, das ist unsere Auffassung, müssen die Untergrenze für Tarifverhandlungen sein. Öffentliche Aufträge und Förderprogramme müssen sich daran orientieren, den Inflationsausgleich noch nicht mal mitgerechnet.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das fordern nicht mal die Gewerkschaften.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Ein imposanter Weihnachtsbaum macht noch keine Zukunft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Helmut Schmidt hat auf dem SPD-Parteitag den italienischen Staatspräsidenten zitiert. Ich will das in Ihre, ich meine jetzt die Genossinnen und Genossen der SPD, in die Erinnerung der SPD rufen. Napolitano verlangte in einer Rede im Oktober, dass wir uns heute auf das konzentrieren müssen, was heute notwendig ist zu tun. Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich fordere Sie, ich fordere den Ministerpräsidenten, ich fordere die Koalition auf: Tun Sie heute das Richtige und Notwendige für die Menschen

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und ihre Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, Ihre Beleidigung des Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Herrn Holter weise ich zurück und mache Sie nochmals darauf aufmerksam, dass ich eine Beleidigung von einzelnen Abgeordneten sowie des ganzen Parlamentes nicht dulden werde.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zunächst, Herr Holter, möchte ich mich mal ganz aufrichtig für die Inhaltsangabe zu unserem Koalitionsvertrag

bedanken. Es tut mir außerordentlich leid, dass ich das so deutlich sagen muss, Herr Holter, aber ich habe selten eine politisch so schwache Rede des Oppositionsführers zu einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hör doch auf!)

Ihre Ausführungen, Herr Holter, standen unter einem einzigen wehleidigen Motto, das da lauten könnte: „Hört, ihr Leute, wie beleidigt und wie wütend wir sind, dass wir nicht mitregieren dürfen.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie sich das schon vor der Rede aufgeschrieben, Herr Nieszery?!)

Natürlich habe ich mir das aufgeschrieben, weil ich wusste, was er sagt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben sich das schon vorher aufgeschrieben.)

Natürlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ein Hellsheher, Herr Nieszery!)

Das, meine Damen und Herren von den LINKEN,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wird Ihnen als politisches Gegenkonzept niemals reichen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Hellsheher.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Dr. Nieszery.

Herr Pastörs, ich hatte Sie darauf hingewiesen, dass ich Beleidigungen einzelner Abgeordneter ...

(Udo Pastörs, NPD: Ich finde es einfach nur nicht richtig, dass hier so ein aufgeblasenes Blendwerk verbreitet wird.)

Herr Pastörs, ich hatte Ihnen gesagt, dass Sie a) die Abgeordneten nicht zu beleidigen haben, und b) wissen Sie genau, dass Sie meine Sitzungsführung nicht zu kommentieren haben. Von daher erteile ich Ihnen jetzt einen Ordnungsruf.

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube, Herr Pastörs will nach Hause wegen Weihnachten.)

Bitte, Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Holter, hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, wir haben uns viel vorgenommen, um dieses Land noch weiter nach vorne zu bringen, und das werden wir auch tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

Die wesentlichen Punkte haben wir in unserer Koalitionsvereinbarung benannt. Dieser Vertrag ist Grundlage unseres Handelns in den vor uns liegenden fünf Jahren. Unsere Ziele zum Wohle des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger sind klar und konkret formuliert, ausgewogen und fair und nicht zuletzt realistisch, Herr Holter, weil finanzierbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU:
Sehr richtig.)

An diesen ambitionierten Zielen wollen wir uns gerne messen lassen, auch von Ihnen, Herr Holter. Schon längst ist es nicht mehr so, dass Mecklenburg-Vorpommern bei den meisten volkswirtschaftlichen Parametern die rote Laterne trägt. Die Menschen und die Unternehmen hier im Land haben kräftig angepackt und das trägt Früchte. Wir können zu Recht stolz sein auf das, was wir gemeinsam erreicht haben. Rot-Schwarz hat dieses Land fünf Jahre lang gut und verlässlich regiert. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, mit Verlässlichkeit, Zuversicht und optimistischen Schwerpunktsetzungen die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Der neue Koalitionsvertrag setzt die richtigen Rahmenbedingungen dafür.

Lassen Sie mich jetzt ein paar Worte zu den aus unserer Sicht wichtigsten Punkten des Koalitionsvertrages verlieren.

Meine Damen und Herren, wir sind uns darüber im Klaren, dass finanzpolitisch harte Zeiten auf uns zukommen, nicht nur wegen der absehbaren Mindereinnahmen, sondern auch wegen der Finanzmarktkrise. Deren Ausmaß können wir derzeit noch gar nicht abschätzen. Trotzdem können und müssen wir uns so weit wie möglich darauf einstellen. Der Koalitionsvertrag tut dies. Und das, meine Damen und Herren, hat zur Folge, dass wir nicht alles, was wünschenswert ist, auch realisieren können. Dennoch erschöpft sich die politische Gestaltung der Koalition nicht nur im Sparen, wie uns DIE LINKE mangels besserer Argumentation gerne vorwirft. Unsere umsichtige Haushaltspolitik ist vielmehr untrennbar verknüpft mit einer klugen Strukturpolitik, einer Strukturpolitik, mit der wir die richtigen Weichen stellen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu verbessern.

Insofern, meine Damen und Herren, freue ich mich sehr, dass es gelungen ist, die neue Energiepolitik so herausgehoben im Koalitionsvertrag zu verankern. Wir werden die Zuständigkeiten bündeln, die Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien optimieren und so die Voraussetzungen dafür schaffen, dass viele Tausend zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Land entstehen. Mit der neuen Energiepolitik schaffen wir außerdem nachhaltige und solide Wertschöpfung, die einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass unser Land bald auf eigenen Füßen stehen kann.

Zukunft aus eigener Kraft,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, heißt auch hier das Stichwort.

(Udo Pastörs, NPD: Mit 10 Milliarden
Schulden an der Socke.)

Das Konzept für unsere Zukunftsstrategie

(Udo Pastörs, NPD: Schwätzer.)

hat die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen drei Jahren entwickelt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ein Moment, Herr Dr. Nieszery.

Herr Pastörs, ich weiß nicht, wie ich es Ihnen deutlich machen soll.

(Vincent Kokert, CDU:
Er spricht nur eine Sprache.)

Ich werde hier keine Beleidigungen von Abgeordneten dulden. Von daher erteile ich Ihnen den zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Ordnungsruf die Wortentziehung zur Folge hat.

Bitte, Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das Konzept für diese Zukunftsstrategie hat die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen drei Jahren entwickelt, gemeinsam mit vielen Fachleuten aus der Wissenschaft, der Praxis und den Kommunen und im Übrigen, meine Damen und Herren, lange bevor die GRÜNEN das Energiethema als wirtschaftspolitisches Thema entdeckt haben.

Ökologie und Klimaschutz sind zweifellos wichtige Themen. Aber was unser Land in erster Linie braucht, das sind innovative Unternehmen und gut bezahlte Arbeitsplätze für die Menschen hier.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Uns ist klar, dass dieser Weg nicht einfach sein wird, auch wenn das Ziel, die Energiewende, sehr viele Menschen teilen. Wie immer bei Veränderungsprozessen gibt es Unsicherheiten, Ängste und bisweilen reale Beeinträchtigungen. Diese Bedenken werden wir ernst nehmen, deshalb werden wir die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in den Veränderungsprozess einbeziehen. Nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie sich einbringen können, werden sie sich mit einem Projekt identifizieren. Nur wenn sie ein Vorhaben als Baustein für eine bessere Zukunft begreifen, lassen sich auftretende Schwierigkeiten besser und gemeinsam lösen. Unsere Handlungsmaxime lautet daher: Regieren im Dialog. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, eine konfrontative Situation wie beispielsweise bei Stuttgart 21 lässt sich vermeiden, wenn Großprojekte den Menschen nicht einfach übergestülpt, sondern mit ihnen gemeinsam entwickelt werden. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Umstellung der Energiepolitik, sondern auch für viele andere Politikfelder.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Ein weiteres Zukunftsthema, meine Damen und Herren, das die Koalition aus SPD und CDU bereits in der vergangenen Legislaturperiode in Angriff genommen hat, ist die frühkindliche Bildung, Herr Holter. Unter großer Kraftanstrengung schichten wir den Haushalt so um, dass jährlich, ich darf das wiederholen, jährlich mehr als 40 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

für die Absenkung des Betreuungsschlüssels, für die Beitragsreduzierung in der Krippe und für ein kostenloses Mittagessen in der Krippe und in den Kindertagesstätten.

(Vincent Kokert, CDU: Das sind doch alles Forderungen der LINKEN, das muss man auch mal sagen.)

Ich freue mich, dass unser neuer und alter Koalitionspartner hier mit uns an einem Strang zieht, ...

(Minister Harry Glawe: Das haben wir gerne gemacht.)

Das weiß ich, Harry.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Da spricht der Partner. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

... denn wir alle wissen: Was in frühen Jahren an Versäumnissen passiert ist, kann später nur mühsam wieder repariert werden. Insofern ist es mehr als sinnvoll, den Schwerpunkt auf die ersten Jahre zu legen und bereits den Kleinsten eine gute Förderung mit auf den Weg zu geben. Das hilft auch und gerade, meine Damen und Herren, den Kindern aus sozial schwachen Familien.

Wenn ich mir nun die Ausführungen der Opposition zum Programm der Regierung anschau, meine Damen und Herren, dann bin ich einigmaßen fassungslos.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Heute wäre doch Ihre Stunde gewesen, Herr Holter, um mit eigenen Vorschlägen zu glänzen oder zumindest um fundierte Kritik zu üben. Aber nichts dergleichen. Das Einzige, was Sie bislang zustande gebracht haben, ist, Sie schüren Politikverdrossenheit, indem Sie populistische Vorurteile bedienen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie fordern unrealistische Zeitpläne zur Umsetzung unserer Vorhaben und reiten persönliche, zum Teil wirklich verletzend Attacken gegen Minister und Abgeordnete der Regierungsfractionen.

(Michael Andrejewski, NPD: Und das ohne Ordnungsrufe. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das, meine Damen und Herren, erinnert mich an eine alte Fußballerweisheit, die da lautet: Wenn wir hier schon nicht gewinnen können, dann treten wir Ihnen jedenfalls ordentlich in die Knochen. Ich hoffe, Sie merken recht schnell, dass diese Strategie gar nichts bringt.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sie werden auf diese Weise der wichtigen und verantwortungsvollen Rolle einer demokratischen Opposition nicht mal ansatzweise gerecht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ein starkes Stück, was Sie jetzt machen.)

Ich werde ja den Verdacht nicht los, Herr Holter,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben Sie sich alles vor meiner Rede aufgeschrieben.)

dass Sie deswegen so aggressiv reagieren, weil Sie unserem Koalitionsvertrag nichts Substantielles entgegenzusetzen haben.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Werfen wir doch mal einen Blick auf Ihre zehn wichtigsten Wahlkampforderungen.

(Vincent Kokert, CDU: Die habe ich mir auch gerade durchgelesen.)

Hier steht: „10-Punkte-Sofortprogramm: Politikwechsel einleiten und gestalten“, von Herrn Holter in einer Pressekonzferenz bekannt gegeben.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Es kann Ihnen doch nicht entgangen sein, Herr Holter, dass sich neun, ich darf wiederholen, neun dieser zehn Punkte im Koalitionsvertrag wiederfinden und umgesetzt werden. Ich mache das mal an ein paar Beispielen fest:

Da fordert die Fraktion der LINKEN eine Soforthilfe für Theater und Orchester. Da kann ich nur sagen, schon geschehen. Gucken Sie mal in die Zeitung – auch heute – hinein.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Die Stadt Schwerin wird eine Soforthilfe für das Mecklenburgische Staatstheater in Höhe von einer halben Millionen Euro erhalten.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Der Bildungsminister hat alle Theater zu Gesprächen eingeladen und erarbeitet mit den Beteiligten ein tragfähiges Konzept. Nun geben Sie ihm doch wenigstens die Zeit und die Chance, dies auch erfolgreich zu Ende zu bringen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Derweil reisen die Abgeordneten der LINKEN durchs Land und sammeln Unterschriften,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

damit der Landtag über die Finanzierung der Theater und Orchester des Landes berät. Damit haben wir natürlich überhaupt kein Problem.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Scheinbar doch. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Doch bevor Sie sich, meine Damen und Herren, als Retter der Kultur aufspielen, wäre es interessant, von Ihnen

zu erfahren, woher Sie die zusätzlichen Millionen nehmen wollen, mit denen Sie die Theater und Orchester beglücken möchten. Diese Antwort sind Sie uns bislang schuldig geblieben.

(Heinz Müller, SPD: Und das nicht nur bei Theatern.)

Und ich vermute mal, Sie haben auch gar keine, oder aber nur eine, bei der Sie die verantwortliche Haushaltspolitik des Landes über den Haufen werfen wollen.

Aber ich verspreche Ihnen an dieser Stelle eines, meine Damen und Herren: An unserer vorausschauenden Haushaltspolitik werden Sie nicht rütteln können. Wenn Sie hier Vorschläge machen, dann wollen wir von Ihnen konkret hören, woher das Geld kommen soll und an welcher anderen Stelle dafür etwas eingespart werden muss. Sich hier hinzustellen und immer nur zu fordern, ohne einen soliden Finanzierungsvorschlag zu machen, lassen wir Ihnen auch in Zukunft nicht durchgehen, Herr Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wer hat denn vorgeschlagen, die Grunderwerbssteuer zu erhöhen?)

Das ist doch ein guter Vorschlag,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

ja selbstverständlich, oder?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie wissen doch ganz genau, dass der von uns kommt.)

Von Ihnen? Das steht in unserer Regierungserklärung, Herr Holter!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Helmut Holter, DIE LINKE: Ach, Herr Nieszery,
Sie waren doch dabei und wissen,
wer das eingebracht hat.)

Ich darf noch mal ein zweites Beispiel nennen, meine Damen und Herren ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ein Witz ist das, was Sie hier erzählen!)

Das steht in unserem Koalitionsvertrag, wenn mich nicht alles täuscht, oder?!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, richtig. –
Vincent Kokert, CDU: Also letztens
wars noch drin.)

Na also, sehen Sie.

Das zweite Beispiel, meine Damen und Herren, ist der von den LINKEN

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir haben es in der Sondierung
vorgeschlagen, Frau Polzin, wir
haben es vorgeschlagen!)

so vehement eingeforderte Zukunftsvertrag zwischen Land und Kommunen.

(Vincent Kokert, CDU: Da haben wir wieder die Sondierung.)

Dieser Zukunftsvertrag, meine Damen und Herren, ist längst beschlossene Sache, und zwar nachzulesen, Herr Holter, im Koalitionsvertrag unter Ziffer 326.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das weiß ich.)

Schön.

Es laufen bereits die ersten Vorbereitungsgespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Seien Sie versichert, wir wissen um die schwierige Finanzlage der Kommunen und deshalb helfen wir nach Kräften. Der kommunale Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro zur Entlastung von Altschulden ist ein Beispiel dafür, der einmalige Kofinanzierungsfonds in Höhe von 50 Millionen Euro für kommunale Investitionen ein weiteres.

Eines aber ist klar, Herr Holter, das Land kann nicht mehr verteilen, als es selbst zur Verfügung hat,

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

auch wenn DIE LINKE diese Tatsache beharrlich, beharrlich ignoriert.

Ein drittes Beispiel:

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich kann es nicht mehr hören!)

Die Umsetzung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro ist beschlossene Sache, Herr Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das weiß ich auch. Wann kommt er denn?)

Das, meine Damen und Herren, ist der Abschied vom Niedriglohnland Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nehmen Sie diesen großartigen politischen Erfolg doch endlich mal gebührend zur Kenntnis, Herr Holter!

(Vincent Kokert, CDU: Ja. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das Land geht eine Selbstverpflichtung ein, das heißt, bei der Vergabe von Aufträgen in Landeshoheit wird ein Mindestlohn von 8,50 Euro zur Bedingung gemacht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wann denn?)

Auch die Gewährung von Wirtschaftsfördermitteln wird künftig an die Bezahlung von Mindestlohn geknüpft.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wann denn?)

Der Entwurf, Herr Holter – jetzt komme ich –, für ein neues Vergabegesetz wird in den ersten Monaten des Jahres 2012 von Herrn Glawe vorgelegt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Weiß ich.)

Da frage ich Sie, was haben Sie daran auszusetzen?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das habe ich doch gar nicht kritisiert.)

Was wollen Sie eigentlich noch? Schneller geht es nicht, Herr Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Haben Sie mir nicht zugehört, habe ich das kritisiert? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ihnen, und das haben Sie ja hier anschaulich vorgeführt, bleibt offenbar nur noch der hilflose Versuch, in einen Überbietungswettbewerb einzusteigen und statt 8,50 Euro nun 10,00 Euro zu fordern.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist die inhaltliche Botschaft.)

Das ist weder originell, Herr Holter, noch hilfreich, auf gar keinen Fall aber zeugt das von einer politischen Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist aber konsequent.)

Allerdings bin ich mir sicher, meine Damen und Herren von den LINKEN, dass solche Anträge, oder ähnliche, schon bald ins Parlament eingebracht werden. Wir sind da ja einiges von Ihnen gewöhnt.

(Vincent Kokert, CDU: Mit Sicherheit!)

Zu derartigen Anträgen sage ich Ihnen Folgendes,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir stören ja auch nur, Herr Nieszery.)

hören Sie gut zu: Ihr Versuch ist vollkommen aussichtslos, uns in jeder Landtagssitzung mit Ihren schmalbrüstigen Anträgen jagen zu wollen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich wiege ja auch nur 85 Kilo.)

Es wird Ihnen auch nicht gelingen, mit plumpen Anbiederungsversuchen einen Keil zwischen die Koalitionsfraktionen zu treiben. Das war vor der Wahl ein völlig untaugliches Rezept, wie die Ergebnisse gezeigt haben – nicht wahr, Herr Holter –, und es wird nach der Wahl nicht besser.

Meine Damen und Herren, es ist schlicht und einfach nur langweilig.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Treten Sie nur weiter. Sehr gut machen Sie das.)

Ja.

Meine Damen und Herren von den LINKEN, zu Ihrer permanenten Forderung nach Eile bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages sollten Sie sich einmal Folgendes ehrlich eingestehen: Selbst wenn, und ich betone, selbst wenn es eine andere Regierungskonstellation

gegeben hätte und Ihr damaliger Verhandlungsführer Herr Bockhahn

(Vincent Kokert, CDU: Wer war das denn noch mal?)

jetzt Minister und stellvertretender Ministerpräsident geworden wäre, wären wir innerhalb von zwei Monaten auch nicht weiter gewesen als in der jetzigen Regierung. Überwinden Sie allmählich den Groll darüber, dass wir Sie nicht als Regierungspartner gewählt haben, kommen Sie aus Ihrer Schmollecke raus

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, ich fühle mich ganz wohl, Herr Nieszery!)

und wenden Sie sich endlich einer konstruktiven Oppositionsarbeit zu!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Da kann ich Sie wenigstens schön ärgern. Ich schmolle nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar persönliche Worte sagen zum Beginn der sechsten Legislaturperiode.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, das war schon alles?)

Ich kann ja nichts dafür, Herr Holter, wenn Sie die ganze Zeit draußen sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie bitte?)

Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich war die ganze Zeit drin.)

Sie, Herr Ritter, meine ich, Entschuldigung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich war bei dem Kollegen Schwarz. Wir haben ein Koalitionsgespräch geführt mit dem Kollegen Schwarz.)

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, wird es Streit geben zwischen den Regierungsfractionen und der Opposition – das haben Sie ja eben gemerkt –, aber das gehört zu einer funktionierenden Demokratie dazu.

(Vincent Kokert, CDU: So ist es.)

Wir werden uns in der Sache bisweilen hart auseinandersetzen. Wir werden mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN neue Argumente kennenlernen und wir werden immer wieder zu Kompromissen zusammenfinden unter den demokratischen Fraktionen.

Meine Damen und Herren, ich mache Ihnen hier und heute das Angebot, treten Sie mit uns in einen Wettstreit

(Helmut Holter, DIE LINKE: Erst treten und dann Angebote machen, das ist 'n Ding!)

der Ideen und Argumente, damit dieses Land noch weiter vorankommt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ein vergiftetes Angebot! – Peter Ritter, DIE LINKE: Danke, Euer Gnaden, danke!)

Wir alle hier im Saal, meine Damen und Herren,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Herr Nieszery!)

ausgenommen die Herren rechts außen, wollen das Beste für unser Land: ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes, weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern. Dafür streiten wir miteinander, sodass am Ende dieser Wahlperiode Mecklenburg-Vorpommern noch besser dastehen wird als heute.

Dazu, Herr Pastörs, gehört auch ein Verbot der NPD,

(Udo Pastörs, NPD: Das war klar.)

auf dass uns Ihre unsägliche Anwesenheit in diesem Parlament bald erspart bleiben möge.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns mit dieser gemeinsamen Arbeit beginnen! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Dr. Nieszery, ich bin ganz gelassen bei der Frage, wer als Erstes

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ich auch.)

regenerative Energien als eine Zukunftsmöglichkeit

(Torsten Renz, CDU: Na, na, die SPD war es auf keinen Fall!)

und als einen Bereich mit wirtschaftlichen Potenzialen entdeckt hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die SPD war es auf keinen Fall, Herr Suhr. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wer auch immer das war, solange es so geschieht, wie das jetzt in der letzten Legislatur passiert ist – und da hat sich ja durchaus Ihr Koalitionspartner hervorragend ausgezeichnet –, dass Sie den Ideen der GRÜNEN folgen, wenn auch mit reichlich zeitlichem Abstand, bin ich völlig gelassen. Das darf sich gerne so fortsetzen, auch in diesem Parlament, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Gut und verlässlich regieren, das scheint das Credo der neugewählten und zugleich altbestätigten Regierung für die nächsten fünf Jahre zu sein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das selbst in Ihrer Rede als nicht besonders spannend beschrieben. Und in der Tat, diese Einschätzung kann ich bestätigen. Sie haben gleichzeitig eingeschätzt, dass die Bürgerinnen und Bürger genau dies von dieser Landesregierung erwarten. Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen in diesem Punkt zumindest teilweise widerspreche. Ich glaube, dass die Erwartung vieler Menschen in unserem Bundesland deutlich über das hinausgeht, was Sie als gut und verlässlich regieren beschrieben haben. Ich möchte dieses an einigen ausgewählten Beispielen und politischen Handlungsfeldern deutlich machen:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nie war die Zufriedenheit so hoch, das ist bewiesen.)

Nehmen wir einmal – einige Vorredner sind darauf schon eingegangen – die bildungspolitischen Vorhaben der Landesregierung.

In der Tat war die Passage zur Schulpolitik in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten bemerkenswert. Hier wird von vielen – aus meiner Sicht übrigens völlig zu Recht – deutliche Kritik an der Unverbindlichkeit der Koalitionsvereinbarung geäußert. Zu Recht auch deshalb, weil in der Koalitionsvereinbarung einfach schlicht und gar nichts Substanzielles enthalten ist.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Und der Ministerpräsident, und das finde ich in der Tat erstaunlich, erklärt genau dieses hier an dieser Stelle zur Stärke. Man wolle reden, so führten Sie aus, und der geplante Dialog solle unbedingt ergebnisoffen sein.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich hätte mir Ihre Rede und die jetzt angebotene Dialog- und Diskussionsbereitschaft gewünscht, als die Landesregierung den Schulen in freier Trägerschaft in Millionenhöhe Gelder gestrichen hat und Schüler, Eltern und Lehrer hier draußen vor dem Schloss waren, um ihrem Protest Ausdruck zu geben. Die hätten gerne mit Ihnen geredet über die Probleme, die damit verbunden sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist Dialog nicht gemeint, miteinander reden.)

Und ich hätte mir gewünscht, dass Sie schon viel eher ins Gespräch gekommen wären mit den Eltern, Schülern und Lehrern, die die Probleme seit Jahren kennen. Denn es ist gar keine neue Erkenntnis, dass wir nach wie vor viel zu viele Schulabbrecher haben. Es ist keine neue Erkenntnis, dass wir viel zu viele junge Menschen ausgrenzen, anstatt sie frühzeitig zu integrieren. Es ist auch keine neue Erkenntnis, dass viel zu viele junge Menschen in der Schule keine Ausbildungsreife erlangen und inzwischen noch nicht einmal alle betrieblichen Ausbildungsplätze besetzt werden können und dass, wenn diese betrieblichen Ausbildungsplätze besetzt werden, viel zu viele Auszubildende die Ausbildung frühzeitig abbrechen, weil sie den Anforderungen einfach nicht gewachsen sind. Es ist auch keine neue Erkenntnis, dass wir große Schwierigkeiten haben, junge und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen zu gewinnen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Hier hilft nicht reden, hier hilft überzeugendes Handeln. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie entschlossen das umsetzen, was uns andere Bundesländer und vor allem das europäische Ausland – man muss hier nur den Blick nach Skandinavien richten – inzwischen richtig vormachen.

Eine gute Schulpolitik muss nicht erst erfunden werden, meine Damen und Herren, sie muss, die Erkenntnisse und Erfahrungen anderer nutzend, vor allem angegangen und umgesetzt werden. Eine gute Schulpolitik setzt auf die Stärken der Schülerinnen und Schüler und reitet nicht, wie etwa mit Kopfnoten, auf deren Schwächen herum.

(Udo Pastörs, NPD: Das macht das antiautoritäre Element der Schulen.)

Eine gute Schulpolitik widmet sich intensiv der Entwicklung der sozialen Kompetenzen junger Menschen, denn wir wollen starke junge Menschen in diesem Bundesland, die eigenständig und selbstbewusst ihren Weg gehen, die wissen, was sie wollen, und dies auch engagiert einfordern. Sie gestalten die Zukunft und sie sollten jegliche Unterstützung auch durch eine Bildungspolitik erfahren. Hier hätte ich mir ein Bekenntnis der Landesregierung gewünscht. Ich hatte erhofft, dass Sie in diesem Bereich investieren, gerade hier Geld in die Hand nehmen.

Dies, sehr geehrte Damen und Herren – das bedauere ich sehr –, ist ausgeblieben, und die Ankündigung, dass die Schulpolitik des Landes vor allem darin bestehen soll, in einen Dialog einzutreten und mit den Akteuren zu reden, ist schlicht und ergreifend zu wenig und greift einfach zu kurz. Ich habe aber ohnehin den Eindruck, dass Herr Brodkorb in erster Linie ein Redeministerium übernommen hat.

(Udo Pastörs, NPD: Der ist Philosoph, das kann der.)

Reden will die Landesregierung mit den Lehrern, mit Schülern und Eltern, ich habe es gerade ausgeführt. Reden wollen Sie auch mit den Theatern. Allerdings, das will ich einräumen, da sind Sie entschiedener: Sie frieren die Mittel des Landes, die ja im Übrigen auch noch FAG-Mittel und damit kommunale Zuweisungen darstellen, schon seit Jahren ein und setzen dies fort, verweigern sich, kulturkonzeptionell zu arbeiten, und laden, das sage ich hier unmissverständlich, die Probleme auf den Schultern der Kommunen ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Genau.)

Damit, sehr geehrte Damen und Herren, zeichnen Sie einen Offenbarungseid

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

für die Perspektive der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern und man kann mit Fug und Recht behaupten, diese Theater- und Orchesterpolitik des Landes ist im wahrsten Sinne des Wortes konzeptionslos, denn wenn die Kulturpolitik einer Landesregierung für die

Theater und Orchester nahezu ausschließlich darauf ausgerichtet ist – und, Herr Nieszery, Sie haben das auch noch lobend erwähnt –, die Theaterinsolvenzen zu vermeiden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
In einem ersten Schritt,
in einem ersten Schritt!)

dann ist das ein kulturpolitisches Armutzeugnis, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Armutzeugnis, dass Sie die Theater in Anklam, Greifswald und Stralsund im Regen stehen lassen, obwohl sie –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dann lesen Sie mal Zeitung!)

ich erläutere Ihnen das gerne –, obwohl sie über die gemeinsame Unternehmensgesellschaft die Bedingungen des Eckpunktepapiers ebenso und vergleichbar erfüllt haben wie Parchim und Rostock. Es ist nur konsequent, dass die Kommunen jetzt rechtliche Schritte gegen die Landesregierung eingeleitet haben.

Es ist übrigens, werde Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der SPD, überaus bemerkenswert, dass dies auf kommunaler Ebene sehr einvernehmlich geschehen ist, auch mit den Stimmen der Kommunalpolitiker und Vertreter der Bürgerschaft der CDU und der SPD.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist Demokratie. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach ja?
Das ist ja sehr interessant. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, vielleicht auch etwas beliebig, Herr Kokert. Was diese Frage angeht, da scheint es auf kommunaler Ebene ein bisschen anders zuzugehen als hier im Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aber, meine Herren, dass Ihnen das nicht passt, das ist mir doch völlig klar, und dass es unangenehm ist. Ich würde mich ja auch nicht darüber freuen, wenn im Kommunalparlament eine andere Politik vertreten wird, meiner Partei oder meiner Fraktion, als hier auf Landesebene. Also nehmen Sie es einfach zur Kenntnis und überprüfen Sie bitte mal Ihre Kulturpolitik im Lande, dann würden Sie den Kommunen auch gerechter werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident hat die Bewahrung des sozialen Zusammenhalts als eine der großen Herausforderungen für Mecklenburg-Vorpommern beschrieben und er hat – Herr SELLERING, das fand

ich ausdrücklich richtig – die Sorge geäußert, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriften könne.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Prozess des Auseinanderdriftens ist längst in vollem Gange.

(Udo Pastörs, NPD: Weniger oben, immer mehr unten.)

Es gibt wohl kaum ein Bundesland, in dem so viele Menschen von niedrigem Einkommen leben müssen wie bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Wir gehören zu den Bundesländern, deren Arbeitslosigkeit in besonderem Maße – das sollte man berücksichtigen, wenn man sich den Abbau der Arbeitslosigkeit auf die Fahnen schreibt, wie das hier ja gerade mehrfach geschehen ist –, in besonderem Maße davon geprägt ist, dass Menschen langfristig seit vielen Jahren ohne eine existenzsichernde Beschäftigung leben. Es muss uns dabei nicht verwundern, wenn diese Menschen das Gefühl haben, dass die Politik und große Teile der Gesellschaft sie alleine lassen. Es muss uns auch nicht verwundern, wenn diese Menschen eben nicht integriert, sondern von anderen ausgegrenzt werden. Diese Auseinandersetzung, sehr geehrte Damen und Herren, ist hart und sie ist mitunter rücksichtslos.

Wenn vorgestern bei der Vorstellung der zehnjährigen Bilanz der Studie „Deutsche Zustände“ durch Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer deutlich geworden ist, dass mehr als zehn Prozent der Deutschen Gewalt billigen beziehungsweise selbst bereit sind, Gewalt zur Sicherung der eigenen Position auszuüben, dann wird klar, dass unsere Gesellschaft in einem bedenklichen Zustand ist.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie sollten sich, glaube ich, deutlich zurückhalten, wenn es um die Frage der Gewaltanwendung geht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist ein Zustand,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

in dem sich viele abwenden. Die wenden sich ab und ziehen sich zurück, weil sie für sich selbst keine Möglichkeit mehr sehen, diese Gesellschaft mitzugestalten. Sie haben nicht mehr die Kraft und die persönlichen Ressourcen, dies zu tun. Sie leben ein Leben, das vom Gefühl der Perspektivlosigkeit geprägt ist, und sie sind damit anfällig für rechtsextremistische Parolen und für die Vorurteile gegenüber denjenigen, die ihnen fremd erscheinen.

Dies ist übrigens auch ein Zustand, den die rechtsextremistischen geistigen Brandstifter zu nutzen wissen, weil sie unter dem Deckmantel der Kümmerer primitive Lösungen anbieten

(Michael Andrejewski, NPD: Wir haben wenigstens Lösungen, im Gegensatz zu Ihnen.)

und weil sie eine Plattform dafür bieten, der eigenen Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Und hier, sehr ge-

ehrte Damen und Herren, müssen die Demokraten zusammenstehen und dürfen dies nicht zulassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Andrejewski, NPD: Mit Stasimethoden am besten!)

Auch die Menschen in den langsam vereinsamenden Dörfern in unserem Bundesland erwarten von uns,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir uns ihrem Problem stellen, und dass wir uns mit ihnen gemeinsam hinsetzen und Lösungen entwickeln, die die Kraft haben, wieder zu integrieren und nicht weiter auszugrenzen. Der erste wichtige Schritt ist, vor Ort zu sein – ich sage das bewusst auch mit Blick auf Regionen wie Uecker-Randow oder Ostvorpommern –, sich dem Gespräch zu stellen und das Gespräch zu suchen.

(Michael Andrejewski, NPD: Kommen Sie gern vorbei.)

Ohne Zweifel stehen wir hier vor riesigen Herausforderungen, denn wir müssen diejenigen mitnehmen, die am Rande der Gesellschaft stehen.

Ich bin nicht so vermessen, hier an dieser Stelle mit Lösungen aufzuwarten und den Eindruck zu erwecken, die GRÜNE-Fraktion habe hier ein Allheilmittel. Aber erlauben Sie mir an dieser Stelle, vor allem den Ministerpräsidenten und die Landesregierung beim Wort zu nehmen, denn, Herr Selling, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung, und das fand ich sehr positiv, oftmals das Gemeinsame betont.

Ich glaube, dass es notwendig ist, dass die Landesregierung und alle demokratischen Fraktionen den gerade beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen in unserem Bundesland gemeinsam und mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Lassen Sie uns das gemeinsam beraten, lassen Sie uns beraten, was die richtigen Schritte in die richtige Richtung sind, um für diejenigen Menschen in unserer Gesellschaft wieder Platz zu schaffen, die sich ausgegrenzt fühlen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich schlage dazu vor – gerne auch auf Ihre Initiative, vielleicht in der guten Tradition der runden Tische –, ein gemeinsames Gespräch aller demokratischen Kräfte gleich zu Beginn des nächsten Jahres durchzuführen und dieses zu einem gemeinsamen Projekt zu machen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Möglichkeit zur Teilhabe und zur Mitgestaltung unserer demokratisch verfassten Gesellschaft gehört für mich zu den zentralen Herausforderungen und Aufgaben, denen sich Regierung und Landtag in den nächsten fünf Jahren stellen müssen. Ich freue mich sehr und ich begrüße außerordentlich, dass nicht nur die Reaktion der Abkehr und des Abwendens, von der ich gerade gesprochen habe, zu verzeichnen ist, sondern dass sich gleichzeitig immer mehr Menschen engagieren und auch öffentlich ihre Forderungen deutlich machen.

Es war richtig und gut, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Protest verhindert haben, dass die Planungen eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin umgesetzt werden konnten, das sah ja lange Zeit nicht so aus. Und ich finde, es ist auch lobend zu erwähnen, wenn eine Landesregierung ihre Position – auch unter dem Eindruck derartiger Prozesse – verändert.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Torsten Renz, CDU: Ich find das
schade, ich find das schade.)

Es müssen ja nicht alle Teile der Landesregierung sein,

(Torsten Renz, CDU: Ich bin ja gar
nicht Mitglied der Landesregierung.)

und es gibt ja auch welche, die trotz guter Argumente nicht in ihrer Argumentation umkehren.

Es war richtig und gut, dass viele ihrem Protest Ausdruck gegeben haben, dass die Castortransporte – das finden Sie wahrscheinlich auch nicht gut – nach Lubmin rollten. Viele Menschen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

viele Menschen, Herr Kokert,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

in der Region um das Atommüllzwischenlager Nord haben damit deutlich zum Ausdruck gebracht,

(Vincent Kokert, CDU: So kommen
wir mit dem Land voran! Vorwärts!)

wir wollen nicht, dass in Lubmin noch mehr Atommüll für eine noch längere Zeit gelagert und behandelt wird. Ich hoffe, Herr Kokert, das nehmen Sie ernst.

(Vincent Kokert, CDU:
Sehr ernst.)

Der Innenminister hat das ja schon getan.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war richtig und gut, dass sich viele Menschen gegen die agrotechnischen Experimente gewandt und deutlich gemacht haben: Wir wollen keine genmanipulierten Pflanzen und Lebensmittel in Mecklenburg-Vorpommern!

Es ist richtig und gut, dass die Menschen überall dort, wo Tierfabriken geplant und gebaut werden, auf die Straße gehen und deutlich machen – da fehlte mir übrigens eine Passage in der Regierungserklärung –: Wir wollen keine Massentierhaltung, wir wollen eine artgerechte Tierhaltung, die den Tieren gerecht wird.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist sehr
vernünftig, was Sie da sagen.)

Ich begrüße deshalb sehr und ausdrücklich, dass dies heute Demonstranten vor einem Landtag mit einer Kundgebung deutlich machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Burkhard Lenz, CDU)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, es ist richtig und gut, dass die Bürgerinnen und Bürger, die im Umfeld der Sondermülldeponie Ihlenberg leben, inzwischen mehrfach mit Protesten vor der Staatskanzlei deutlich gemacht haben, dass sie nicht bereit sind, die Risiken der geplanten Transporte aus Wunstorf zu tragen. Da hat sich schon etwas bewegt bei der Landesregierung, das begrüße ich auch ausdrücklich. Tun Sie jetzt die nächsten Schritte, um gefährliche Transporte zu vermeiden!

Es ist richtig und gut, dass so viele Menschen innerhalb kurzer Zeit die Volksinitiative für die Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt haben – es ging ja unter anderem auf die Initiative der LINKEN zurück, wir begrüßen das ausdrücklich –, und dass am kommenden Freitag die Kulturschaffenden und die Gewerkschaften vor dem Landtag deutlich machen werden, dass sie mit der Kulturpolitik dieser Landesregierung nicht einverstanden sind

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und ein politisches Bekenntnis für die Theater und Orchester engagiert einfordern. Auch das unterstützen wir ausdrücklich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, dies sind nur einige Beispiele für Bürgerengagement und Bürgerprotest. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich so viele Menschen einmischen und einbringen und für ihre Belange einsetzen. Ich glaube, jeder, jede demokratische Fraktion, sollte dies ausdrücklich begrüßen. Diese Menschen fordern vor allem eines: Sie wollen mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Sie wollen gehört werden und sie wollen, dass ihre Argumente in die politische Entscheidungsfindung einfließen. Sie fordern eben jene Politik des Zuhörens, die Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg zur Leitlinie des politischen Handels der grün-roten Regierung gemacht hat.

(Vincent Kokert, CDU:
Ja, wie bei Stuttgart 21. –
Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich habe mich gefreut, dass auch der Ministerpräsident der Regierungskoalition, Herr Kokert, auf diesen Aspekt besonders eingegangen ist. Dies müsste aus meiner Sicht die zentrale Leitlinie einer verantwortungsvollen Landespolitik sein.

Darum, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir streiten und vor allem werden wir Sie hier fordern. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben als CDU-Fraktion gestern schon gesagt, das wird eine Landtags-sitzung voller Überraschungen, und ich glaube, das ist sie bis jetzt auch geworden. Ich will zuerst die positive Überraschung nennen:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen – auch im Namen meiner Fraktion will ich das tun – für Ihre Regierungserklärung. Sie hat die Erwartungen, die wir in Sie gesetzt haben, voll erfüllt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Michael Andrejewski, NPD: Schleimen Sie
nicht so rum! – Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, gemeinsam mit der Fraktion der CDU, dass wir einen guten Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht haben und das bildet eine gute Grundlage für die gute Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Gestatten Sie mir, den ersten Teil meiner Antwort auf die eben gehörte Regierungserklärung unter die Überschrift „Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität“ zu stellen. Diese drei Begriffe prägen nicht nur das Wertebild der CDU, sie sind das Fundament für unsere Arbeit in der 6. Legislaturperiode.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind dazu aufgerufen, die Freiheit, die die Menschen in unserem Land 1989 erkämpft haben, zu verteidigen, zu gestalten und natürlich auch auszubauen!

Ich gehöre zu der Generation, die mit der 1989 errungenen Freiheit aufwuchs, einer Generation, für die vieles, was für die damalige Generation nicht galt, selbstverständlich ist. Die Menschen in unserem Land profitieren von einem leistungsfähigen Bildungssystem, bei welchem Auslandsaufenthalte schon fast selbstverständlich sind. Die Menschen in unserem Land profitieren von offenen Arbeitsmärkten, die Erfahrungen in anderen Ländern ermöglichen. Die Menschen profitieren von offenen Grenzen, einem in Freiheit und Frieden vereinten Europa, und ich sage auch am heutigen Tag ganz bewusst, von einer gemeinsamen Währung in Europa.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja. –
Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Die Aufgabe des Landes ist es mitzuhelfen, dass nicht nur eine kleine Schicht, sondern alle diese Chance nutzen können. Mir ist es wichtig, dass wir als Staat helfen, dass die Menschen in unserem Land die Freiheit positiv erleben. Dafür haben wir mit dem Koalitionsvertrag in vielen Bereichen die Weichen gestellt. Wir sind politisch aktiv, weil wir Verantwortung übernehmen wollen und bereit sind anzupacken. Für die CDU hieß das, insbesondere auch nach einem schwierigen Wahlergebnis, das Handtuch nicht in die Ecke zu werfen, sondern uns den Aufgaben zu stellen.

Die CDU ist die zweitstärkste Fraktion im Landtag, wir sind kleiner geworden, wir wissen das. Für uns war der 4. September auch schmerzhaft, da gibt es über-

haupt keine zwei Meinungen. Wichtig ist aber auch, dass die Bürger des Landes nicht den politischen Wechsel gewählt haben. In allen Umfragen haben die Menschen ganz klar gesagt, wir wollen weiter die Große Koalition, wir sind mit der Arbeit der Regierung zufrieden.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir uns der Verantwortung gestellt. Deshalb sind wir nicht weggelaufen, deshalb haben wir nicht so wie die LINKEN in den bequemen Oppositionsstühlen Platz genommen, deshalb haben wir nach ernsthaften und intensiven Koalitionsgesprächen eine Vereinbarung mit der SPD geschlossen und uns auf eine gemeinsame Regierung verständigt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Man kann sich seine
Welt auch zurechtbasteln, Herr Kokert. –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch sagen, die SPD hat gut daran getan, sich für eine Fortsetzung der erfolgreichen Koalition und damit für die Zukunft zu entscheiden. Die Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren ist gut gewesen und, meine sehr geehrten Damen und Herren, daran wollen wir auch anschließen.

Zur Freiheit und Verantwortung gehört Subsidiarität. Subsidiarität bedeutet in diesem Kontext, dass wir die Menschen nicht bevormunden, sondern dem Einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten lassen. Es bedeutet aber auch, dass wir dort zur Stelle sind, wo Menschen Hilfe brauchen oder überfordert sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ha, ha!)

Der Staat soll auf der obersten Ebene nur das regeln, was von der unteren Ebene nicht gewährleistet werden kann, oder anders gesagt, der Staat soll sich nicht um Probleme kümmern, die von den Bürgern selbst gelöst werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU hat ganz im Sinne von Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität im Koalitionsvertrag mit der SPD viel erreicht. Unsere Handschrift ist deutlich erkennbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Zwei Aspekte möchte ich nennen: Seit 2006 macht Mecklenburg-Vorpommern keine neuen Schulden. Seither ist jeder Landeshaushalt solide finanziert. Darauf werden wir weiter Wert legen. Andere Bundesländer sind auf Konsolidierungshilfen vom Bund angewiesen. Sie müssen regelmäßig nach Berlin fahren und darüber Bericht erstatten, wie ihre Haushaltspolitik in Zukunft aussehen wird und aussehen soll. Wir in Mecklenburg-Vorpommern stehen gemeinsam mit zwei anderen Bundesländern dort besser da. Wir legen selbst fest, wofür wir Geld ausgeben und wofür nicht.

So haben wir klare Schwerpunkte für die Wirtschaftsförderung definiert. Die Schaffung wissensbasierter Arbeitsplätze und der Fachkräftebedarf stehen im Mittelpunkt. Der neu im Wirtschaftsministerium verankerte Bereich Bau wird künftig mit deutlichem Schwerpunkt auf die demografische Herausforderung in Städten und ländlichen Gemeinden ausgestaltet. Im Tourismus gilt es, das

Landestourismuskonzept und den Masterplan Gesundheitswirtschaft weiter zu verzahnen.

Als Zweites will ich unterstreichen, in den Bereichen, in welchen wir innerhalb der Landesregierung nicht durch eigene Minister vertreten sind, haben wir feste Vereinbarungen getroffen. Ich denke da beispielsweise an den Sozialbereich. Wir haben dort kleinere Krippen in der Kita durchgesetzt und da möchte ich insbesondere noch mal dem alten Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Harry Glawe, danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das ist sein politisches Kind gewesen. Harry Glawe, deiner Arbeit haben wir es zu verdanken, dass wir heute da stehen, wo wir sind.

(Udo Pastörs, NPD: Toll! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Mit Blick auf die Aktuelle Stunde will ich heute auch das Thema Familienberatung ansprechen. Um den Blick auf die Kinder zu schärfen, ihre Bedürfnisse zu erkennen und ihnen alle Chancen zu geben, brauchen wir starke Eltern. Die CDU will starke Eltern und deshalb eine breit aufgestellte und von unterschiedlichen Trägern im ganzen Land angebotene Familienberatung.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Freiwillige Leistung.)

Die CDU steht für Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität. Wir unterscheiden uns damit deutlich von der Opposition in diesem Landtag. Und wie eingangs formuliert, haben sich die Erwartungen in positiver, aber auch in negativer Hinsicht erfüllt. Negativ und erwartungsgemäß hat der Oppositionschef der LINKEN ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Holter, diese Rede war eine Enttäuschung, es war eine Rede voller Traurigkeit, es war eine Rede ohne Zukunft, sie war so wie Sie, negativ.

Wir, meine Damen und Herren, haben das so erwartet. Ich habe manchmal den Eindruck, Herr Holter, Sie benehmen sich so wie ein abgewiesener Verehrer, der bei seiner Braut nicht gelandet ist.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und das wissen Sie als Mann?)

Und dafür spricht, dass Sie die Sondierungsgespräche noch nicht verarbeitet haben.

(Michael Andrejewski, NPD:
Da mussten Sie aber ganz
schön Mitgift überreichen. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich schlage Ihnen vor, nutzen Sie die Gelegenheit, am heutigen Abend bei der Weihnachtsfeier des Landtages mit Erwin Sellering noch mal einen Glühwein trinken zu gehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, so habt ihr verhandelt?!
Ach, so habt ihr verhandelt?!)

Wenn es nicht so lange dauert, würde ich den sogar ausgeben, aber tun Sie uns einen Gefallen und hören Sie auf, in diesem Landtag ständig darüber zu weinen,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Sie die Sondierungsgespräche nicht zu einem positiven Abschluss für Sie gebracht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Koalitionsvereinbarung ist im Suff zustande gekommen. –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Das Problem der LINKEN in diesem Landtag ist immer das gleiche: Sie versuchen, mit alten Ansätzen alte Probleme zu lösen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah ja!)

getreu nach dem Motto, Herr Kollege Ritter: Erst verstaatlicht man die Wirtschaft und dann das Denken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah ja!)

Diesem Grundsatz folgen Sie immer noch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Den Antrag haben wir auf der letzten Sitzung drauf. Das stimmt.)

Die Frage ist doch jetzt, wo wollen wir hin, nicht der rückwärtsgewandte Blick,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

was man hätte machen können oder welche Rezepte uns auch immer seit Jahren hier im Plenum von Ihnen verkauft werden. Ich vergleiche, Herr Holter, das gern mit dem Autofahren. Da sollte man häufiger nach vorn gucken als ständig durch den Rückspiegel, sonst fährt man irgendwann gegen den Baum.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie hatten acht Jahre lang Gelegenheit, dieses Land hier zu regieren, Sie hätten das Land nach vorne bringen können. Die Wirtschaftsdaten seit 2006 sprechen für sich. Wir haben eine sehr erfolgreiche Regierungszeit hinter uns gebracht und dass Ihnen das natürlich nicht passt, kann ich in gewisser Weise nachvollziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wichtig ist, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sollen sich zu Hause fühlen. Dafür sind gute Arbeitsbedingungen und gute Lebensbedingungen Grundlage und Voraussetzung.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu ist viel geschehen, aber wir sind uns alle darüber einig, es reicht bei Weitem noch nicht aus und wir wollen und wir müssen auch in dem Bereich natürlich noch mehr tun.

Es ist wichtig, dass die Menschen, die in Mecklenburg-Vorpommern Arbeit haben, dafür leistungsgerechte Löh-

ne bekommen. Wir wollen unseren Beitrag als Politik dazu leisten, dass das möglich ist. Für gute Arbeit muss es gute Löhne geben. Da kann ich Ihnen vorher schon versichern – und der Kollege Nieszery hat das deutlich gemacht –, in diesem Bereich passt zwischen CDU und SPD kein Blatt Papier. Da können Sie noch so oft versuchen, hier Anträge zu stellen, die uns auseinanderdividieren sollen, wir sind uns in dem Punkt einig.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich weise noch einmal darauf hin, Sie hatten lange genug Zeit, Sie haben nichts getan.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie haben Ihre Chance gehabt, Sie haben sie nicht genutzt. Jetzt handeln wir und das passt Ihnen natürlich nicht, Herr Holter, und deswegen werden wir an dem Kurs auch festhalten. Aber wir waren schon immer der Überzeugung, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können müssen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie können es bloß nicht so zeigen, Herr Kokert.)

Dass es dabei über den Weg, Herr Kollege Ritter, sicherlich unterschiedliche Auffassungen gibt, auch zwischen SPD und CDU, ist nicht neu. Aber ich denke, uns eint als Koalitionspartner ein Ziel: Wir wollen vernünftige Löhne für die Menschen in diesem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir, die Koalition aus SPD und CDU, wollen für Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft aus eigener Kraft. Wir wollen ein starkes Mecklenburg-Vorpommern. Daran dürfen als Opposition im Parlament nun 21 Jahre nach der Einheit auch DIE GRÜNEN mitarbeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh! Dürfen, dürfen!)

DIE GRÜNEN hier im Landtag, die die Sitzreihe der FDP übernommen haben, müssen in den nächsten Jahren beweisen, wofür sie eigentlich stehen. Heute ist der Beweis noch nicht so groß aufgefallen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da bin ich wirklich überrascht.)

DIE GRÜNEN müssen klären, Herr Kollege Suhr, ob Ihr politisches Handeln noch geprägt ist vom Geiste der freiheitlichen und friedlichen Revolution, von Freiheit und Verantwortung oder ob es auch ein bisschen eher um den ideologischen Protest, um Bevormundung und Reglementierung geht. Es geht um nichts Geringeres als um die Frage nach Ihrer Wertebasis. Dafür steht für mich fest, dass ideologischer Protest und Bevormundung nicht nur bei Stuttgart 21, das Beispiel haben Sie selber genannt, in eine Sackgasse führt, sondern auch bei der A 14, B 96n, bei neuen Stromtrassen, in Darßer Ort, bei Streusalz auf den Straßen und dem Abfalltransport.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Richtig.)

Das alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, hilft nicht, dass die Zukunftsfähigkeit von Mecklenburg-Vorpommern zukünftig gesichert wird.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da werden die Unterschiede politisch
deutlich, Herr Kokert, genau dort. –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu der rechten Seite des Plenarsaales möchte ich nur sagen, dieses Land hat Sie nicht verdient, dieses Land braucht Sie nicht und wir werden Sie deshalb weiter klar in die Schranken weisen. Deshalb sind wir für ein zügiges Verbotsverfahren der NPD.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch auf einen Aspekt in besonderer Weise hinweisen. Es bedarf eines Grundvertrauens innerhalb der Koalition – dieses Grundvertrauen haben wir mit dem Koalitionsvertrag gestärkt – und es bedarf eines vertrauensvollen und vernünftigen Umgangs innerhalb des Parlaments und vor allem zwischen Parlament und Regierung. Ich betone das deshalb so besonders, weil die Hoffnung groß ist, da fast alle Mitglieder der Regierung auch gleichzeitig Abgeordnete sind, dass der Respekt vor den beiden tragenden Säulen der Demokratie besonders ausgeprägt sein wird. Ich bin davon überzeugt, dass eine gute Regierung ein Vorteil für jedes Land ist. Ich bin aber sicher, dass ein selbstbewusstes Parlament der Glücksfall für eine Demokratie ist.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ein selbstbewusstes Parlament diskutiert Vorlagen der Regierung vernünftig, nimmt sich dafür die erforderliche Zeit, hört die Betroffenen und ist offen für Argumente. Viele von uns haben Erfahrungen aus der Kommunalpolitik. Wir sollten diese Erfahrungen mitnehmen in die Debatte der Kultur des Landtages.

Zu einem selbstbewussten Parlament gehört auch, dass es im eigenen Interesse Entscheidungen fällt. Hierzu gehört für mich, dass wir endlich eine Entscheidung für einen neuen Plenarsaal treffen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Luxusplenarsaal! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Während die Ministerien zum großen Teil durchsaniert sind, tagen wir in einem Plenarsaal, der den Charakter eines Provisoriums hat, der für vier oder fünf Fraktionen zu eng ist, der Besucher auf die letzten Reihen verbannt und der den Vertretern der Medien unzumutbare Bedingungen liefert.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss sich noch in dieser Legislaturperiode ändern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! SPD und CDU haben im Interesse der Menschen in unserem Land für die 6. Legislaturperiode eine Zusammenarbeit vereinbart. Die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern lebt im ländlichen Raum. Hier stehen wir in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, die gemeinsam bewältigt werden müssen. Die Menschen in unserem Land wollen, dass die Probleme gelöst werden. Die Menschen erwarten eine gute Zusammenarbeit. Wir wollen das in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit den Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern tun. Unser Ziel muss sein, dass wir nach fünf Jahren Regierungszeit besser dastehen, als wir heute dastehen. Wir als CDU-Fraktion wollen dafür unser Bestes geben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Also ich muss sagen, ich fand die Rede von Herrn Holter gut.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut. – Vincent Kokert, CDU: Das steht Ihnen auch zu. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist auch wichtig, dass es wenigstens einer sagt.)

Wer es nach der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU vielleicht noch nicht wahrhaben wollte, für den ist es spätestens jetzt nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Gewissheit geworden: Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern werden in dieser Legislaturperiode zu den Verlierern im Lande gehören.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und das ist sehr bedenklich für die gesamte Landesentwicklung. Die Kommunalpolitik wird von der Landesregierung nicht als Herausforderung verstanden und daher ist sie auch kein Arbeitsschwerpunkt der Regierung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh doch! – Torsten Renz, CDU: Dann müssen Sie mal in den Koalitionsvertrag gucken, was wir alles tun.)

Sie ist ein untergeordnetes Thema der Finanzpolitik und so wird sie auch behandelt.

Herr Ministerpräsident, dieser Landesregierung ist jegliche kommunalpolitische Konzeption abhandengekommen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Ah!)

wobei ich mich frage, ob sie diese je hatte.

Meine Damen und Herren, wenn durch dieses Land ein Ruck gegangen sein sollte, dann bestenfalls bei der

politischen Vollbremsung der Koalition in Sachen Kommunalstrukturen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dietmar Eifler, CDU: Ja, wo leben Sie denn?)

Ich darf in diesem Zusammenhang den Kollegen Heinz Müller zitieren, SVZ vom 28. Oktober dieses Jahres: „Wir wollen handlungsfähige Kommunen, die etwas anbieten und leisten können.“ ... Schon jetzt gäbe es Gemeinden, die Juristen als ‚leere Hülle‘ bezeichneten: ‚Außer den Organen ist nichts mehr da, worüber man entscheiden könnte. Da ist die kommunale Selbstverwaltung tot.“ Zitatende.

So ist es, meine Damen und Herren. Und wenn vor diesem dramatischen Hintergrund notwendige Reformen in die nächste Legislaturperiode verschoben werden, dann ist dies keine Regierungserklärung, dann ist dies schlicht eine Kapitulationserklärung der Regierung vor den Problemen dieses Landes.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ziel erreicht, Ziel erreicht.)

Herr Ministerpräsident, eine Aussage Ihrer Regierungserklärung zum Thema Schule wirft sicherlich ungewollt ein bezeichnendes Licht auf den Kommunalbereich.

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Anfrage des Abgeordneten Müller zulassen?

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Jetzt nicht, nein.

(Heinz Müller, SPD: Das spricht nicht für Ihren Mut. – Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, das geht von ihrer Zeit ab. – Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, das spricht dafür, dass sie nicht so viel Zeit hat, Herr Müller.)

Im Schulbereich wollen Sie bekanntlich wenig Neues und wenig Konkretes machen. Das halten Sie für Stärke. Stattdessen wollen Sie mit den Beteiligten in den Dialog treten. Und nun zitiere ich wörtlich: „Das muss aber ein wirklicher, ein offener Dialog sein und dazu passt es selbstverständlich nicht, die Ergebnisse schon vorwegzunehmen ...“

Ja, Herr Ministerpräsident, warum halten Sie sich nicht an diese Weisheit, wenn es um unsere Kommunen geht? Hier wird ein Dialog auf Augenhöhe angekündigt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

nachdem die grundlegenden Ergebnisse festgeklopft wurden. Über FAG und Gleichmäßigkeitsgrundsatz wird nicht mehr diskutiert, basta!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig, offener Dialog.)

Das mag verlässlich sein, aber alles andere als gut.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Mit lautem politischem Getöse wird ein 100-Millionen-Euro-Konsolidierungsfonds in der Öffentlichkeit verkauft.

Weniger laut wird aber daran gearbeitet, diesen Fonds auch aus FAG-Mitteln zu speisen.

(Heinz Müller, SPD: Unsinn, Unsinn! –
Vincent Kokert, CDU: Wollen Sie das?)

Und was über die Zuwendungsbedingungen so zu erfahren ist, also da gleicht das Ganze eher einem Diktat als einem Dialog.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja! –
Heinz Müller, SPD: Einmal dies, einmal das.
Was wollen Sie eigentlich behaupten? –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Ministerpräsident, eine derartige Politik haben die Kommunen nicht verdient, eine derartige Politik wollen die Kommunen nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie haben
sich Ihre Rede hier nicht verdient.)

Ich bitte Sie persönlich: Verspotten Sie nicht obendrein noch die kommunale Familie, wenn Sie dieses Prozedere „Zukunftsvertrag“ nennen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das war
keine gute Idee mit dieser Rede.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident Sellering hat – und das möchte ich ohne Übertreibung sagen – wieder einmal eine Märchenstunde abgehalten. Er hat das getan, wie es offensichtlich seiner Art entspricht: sanft, einschläfernd, ablenkend und das Volk regelrecht hinters Licht führend.

Beginnen wir mit Ihrer Einlassung, dass die SPD am 4. September 2011 bei der Landtagswahl erneut stärkste Kraft geworden sei. Ja, das kann man so verkaufen, Tatsache ist jedoch,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass Ihre viel beschworene Mehrheit eben nicht das Spiegelbild des Wahlverhaltens der Menschen hier in Mecklenburg und Pommern repräsentiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Vorpommern heißt das. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Vorpommern!)

Und Tatsache ist auch, dass Ihre Partei, die SPD, nur von 18,3 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger gewählt wurde.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich würde mal
lieber Ihr Ergebnis überprüfen, Herr Pastörs.
Wie viel haben Sie denn gekriegt? Ha, ha, ha!)

Knapp die Hälfte ist gar nicht zu den Wahlurnen geeilt. Warum wohl? Weil die Bürger schon lange resigniert haben. Die Wähler kennen das Spielchen bereits, das Sie, meine Damen und Herren, in dem sogenannten Hohen Hause „Demokratie“ nennen und das in Wirklich-

keit nichts anderes ist als eine Organisationsform zur Verdummung und Ausplünderung der Menschen hier in Mecklenburg und Pommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorpommern! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Herr Dr. Jäger, Ihr Kollege von der CDU, Herr Sellering, hat bereits vor Jahren öffentlich eine Diskussion über die Einführung einer sogenannten Wahlpflicht ins Gespräch gebracht, weil auch er schon erkannt hatte, dass die schaffenden Menschen ebenso wie die durch Ihre asoziale Wirtschafts- und Sozialpolitik ins Aus manövrierten Landsleute sich angewidert vom BRD-Parteienstaat abwenden. Wahlpflicht, das wäre doch was, das fehlt noch, meine sehr verehrten Damen und Herren, um das BRD-DDR-System noch deutlicher zutage treten zu lassen.

Aber kommen wir zurück zu Ihren blühenden Landschaften in Mecklenburg und Pommern, Herr Ministerpräsident Sellering.

(Katharina Feike, SPD, und
Ralf Mucha, SPD: Vorpommern!)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten und darauf aufmerksam machen, dass Sie bitte die Bezeichnung „Vorpommern“ verwenden, weil das die offizielle unseres Landes ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, sollten Sie das nicht tun, erteile ich Ihnen einen zweiten Ordnungsruf, da Sie einen schon erhalten haben.

Udo Pastörs, NPD: Kommen wir zurück zu Ihren blühenden Landschaften in Mecklenburg und Vorpommern, Herr Ministerpräsident. Sie trugen hier eben vor, dass die SPD-CDU-Koalition den Anspruch habe, in den nächsten fünf Jahren Mecklenburg und Vorpommern gut und verlässlich zu regieren. Schuldig blieben Sie natürlich, den Menschen konkret zu sagen, was Sie darunter zu verstehen pflegen. Ein typischer Sellering, möchte man sagen. Und dann wurden Sie so karnevalistisch, indem Sie uns erklärten, dass die Bürger sachorientierte, verlässliche und gute Regierungsarbeit von der Landespolitik erwarten und das Land auch dann davon profitieren müsse.

Ja, was denn sonst, Herr Sellering? Ihre ganze hier vorgetragene Regierungserklärung ist nichts anderes als Selbstbeweihräucherung unter Ausblendung der harten bildungspolitischen sowie der wirtschafts- und finanzpolitischen Fakten.

Ich habe mir einmal die Arbeit gemacht, um Ihre Regierungserklärung, die Sie hier am 21. Oktober 2008 gehalten haben, mit jener zu vergleichen, die wir am 17.03.2011 ertragen mussten, und diese wiederum mit dem, was Sie hier heute eben zum Besten gegeben haben. Weite Passagen dieser drei großen Reden sind absolut identisch abgeschrieben. Im Osten nichts Neues, könnte man kommentieren, ja, wenn es wirklich nichts Neues gäbe.

Warum, Herr Sellering, verschweigen Sie die Tatsache, dass die Finanzen dieses Bundeslandes absolut in Schieflage sind, dass sich in den Haushalten für die nächsten drei bis fünf Jahre strukturelle Defizite bemerkbar machen werden in einem Volumen von mindestens einer halben Milliarde Euro per annum? Ihr Hinweis, dass

die Transfers von West nach Ost in diesem Jahrzehnt weitestgehend aufhören, reicht uns nicht. Sie sprechen von solider Finanzpolitik und verschweigen, dass Sie nach wie vor voll am Tropf der Subventionen von Bund und von der EU hängen, und das 21 Jahre nach der sogenannten Wende zum Guten. Warum nennen Sie nicht die Zahl von 274,32 Millionen bewilligter Wirtschaftsförderung allein im Jahre 2009, ohne die wir schon längst einen wirtschaftlichen Zusammenbruch in Mecklenburg und Vorpommern erlebt hätten? Warum verschweigen Sie, dass unser Bundesland seit 1990 über das Landesförderinstitut nicht weniger als 2,8 Milliarden Euro an Subventionen und Hilfen für die Wirtschaft von außen erhalten hat?

Nicht selten flossen diese sogenannten Fördergelder in kriminelle Strukturen. Ich will Ihnen nur mit einigen Beispielen auf die Sprünge helfen: Norddeutsche Blähton Grimmen GmbH.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Haben Sie da was gekriegt?)

Sagt Ihnen das was, Herr Ministerpräsident? Dort wurde seinerzeit ein Exmanager wegen Subventionsbetrug zu einer Bewährungsstrafe von nur zwei Jahren verurteilt, obwohl er bereits 1998 1 Million Euro Fördermittel auf ein Konto in Liechtenstein überwiesen hatte, statt wie vorgeschrieben in die Baustofffabrik zu investieren. 2008 dann der Skandal um das DVD-Werk Dassow, Millionenbeträge gingen dem Land verloren. Ich könnte hier eine endlose Liste von Lug und Trug im Bereich des Fördergeldwildwuchses aufzählen, was jedoch leider meine Redezeit nicht zulässt, um den Betrügnern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wie bedauerlich.)

um den Betrügnern einmal die Gelegenheit zu geben, hier ganz klar den Bürgern vor Augen zu führen, wie sie hier in krimineller Manier Hunderte von Millionen falsch verwendet oder auf ihre Privatkonten umgeleitet haben.

Als meine Fraktion die Spitze dieses Eisberges von Fördergeldschwindel in Bezug auf die mafiosen Machenschaften eines Herrn Burlakows sowie im Wirtschaftsausschuss als auch hier im Landtag thematisierte, war das Geschrei von Ihnen groß. Die NPD-Fraktion wollte das Land schlechtreden, hieß es.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Selbstverständlich.)

Nein, nicht wir wollten das Land schlechtreden, sondern die Kontrollmechanismen

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringuth, CDU)

im Fördergeldbereich des Landes waren und sind schlecht bis zum heutigen Tage, Herr Ministerpräsident. Dazu hätten wir auch ganz gerne bei der Bedeutung dieses Postens etwas hier von Ihnen heute gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Es hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden, in Ihrer Regierungserklärung anzukündigen, dass für die Zukunft ein verbessertes Kontrollverfahren bei der Überwachung von Fördergeldzahlungen eingeführt wird, jedoch Fehlzanzei-

ge. Stattdessen hörten wir: Eine „gute Regierungsarbeit braucht ... eine klare Richtung. ... Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich ... voranbringen, damit Arbeitsplätze entstehen“ und „gesichert werden“, gute „Arbeitsplätze, von denen man auch leben kann.“

Mit Verlaub, Herr Selling, mit solch einem unverbindlichen Geschwafel können die Menschen im Lande nichts anfangen. Hört sich zwar gut an, sagt aber nichts aus.

Und dann setzen Sie noch eins drauf, indem Sie unter vollkommener Ausblendung der Realität Ihr Trugbild weitermalen: „Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand“ in der Geschichte dieses Landes, sagten Sie uns. „Wir haben eine moderne Infrastruktur – nehmen Sie nur ... die neue Rügenbrücke, moderne Häfen oder die wunderschön ... sanierten Städte und Dörfer.“ Sind das nicht wunderschöne, salbungsvolle Worte aus dem Munde unseres Ministerpräsidenten, meine Damen und Herren?

Die Realität ist jedoch eine ganz andere. In der Fläche verrottet die geschaffene Infrastruktur bereits wieder. Besonders Gemeinden und Landstraßen können nur notdürftig repariert werden, weil die Kreise, die Gemeinden und die Stadt Schwerin kein Geld mehr haben, sie sind de facto bankrott.

(Burkhard Lenz, CDU: Sie
brauchen nicht so zu schreien.)

Wie war das mit den wunderschön sanierten Städten und Dörfern, Herr Ministerpräsident? Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin aus der „Ostsee-Zeitung“ von voriger Woche, 09.12.2011. Ihr Genosse, Herr Selling, der Herr Till Backhaus sagte: „Verfall von Ortschaften ist nicht aufzuhalten“. Und weiter sagte unser Minister Backhaus: „Wegen des Bevölkerungsrückgangs in Mecklenburg-Vorpommern wird nach Ansicht von Umweltminister Till Backhaus (SPD) der Verfall von Gebäuden und Anlagen bis hin zu ganzen Ortschaften nicht aufzuhalten sein.“

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, lügen Sie nur weiter, damit das Volk Sie endlich zum Teufel jagt!

Zum Rückgang der Arbeitslosigkeit, Herr Selling: 100.000 Menschen ohne Arbeit, von denen, die Arbeit haben, können rund 29.000 – 29.000! – Menschen nicht leben, ohne dass sie zusätzlich auf die Leistungen nach SGB II für ihren Lebensunterhalt angewiesen sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen
machen wir jetzt Mindestlohn.)

Das ist ein Skandal! Warum sprechen Sie das nicht an,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hat er doch. Hören Sie doch zu!)

wenn Sie Bürgernähe fordern und die wirklichen Probleme der Bürger hier überhaupt gar nicht zur Sprache bringen?

Ihr Armenhaus, Herr Selling, zwingt täglich über 74.000 Menschen, als sogenannte Auspendler ihr Geld meist weit außerhalb unseres Bundeslandes zu verdienen. Tägliche Fahrten nach Hamburg und Lübeck sind

keine Seltenheit und ruinieren die Gesundheit der Schaffenden ebenso wie nicht selten auch ihre Familien, denn wenn sie nach 14 Stunden Arbeit und Autofahrt nach Hause kommen, findet dort eben überhaupt kein Familienleben mehr statt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch das ist das Ergebnis nach 20 Jahren Regierungszeit sogenannter demokratischer Fraktionen.

Natürlich fehlt in Ihren Ausführungen der Hinweis auf den sogenannten demografischen Wandel nicht – auch wieder eine Begrifflichkeit, hinter der die Tatsache verborgen oder zumindest verschleiert werden soll, dass Mecklenburg und Vorpommern, ja, das gesamte BRD-Konstrukt schon in wenigen Jahrzehnten ein riesiges Altenheim sein wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie sind da auch drin.)

Dazu haben wir von Ihnen vorhin als einzige geplante Gegenmaßnahme Folgendes vernommen: „... das Projekt ‚Neue Dorfmitte‘, mit dem alte Kaufhallen wieder eröffnet werden sollen, in denen es aber nicht nur Brot und Zucker zu kaufen gibt, sondern auch medizinische und soziale Dienstleistungen angeboten werden.“ Das ganze nannten Sie ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist ein Beispiel, Herr Pastörs.)

Deswegen nehme ich das, es ist ein schönes Beispiel.

Das Ganze nannten Sie den, Zitat, „defensiven Teil von Demografiepolitik“.

Ich stelle mir gerade vor, Herr Ministerpräsident, Sie in Begleitung von Frau Sylvia Bretschneider in zehn Jahren als alte Oma und Opa im Milchladen irgendwo in Pommern

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Schon wieder Pommern.)

beim Brot- und Zuckereinkauf mit anschließender Herzkreislauf-Untersuchung in einem Separee dieses Etablissements.

(Das Mikrofon wird abgeschaltet.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Abgeordneter Pastörs, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, ich hatte Ihnen gesagt, dass Sie bitte das Wort „Pommern“ nicht verwenden möchten.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich vom Rednerpult ab und spricht die Vizepräsidentin an. – Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf. Das ist somit Ihr dritter Ordnungsruf. Das heißt also eine Wortentziehung für diesen Beitrag.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich fortgesetzt an das Präsidium. –

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hör auf zu diskutieren da! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Pastörs! – Peter Ritter, DIE LINKE: Wortentziehung heißt auch hinsetzen, Herr Pastörs.)

Die Fraktion der NPD hat eine Auszeit beantragt.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich fortgesetzt an das Präsidium. – Harry Glawe, CDU: Hallo, Sie sollen sich mal bitte hinsetzen! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mal schön die Hände aus der Hose! – Peter Ritter, DIE LINKE: Schweigen Sie, Herr Pastörs! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sollen schweigen!)

Also wir machen eine kurze Auszeit.

Unterbrechung: 12.29 Uhr

Wiederbeginn: 12.31 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich teile Ihnen mit, dass wir die Sitzung fortsetzen.

Als nächste Rednerin

(Udo Pastörs, NPD: Nein, nein, wir haben noch Redezeit.)

hat das Wort ...

Sie haben eine Minute Redezeit, Herr Pastörs, eine Minute.

(allgemeine Unruhe)

Sie hatten eine Minute Redezeit und ich habe Ihnen einen Ordnungsruf erteilt, das war der dritte Ordnungsruf. Sie haben beim zweiten Ordnungsruf eine Belehrung erhalten, das heißt also, der Wortentzug gilt für den Redebeitrag.

Ich fordere jetzt die nächste Wortmeldung auf, und zwar die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es fehlt eine nachhaltige Gesamtstrategie.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Und die kommt jetzt.)

Zukunft aus eigener Kraft ist eine Losung, die alles sagt, aber auch nichts bedeuten kann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Weder in der Regierungserklärung noch bei den bisherigen Beiträgen der Koalitionsfraktionen sind die Worte „Umwelt“, „Naturschutz“, „Klimaschutz“ oder „Landwirtschaft“ gefallen.

(Torsten Renz, CDU:
Aber bei den GRÜNEN, ne?)

Ja, das ist ja keine Koalitionsfraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir haben das auch gesagt.)

Gerade ist die Kyoto-Nachfolgekonferenz in Durban mit einem Kompromiss zu Ende gegangen, der uns aber keineswegs vorwärtsbringt. Er hält lediglich nur den gesamten Prozess vom sofortigen Sterben ab.

(Egbert Liskow, CDU: Da sind wir aber nicht für zuständig.)

Das habe ich Ihnen auch nicht vorgeworfen. Hören Sie doch erst mal zu!

Die einzige Hoffnung besteht darin, dass sich viele Partner finden, die nicht auf ein Abkommen warten, das erst in zehn Jahren in Kraft treten soll. In der Regierungserklärung ebenso wenig wie im Koalitionsvertrag finde ich die Anbindung an diese welt- und menscheitsbedrohende Realität.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was machen wir denn mit der
Energiepolitik, Frau Dr. Schwenke?)

Mecklenburg-Vorpommern hat endlich – hören Sie zu, Herr Nieszery – volle Segel in Richtung erneuerbare Energien gesetzt. Endlich, und mit Worten vor allen Dingen. Die Nagelprobe kommt ja vor allen Dingen dann, wenn der Haushalt auf dem Tisch liegt. Sie bündeln die Kompetenzen in einem Ministerium, das ist ein richtiger Schritt. Auch die Forschungskapazitäten müssten gebündelt werden in einer Fakultät an einer Hochschule.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das müssen die Hochschulen schon selber entscheiden.)

Aber ich bin trotzdem davon überzeugt, dass wir die Energiewende schaffen werden in Mecklenburg-Vorpommern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt.)

schon bald, und zwar bei Strom und Wärme. Aber das Klima zu schützen und damit die Erde zu schützen, verlangt viel mehr. Dafür brauchen wir den sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und ganzer Gesellschaft, und zwar auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da sind wir doch dabei, Frau Schwenke.)

Im Energiesektor gehören außer dem Ausbau der erneuerbaren Energien dringende Maßnahmen beim Energiesparen und zur Erhöhung der Energieeffizienz dazu. Ineinandergreifende Konzepte vom Wirtschaften, vom sozialen Zusammenhalt und vom Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind notwendig, ineinandergreifende,

(Jochen Schulte, SPD: Da sind die Kollegen doch bei! – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist nichts anderes, Frau Schwenke.)

um die Potenziale des Landes bestmöglich nutzen zu können. Zunehmender Verbrauch an Ressourcen, klimaschädliche Emissionen, aber auch die zunehmende soziale Spaltung gefährden ein menschenwürdiges Leben.

Die bisherigen Methoden der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung sind für die Zukunft untauglich. Das beweist nicht zuletzt die gegenwärtige Weltfinanzkrise, die in Wahrheit eine Systemkrise des Kapitalismus ist.

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Vincent Kokert, CDU: Na endlich!)

So weiterzumachen wie bisher, nur ein bisschen sozialer, ein wenig ökologischer und ein wenig demokratischer,

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

gefährdet die menschliche Zivilisation, auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Das mögen für Sie große Worte sein, aber ob Sie es nun wollen oder nicht, bei jeder Maßnahme, die ergriffen werden soll, müssen wir uns fragen:

– Machen wir weiter bei der zügellosen Versiegelung des Bodens oder wird zumindest gleichviel wieder entsiegelt?

– Stellen wir sicher, dass neu gebaute Häuser dem Passivhausstandard genügen oder zumindest nach Süden ausgerichtet und so für Solaranlagen nutzbar sind?

– Wie kommen wir voran bei der energetischen Sanierung der großen Altbausubstanz?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

– Forsten wir auf, anstelle immer neue Bäume abzuholzen?

– Wo passen Tierhaltungsanlagen in den regionalen und natürlichen Kreislauf? Wie groß dürfen sie sein?

– Schaffen wir Bedingungen, die das Umsteigen auf kollektive Verkehrsträger attraktiv machen oder stärken wir den Autoverkehr?

– Vergeben wir öffentliche Aufträge nur dann, wenn auch der ökologische Fußabdruck von Dienstleistungen und Produkten nachweisbar ist und vor allem den zukünftigen Anforderungen entspricht?

– Machen wir den sozialökologischen Check bei der Vergabe von Fördermitteln?

– Wie unterstützen wir Unternehmen, die sich solchen Herausforderungen stellen, und wo sind die Nachteile für diejenigen, die sich aufgrund vermeintlicher Wettbewerbsvorteile den ökologischen Herausforderungen nicht stellen?

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Der Markt macht es eben nicht!

– Wie gleichen wir Eingriffe in die Natur aus? Machen wir das, indem wir einen Flächenpool schaffen, der dann zum Beispiel auch für Baden-Württemberg nutzbar ist?

– Und wie sorgen wir dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen von Beginn an begreifen, dass es um ihre Zukunft geht und darum, dass sie eine bewohnbare Erde haben?

Viele weitere Fragen müssten gestellt werden. Bei Ihnen vermisse ich nicht nur die Antworten, sondern auch die Fragen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Koplín von der Fraktion DIE LINKE.

(allgemeine Unruhe)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, zur Kulturpolitik

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
War gut, oder?)

hat uns LINKE in erwartetem Maße enttäuscht: Politprosa, Floskeln, Allgemeinplätze statt konkrete und abrechenbare Ansagen, bruchstückhaftes Aufzählen von Projekten und Kultureinrichtungen statt dem Aufzeigen klarer Entwicklungslinien, all das garniert mit abgeschmackter Kritik

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Abgeschmackt!)

an der Opposition – keine Inspiration, keine mitreißenden Ideen, kein Konzept.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Aber was das Schlimmste ist, ein Kunst- und Kulturverständnis aus der Mottenkiste wurde offenbart.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so?! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Kultur wird auf einen Kostenfaktor reduziert, statt sie als Quelle gesellschaftlichen Reichtums zu begreifen.

Sie sagen, wichtigster Arbeitsschwerpunkt bleibt, die Wirtschaftskraft zu stärken, damit es Arbeitsplätze gibt.

(Marc Reinhardt, CDU: Richtig. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wenn das stimmt, dann stimmt das auch für den Kulturbereich. Mit Blick auf den aber kann das scheinbar nicht gelten. Wenn es um diesen geht, dann loben Sie, Zitat: „die vielen kleinen ... Projekte, die es häufig nur gibt, weil sich so viele Menschen ehrenamtlich dafür einsetzen“. Natürlich ist es schön, dass es dieses ehrenamtliche Engagement gibt. Auch wir zollen diesen Kulturschaffenden höchsten Respekt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir auch.)

Aber was da im Kulturbereich oftmals als Ehrenamt bezeichnet wird, ist häufig nichts anderes als unbezahlte Facharbeit. Diese unbezahlte Facharbeit untergräbt nicht selten die Existenzgrundlagen der Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffenden. Anständige Löhne, gute Ar-

beit, gilt das nicht auch für Kreative, nicht auch für Kulturschaffende?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja klar.)

Sie umarmen landesväterlich die Ehrenamtlichen, aber wie Sie sie unterstützen wollen, das sagen Sie nicht. Wir nennen so etwas „aus der Verantwortung stehlen“.

Wir wollen, dass ehrenamtliches Engagement angemessen hauptamtlich flankiert wird, wir wollen Qualifizierung, Weiterbildung und Netzwerkförderung sowie Betreuung der Ehrenamtlichen, wir wollen gute Arbeit und gute Löhne auch in der Kreativwirtschaft, auch in der Kultur. Und möge keiner sagen, das ging nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber sagen Sie mal, wie.)

Wer mit Dutzenden Millionen Euro ausgerechnet die Unternehmen subventioniert, die eigentlich die Werte schöpfen sollen, um Soziales, Bildung und Kultur zu finanzieren, jedoch den Wertschöpfungspotenzialen der Kulturwirtschaft den Hahn abdreht, der stellt die Wirtschaftsförderung ja geradezu auf den Kopf.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident hat in seiner Rede den Stellenwert von kultureller Bildung hervorgehoben.

Sie sagten, dass, wenn es um das Entdecken und Entwickeln von Fähigkeiten geht, kulturelle Bildung, Zitat: „unbedingt dazugehört“. Diese Sichtweise ist so lapidar wie falsch. Kulturelle Bildung gehört nicht mal eben dazu. Sie ist die wichtigste Grundlage für die gedeihliche Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft. Aber seid drum. Ihnen ist kulturelle Bildung wichtig, uns auch. Wer aber aus Ihrer Einsicht Konsequenzen erwartet, tut dies vergeblich. Lediglich, dass Jugendkunstschulen und Jugendmusikschulen für Sie einen Schwerpunkt darstellen, wurde erwähnt. Was heißt das aber konkret? Nichts sagen Sie zur Entwicklung der Ressourcen für die kulturelle Bildung, nichts zur ach so dringenden Personalentwicklung, nichts zur Kooperation der Akteure der kulturellen Bildung mit dem Kreativmarkt und der freien Szene.

Hier gilt, was generell gilt: Nicht salbungsvolle Worte, sondern konkrete Taten sind das, was das Kulturland Mecklenburg-Vorpommern braucht. Auf Taten kommt es in einem Kulturbereich dieser Tage ganz besonders an – bei den Theatern und Orchestern. Konfus und konzeptionslos wird ein Scheck nach dem anderen überreicht, 500.000 Euro hier, 75.000 Euro da.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch Ihre Forderung!)

Die sind dringend geboten. Wir haben Sie vor Jahren darauf hingewiesen, dass diese Situation eintritt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja?)

Diese Schecks, Herr Dr. Nieszery, sind ein Eingeständnis, dass die Theater und Orchester mit der gegenwärtigen Förderung nicht leben können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na, na, na, na!)

Dessen ungeachtet reden Sie sich die Welt schön.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mit der Strukturveränderung müssen sie leben. Das wissen sie auch, ja, ja.)

Sie reden sich die Welt schön. Sie sagen, Landesmittel für Theater und Orchester seien beachtlich. Das kann man so oder so interpretieren. Beachtlich im Sinne von Spitzenwerten ist so falsch wie irreführend. Beachtlich im Sinne von schnödem Mittelmaß ist zutreffend. Im Ländervergleich der Landeszuschüsse pro Einwohner

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch Ihre Forderung.)

liegen wir mit 20,50 Euro zwischen dem Saarland, 24 Euro, und Niedersachsen mit knapp 14 Euro pro Einwohner. Betrachtet man den durchschnittlichen Zuschuss des Landes in Bezug auf das einzelne Theater sind wir das Schlusslicht. Saarland 25 Millionen Euro je Einrichtung, Niedersachsen 17 Millionen Euro je Einrichtung, Schleswig-Holstein 12,3 Millionen Euro. Wir liegen bei 8,5 Millionen Euro.

DIE LINKE sagt, alle Sparten an den Häusern werden kulturpolitisch gebraucht und sie sind auch bezahlbar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na klar. Wie denn?)

Im Übrigen, wir werden neben der Volksinitiative, von der hier die Rede war, die in Kürze den Landtag erreichen wird, ein eigenes Konzept für die Zukunft der Theater und Orchester vorlegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hoffentlich ist es auch durchfinanziert!)

Es ist die Weiterentwicklung unseres Konzepts aus dem Januar 2009.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hoffentlich ist es dann auch durchfinanziert, ja.)

Uns zu unterstellen, Herr Dr. Nieszery, wir haben nur Geldforderungen und bleiben die Mittelherkunft schuldig, ist Polemik von der ganz billigen Sorte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nein, nein. Die habe ich noch nie gehört von Ihnen.)

von der ganz billigen Sorte.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wir haben uns, Herr Müller, wir haben uns frühzeitig für eine Verbesserung der Einnahmeseite des Landeshaus-haltes ausgesprochen, Stichwort „Grunderwerbssteuer“.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo waren denn die Anträge?)

Jetzt kommen Sie um die Ecke,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist ja ein Witz hier.)

jetzt kommen Sie um die Ecke und erklären, dieses Geld würde für den frühkindlichen Bereich gebraucht. Bereits – hören Sie bitte zu –, bereits bei der Vorstellung des SPD-Wahlprogramms zur letzten Landtagswahl und im Zuge von Verhandlungen im Koalitionsausschuss im Jahr 2009 haben Sie aber eben diesen Bereich, 40 Millionen für das Haus Tesch, 40 Millionen für das Haus Schwesig, bereits als ausfinanziert erklärt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Wenn es für den frühkindlichen Bereich nunmehr einer neuen Deckungsquelle bedarf, nämlich der Grunderwerbssteuer, stimmt etwas mit Ihrer Finanzlogik nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir haben nicht 40 Millionen Euro deklariert, das wissen Sie ganz genau, Herr Koplín. 15! 15!)

Ich komme zum Schluss.

Entweder hatten Sie seinerzeit keine Deckungsquelle oder Sie binden uns heute einen Bären auf. Aber lassen wir das mal an dieser Stelle. Wir sagen, Investitionen in Kultur lohnen allemal. Kulturinvestition schlägt jede Aktienrendite oder anders gesagt: Kultur kostet viel, eine Gesellschaft ohne Kultur kostet viel mehr. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Müller von der Fraktion der SPD.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat schon die ganze Zeit gekribbelt.)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu meinem Bedauern hat die Kollegin von der Fraktion DIE LINKE eine Zwischenfrage von mir nicht zugelassen und deswegen möchte ich gerne ein paar, ein paar wenige Worte hier an Sie richten.

In der Diskussion hat der Ministerpräsident und haben die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktionen ein Bild in Bezug auf die kommunale Ebene gezeichnet, das ein Bild war von Partnerschaft, ein Bild von Dialog, ein Bild von Hilfe, natürlich auch ein Bild von Erwartung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat bloß mit der Realität nichts zu tun. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch.)

Und wenn Frau Schwenke hierherkommt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Rösler, Frau Rösler.)

Frau Rösler, Entschuldigung, wenn Frau Rösler hierherkommt und ihr Bild zeichnet, dann ist es ein Bild von Diktat, ein Bild von Terror, ein Bild von Erpressung und so weiter und so fort.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Also wissen Sie, solche Worte kennt Frau Rösler gar nicht.)

Das Wort „Diktat“,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

das Wort „Diktat“ ist wörtlich gefallen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also „Terror“ würde ich zurücknehmen, Herr Müller!)

Und wenn Herr Koplin,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Angesichts der Debatten würde ich „Terror“ zurücknehmen.)

und wenn Herr Koplin hier sagt, die Koalition bindet uns einen Bären auf – das, was Frau Rösler gesagt hat, war nicht das Aufbinden eines Bären, das war das Leerfangen von ganz Kanada.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen wir uns einmal an, wie das die Kommunen selber sehen.

Wir haben in der letzten Woche die Sitzung des Landesausschusses des Städte- und Gemeindetags gehabt. Die demokratischen Fraktionen dieses Hauses ebenso wie die Landesregierung waren eingeladen. Selbstverständlich war die Landesregierung vertreten und ich hatte auch das Vergnügen, an dieser Sitzung teilzunehmen. Leider habe ich keinen Vertreter der Fraktion DIE LINKE dort vorgefunden.

(Torsten Renz, CDU: Waren die denn eingeladen?)

Sie waren eingeladen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie müssen erst mal eingeladen werden.)

Sie waren eingeladen. Aber selbst wenn Sie nicht da waren, Sie hätten den Geschäftsbericht des Städte- und Gemeindetags, der ja ein öffentliches Papier ist, durchaus zur Kenntnis nehmen können. Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich aus diesem Geschäftsbericht von Michael Thomalla, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städte- und Gemeindetags, vom 8. Dezember 2011 einige Worte zitiere, und dann werden Sie sehen, wer hier Horrormalereien malt und wer hier die Wahrheit sagt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Zitat 1, Thomalla sagt: „Nicht nur während der Koalitionsverhandlungen hat man den Städte- und Gemeindegtag durch viele informelle Gespräche mit eingebunden, sondern auch der Koalitionsvertrag verspricht bei den wichtigen Themen für unser Land einen Dialog auf Augenhöhe.“

(Torsten Renz, CDU: Horch, horch!)

„Dieses Angebot nehmen wir ernst und wir nehmen es an. Die ersten Gespräche nach der Regierungsbildung zeigen, dass die Handelnden bemüht sind, dieses Angebot mit Leben zu erfüllen.“

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na ja, wenn „bemüht“ in der Beurteilung steht, dann wissen Sie, was das bedeutet.)

„Dies sollten wir, dies sollten auch Sie alle aufgreifen.“ Zitatende.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt wissen wir auch, warum die LINKEN nicht gekommen sind!)

Im Weiteren bringt Herr Thomalla dann seine Freude zum Ausdruck auf weitere Gespräche.

So, meine Damen und Herren, sehen die Betroffenen die Situation, so bewerten sie das und das vergleichen Sie mit dem, was wir hier gehört haben.

Und dann nehmen wir den Zukunftsvertrag ganz konkret. Nochmals Zitat Thomalla: „Ich möchte dabei einen Schwerpunkt aus dem Koalitionsvertrag herausheben: Das ist der Zukunftsvertrag, den die neue Landesregierung mit den Kommunen abschließen möchte. Enthalten sind der Kommunale Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Mio. € und der Kommunale Kofinanzierungsfonds in Höhe von 50 Mio. €, die mit dem Haushalt 2012/2013 verankert werden sollen und bei denen die Landesregierung die Details derzeit mit den kommunalen Landesverbänden abstimmt. Für alle, die sich vor der Wahl für eine bessere kommunale Finanzausstattung mächtig ins Zeug gelegt haben, ist dies sicher ein Erfolg. Denn wenn auch nicht alle Wünsche damit erfüllt werden können, so muss man doch anerkennen, dass unser Land in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein deutliches Bekenntnis abgibt, auch im Notfall seinen Kommunen beizustehen. Im Vergleich zu der Entwicklung in anderen Bundesländern muss dies positiv herausgehoben werden.“ Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das klingt aber ein bisschen anders, oder? Da muss ich ja wirklich staunen. Unglaublich!)

Das, meine Damen und Herren, ist nicht Heinz Müller, das ist Michael Thomalla, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetags.

Und dann sollten die LINKEN sich wirklich mal überlegen, von welcher Wirklichkeit sie hier eigentlich reden. Sie erfinden etwas, um es dann zu bekämpfen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja, jaja.)

Mit der Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat das wenig zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig, Herr Müller.)

Und wenn wir beim Geld sind, nehmen wir ein drittes Zitat.

Warten Sie mal, es kommen noch mehr! Es kommen noch mehr, Herr Holter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat doch noch gar nichts gesagt.)

Drittes Zitat, Michael Thomalla sagt: „Wir sind froh darüber, dass das Land mit uns gemeinsam auch nach Lösungen suchen will und in der Arbeitsgruppe Kommunale Finanzausstattung des FAG-Beirates darauf setzt,

den Erfahrungsschatz vieler Praktiker aus den Gemeinden, Städten und Ämtern zu nutzen.“ Zitatende.

So beschreibt der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetags das Verhalten der Landesregierung und dann beschreibt er es korrekt und dann kann man diese Landesregierung für dieses Verhalten nur loben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das klingt ja nach Augenhöhe, ne? Oder?)

Das ist Dialog auf Augenhöhe

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na also.)

und das hat überhaupt nichts damit zu tun, was uns hier die LINKEN dargeboten haben.

Ein weiteres Zitat, Michael Thomalla sagt: „Beim Konsolidierungsfonds wird es auch darum gehen, unsere eigenen Anstrengungen zu aktivieren. Ohne eine solche zugegebene hohe Hürde würde nicht nur das Gesamtvolumen zu knapp sein. Es würde schließlich auch die gemeindliche Selbstverwaltung Schaden nehmen. Denn bevor man einfach auf die helfende Hand von oben setzt, gilt es die Zukunft in die eigene Hand zu nehmen, auch wenn das vor Ort dazu führt, dass man stärker abwägen muss, zwischen dem was man erreichen will und dem, was man seinen Bürgern dafür an anderer Stelle z. B. durch Ausgabenverlagerungen, Kürzungen oder auch Abgabenerhöhungen zumuten will.“ Zitatende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dieses Zitat des Geschäftsführers des Städte- und Gemeindetags spricht von großem Realismus, dass es hier nicht darum gehen kann, allein auf die Hilfen des Landes zu setzen, wohl aber auch auf die Hilfen des Landes zu setzen, und die werden wir unserer kommunalen Ebene geben. Wir erwarten aber auch und wir hören von der kommunalen Ebene die Bereitschaft, ihren eigenen Teil zur Konsolidierung zu tun, damit wir gemeinsam dieses Land nach vorne bringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir im Dialog.)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Wirklichkeit in diesem Land. Das ist die Politik dieser Koalition und das haben Sie hier in keiner Weise korrekt beschrieben. Im Gegenteil, Sie malen Horrorgemälde. Mit der Wirklichkeit hat das nichts zu tun. Wir bringen mit unserer Politik dieses Land voran und ich freue mich, dass wir es gemeinsam mit den kommunalen Verbänden tun. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Die NPD-Fraktion hat eine Auszeit von 30 Minuten beantragt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das glaube ich, die wollen essen gehen.)

Dem wird stattgegeben. Wir treffen uns also in einer halben Stunde wieder.

Unterbrechung: 12.52 Uhr

Wiederbeginn: 13.25 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Sehr geehrte Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart, heute nach Tagesordnungspunkt 8 den Tagesordnungspunkt 21 zu beraten, sofern hierzu die zeitliche Möglichkeit besteht. Ich höre und sehe keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst-, Anwärter-, Amts- und Versorgungsbezügen des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2011/2012 sowie zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 6/70, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 6/186. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/194 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die
Anpassung von Dienst-, Anwärter-,
Amts- und Versorgungsbezügen des
Landes Mecklenburg-Vorpommern 2011/2012
sowie zur Änderung weiterer besoldungs-
und versorgungsrechtlicher Vorschriften
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/70 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
– Drucksache 6/186 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/194 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Abgeordneter Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich erst einmal bei Ihnen für das Interesse an diesem Tagesordnungspunkt.

Der Ihnen vorliegende schriftliche Bericht zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses gibt den Beratungsverlauf detailliert wieder. Ich möchte daher an dieser Stelle nur auf einiges kurz eingehen.

Der Finanzausschuss hatte sich, noch bevor ihm im November der Gesetzentwurf zur Beratung überwiesen worden war, mit der Gestaltung des Beratungsverfahrens und einer möglichen Hinzuziehung externen Sachverständigen befasst. Letztlich hat der Finanzausschuss bei diesem Gesetzentwurf keine Notwendigkeit gesehen, eine Anhörung durchzuführen. Damit wiederum konnte der Finanzausschuss recht zügig in die Beratungen einsteigen und Ihnen schon heute eine Beschlussempfehlung vorlegen.

Inhaltlich geht es im Kern der Beschlussempfehlung darum, den im März für die Landesangestellten erzielten Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung im Beamtenbereich zu übertragen. Anders als im Tarifbereich ist bei den Beamtinnen und Beamten für Änderungen der Besoldung und Versorgung eine landesgesetzliche Grundlage erforderlich.

Änderungsanträge der Opposition, in diesem Fall von der Fraktion DIE LINKE, haben im Ausschuss keine Mehrheit gefunden. Ebenso erging es dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Verabschiedung einer Entschließung zum Landesministergesetz. Nachdem die Landesregierung angekündigt hatte, das Landesministergesetz im Frühjahr 2012 umfänglich novellieren zu wollen, hat sich der Finanzausschuss mehrheitlich gegen die Empfehlung einer das Landesministergesetz betreffenden Entschließung an den Landtag ausgesprochen.

Im Finanzausschuss haben wir drei Änderungen am Artikel 6 des Gesetzentwurfes beschlossen:

Zum einen handelt es sich um die Streichung der noch im Gesetzentwurf für Paragraph 50 Absatz 3 Satz 1 Beamtenversorgungsüberleitungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern vorgesehenen Änderung. Die Streichung deshalb, weil sich während der Beratung herausgestellt hatte, dass die Verweisung auf das Einkommensteuerrecht zu einer Ungleichbehandlung von Waisen ohne Kindergeldberechtigung gegenüber Kindergeldberechtigten geführt hätte.

Zum anderen hat sich der Ausschuss dafür ausgesprochen, zugunsten der Mindestversorgungsempfänger zur ursprünglichen Rechtslage und damit zum ursprünglichen Gesetzestext des Beamtenversorgungsüberleitungsgesetzes zurückzukehren. Wäre dies nicht geschehen, würden den Beamtinnen und Beamten, die nur geringe Ruhegehaltstfähige Dienstzeiten aufweisen, also eine Mindestversorgung erhalten, gar noch die Versorgungsbezüge gekürzt werden. Das wollten wir nicht.

Die dritte kleine Änderung betraf eine redaktionelle Änderung infolge der vorherigen Änderungsempfehlungen des Ausschusses.

Und schließlich hat sich der Finanzausschuss dafür ausgesprochen, Ihnen, meine Damen und Herren, die Korrektur von zwei Rechenfehlern in den ab 1. Januar 2012 gültigen Anlagen 1 und 5 zum Gesetzentwurf zu empfehlen. So ist in einem Fall die vorgesehene Sockelbetrags-erhöhung fälschlicherweise unterblieben. In dem anderen Fall fehlte es an einer Berücksichtigung der linearen Anhebung bei der Zulage, durch die sich der Ausgangsbetrag insgesamt erhöhen musste, aber bislang in der Tabelle nicht ausgewiesen war.

Die weiteren Einzelheiten entnehmen Sie bitte meinem ausführlichen schriftlichen Bericht.

Während der Beratungen zu den Änderungen der Gesetzesanlagen hat die Landesregierung dem Finanzausschuss folgende Überlegungen vorgestellt: Um künftig mitunter länger dauernde Gesetzesverfahren zur Anpassung oder Berichtigung der Rechenoperationen in den Gesetzesanlagen zu vermeiden, wird vonseiten des Finanzministeriums erwogen, künftig stattdessen die Rechenoperationen und entsprechenden Tabellen im etwas flexibleren Erlasswege bekannt zu machen.

Die Beschlussempfehlung insgesamt ist mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der NPD angenommen worden. Und so bitte ich Sie nun im Namen des Finanzausschusses um Ihre Zustimmung zu der Beschlussempfehlung und bedanke mich an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gundlack von der Fraktion der SPD.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern bekommen mehr Geld, so hat es der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 1. Dezember beschlossen und so konnten wir es den Tageszeitungen entnehmen. Meine Damen und Herren, das ist auch gut so, denn mit der Verabschiedung dieses Besoldungsanpassungsgesetzes vollziehen wir die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses der Länder auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen.

Bevor ich zum vorliegenden Gesetzentwurf komme, möchte ich den Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern noch einmal den Dank der SPD-Fraktion und unsere Anerkennung für die täglich geleistete Arbeit aussprechen.

Die SPD-Fraktion hat bei den Beratungen im Finanzausschuss keinerlei Zweifel daran gelassen, dass diese Besoldungsanpassung gerecht ist. Eine finanzielle Teilhabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern muss gewährleistet sein. Wir begrüßen weiterhin, dass am bislang bewährten System des Gleichklangs dieser beiden Statusgruppen durch eine Besoldungsanpassung festgehalten wird.

(Heinz Müller, SPD: Und zwar zeitgleich. –
Torsten Renz, CDU: Hat er schon gesagt.)

Zeitgleich.

An dieser Stelle möchte ich den verschiedenen Gewerkschaften, ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion, für ihre gute Zusammenarbeit danken. Dieses nun zu beschließende Gesetz bildet hierfür auch in der Zukunft eine gute Grundlage. Ausdrücklich möchte ich Frau Ministerin Polzin für ihre richtige Entscheidung über die zügige Auszahlung von Abschlagzahlungen danken. Im selben Atemzug soll auch die Reaktion der Kommunen nicht ungelobt bleiben, denn auch diese haben nach dem Appell der SPD-Fraktion in der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes am 16.11.2011 Abschlagzahlungen an ihre Beamtinnen und Beamten geleistet. Hierfür bedanken wir uns recht herzlich.

Meine Damen und Herren, die Beratungen im Finanzausschuss waren konstruktiv und sachlich. Was aber überhaupt nicht passte, war der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Ausschussdrucksache 6/11, namentlich die Änderung des Landesministergesetzes und des Gesetzes über die Anpassung der Amtsbezüge der Mitglieder der Landesregierung sowie entsprechender Versorgungsbezüge, und der Entschließungsantrag zur Änderung des Landesministergesetzes.

(Heinz Müller, SPD: Und das präsentieren sie uns jetzt wieder. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das müsst ihr uns überlassen, was wir machen.)

Dies, meine Damen und Herren, hat in diesem Gesetzentwurf nichts, aber auch gar nichts zu suchen. Andersherum gesehen ist es enttäuschend, wie Sie von der Linksfraktion mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst umgehen. Sie wollen hier auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst augenfällig einen Kleinkrieg vom Zaun brechen, mehr nicht.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig. – Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wo war denn dieses Ansinnen während Ihrer eigenen Regierungsbeteiligung, als Sie hier als PDS-Minister im Podium saßen?

(Heinz Müller, SPD: Die schärfsten Kritiker der Elche waren vorher selber welche. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wäre dieser offensichtliche Aktionismus heute auch angesagt, wäre die Koalition bei einer erneuten Regierungsbeteiligung mit der Linkspartei angetreten, oder springen hier nur Enttäuschung und gebrochene Herzen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

weil Herr Holter und seine Freunde nicht wieder auf der Regierungsbank sitzen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Fällt Ihnen auch mal was Eigenes ein?)

Wissen Sie was, fragen Sie doch einmal den Ministerpräsidenten! Es ist bald Weihnachten, vielleicht dürfen Sie mal eine Stunde oben sitzen beim Glühwein. Und wenn es dann nicht so peinlich wird, von 13 bis null Uhr, dann ist das in Ordnung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist Ihnen selber nicht eingefallen.)

Ich habe es ohne Glühwein gemacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lassen Sie sich doch selber was einfallen!)

Ich habe es ohne Glühwein gemacht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Was ist das denn für ein Niveau hier?! Wo sind wir denn hier?!)

Das ist Ihr Niveau.

(Torsten Renz, CDU: Das Getränk hätte er wechseln können. – Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin, was ist hier los? –

Torsten Renz, CDU: Der Redner ist ja kaum noch zu verstehen. – Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch besser so.)

Sehr geehrte Kollegin Rösler, wenn der Kollege Renz Ihnen im Ausschuss ähnliche Fragen stellt, dann antworten Sie mit der Begründung, da war ich noch nicht im Parlament.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Stimmt, aber Sie haben schon als Finanzreferentin für die damalige PDS-Fraktion gearbeitet.

Meine Damen und Herren, im vorliegenden Gesetzentwurf geht es in erster Linie um die Übertragung eines Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern, mehr nicht. Alles andere wäre ein Äpfel-Birnen-Vergleich und eine Überfrachtung des Gesetzentwurfes.

Jetzt werden Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wieder argumentieren, dass man das doch gleich mit ändern könnte. Sie haben auch durchaus recht, und ich will gar nicht in Abrede stellen, dass das Landesministergesetz überarbeitungswürdig ist. Aber wie die Regierung bereits bestätigt hat, wird es im ersten Quartal 2012 genau hierzu einen Gesetzentwurf geben. Also ein wenig Geduld bitte!

Lassen Sie uns erst einmal wieder auf eine sachliche und konstruktive Ebene zurückkehren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie und sachlich!)

und unsere Arbeit und Kraft gemeinsam für unser Land einsetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ein guter Anfang wäre zum Beispiel, wenn es bei künftigen Anpassungsgesetzen ohne die Ausweisung der Rechenoperationen als Anhang käme. Die können auf dem Erlassweg bekannt gemacht werden. Dieses ist ein erster Schritt hin zu mehr Deregulierung.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, Deregulierung!)

Die SPD-Fraktion lehnt den Antrag der Linksfraktion auf Drucksache 6/194 ab. Ich bitte Sie im Namen der SPD-Fraktion, der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU: Frau Rösler, wir wollen doch konstruktiv arbeiten, ziehen Sie mal den Antrag zurück!)

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Gundlack, ich hatte ja erwartet, dass Sie wieder mit diesen Vorwürfen kommen, und ich muss Ihnen sagen, die treffen mich überhaupt nicht.

(Torsten Renz, CDU:
Das wirft neue Fragen auf. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig, Jeannine.)

Heute macht der Landtag endlich den Weg frei für die Anhebung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern, das Tarifergebnis wird zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, mein Kollege Torsten Koplin, hat bereits die wesentlichen Änderungen bei den Dienst-, Anwärter-, Amts- und Versorgungsbezügen vorgestellt. Den meisten Punkten stimmen wir zu, ich will mich daher kurz halten.

Die Anpassung der Einkommen für die Beamtinnen und Beamten ist richtig. Sie wird von uns unterstützt. Wir bedauern aber, dass der Landtag erst heute darüber entscheidet.

(Heinz Müller, SPD: Tja.)

Bereits seit März dieses Jahres liegt das Tarifergebnis vor. Das ist neun Monate her.

(Torsten Renz, CDU: Am 10. April wurde das erst beschlossen.)

Wir meinen, dass der Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause im alten Landtag hätte beraten und verabschiedet werden können.

(Heinz Müller, SPD: Deshalb machen wir das rückwirkend. –
Torsten Renz, CDU: 10. April.)

Meine Damen und Herren, ich will aber vor allem auf einen anderen Punkt hinweisen, Herr Gundlack hatte das schon angesprochen. Die Anhebung der Bezüge gilt nach diesem Gesetz auch für die Ministerinnen und Minister der Landesregierung. Das ist in Ordnung. Die Absenkung des Versorgungsniveaus für die Beamtinnen und Beamten soll für die Mitglieder der Landesregierung aber nicht gelten. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir erwarten, dass nicht nur Verbesserungen, sondern auch Verschlechterungen, also Einschnitte bei den Beschäftigten, ebenfalls von den Mitgliedern der Landesregierung nachvollzogen werden. Anderenfalls koppelt sich die Landesregierung ab. Auch die Ministerinnen und Minister sollten die Heraufsetzung des Rentenalters und die Kürzung von Rentenanwartschaften durch die sogenannten Rentenreformen zu spüren bekommen, oder nicht?

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Helmut Holter, DIE LINKE)

Die derzeitige Rechtslage in Mecklenburg-Vorpommern aber lautet: Gehaltserhöhung ja, Rentenkürzung nein. Das kann nicht richtig sein. Fast alle anderen Bundesländer haben in ihren Ministergesetzen die Mindest- und Höchstversorgungsansprüche längst abgesenkt, Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Meine Damen und Herren, DIE LINKE hat dazu einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, das Versorgungsniveau der Mitglieder der Landesregierung dem Versorgungsniveau aller anderen Beamtinnen und Beamten des Landes anzupassen, sprich abzusenken. Aber nein, das sollte nicht sein.

(Heinz Müller, SPD: Doch.)

SPD und CDU haben fadenscheinige Gründe für die Ablehnung geliefert und darauf verwiesen,

(Torsten Renz, CDU: Warum stellen Sie den Antrag denn nicht hier im Landtag?)

dass die Landesregierung an einer Lösung arbeite, natürlich schon seit Langem, ist ja klar. Das glauben Sie doch selber nicht! Aber was solls! Man nennt dies wohl eine Notlüge. DIE LINKE hat den Finger in die Wunde gelegt, aber anstatt die Wunde hier und jetzt zu behandeln, humpeln SPD und CDU lieber noch ein paar Monate vor sich her, nur damit sie einer Initiative der LINKEN nicht zustimmen müssen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: So ist es.)

Wie kindisch, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Warum ziehen Sie den Antrag nicht zurück und bringen nicht ein, wovon Sie jetzt gesprochen haben?)

Meine Damen und Herren, Sie haben es sicher schon bemerkt, meine Fraktion gibt auf die Versprechungen der Koalition wenig, solange nichts auf dem Tisch liegt. Zu oft wurden wir getäuscht, zu oft enttäuscht. Deswegen ist es ratsam und sinnvoll, dass der Landtag heute einer EntschlieÙung fast Druck macht und die Landesregierung klar in die Pflicht nimmt, ihr eigenes Ministergesetz endlich bis März nächsten Jahres anzupacken. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserer EntschlieÙung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heinz Müller, SPD: Demnächst noch ein Antrag, dass im Osten die Sonne aufgeht.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beamten und Beamtinnen in Mecklenburg-Vorpommern leisten hervorragende Arbeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)

Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und den Dank der CDU-Landtagsfraktion aussprechen, weil das nämlich das eigentliche Thema ist, was wir heute behandeln wollen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da stellt sich nämlich die Frage: Was wollen wir tun? Da gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder lenken wir vom

eigentlichen Thema ab und arbeiten mit Scheinanträgen und versuchen so wie DIE LINKE, ihr politisches Kapital zu schlagen, oder wir sagen ganz deutlich, wir wollen diese Leistung, die die Beamten in unserem Land erbringen, honorieren. Das wollen wir, deswegen handeln wir als Koalition,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawoll, sehr gut.)

deswegen übernehmen wir den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder und übertragen ihn wirkungs- und zeitgleich für die Beamten in diesem Land in Mecklenburg-Vorpommern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut, Herr Renz.)

Das ist ein großer Erfolg und ich will an dieser Stelle auch deutlich sagen, es ist keine Selbstverständlichkeit, was wir hier machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

und das will ich auch anhand von Zahlen belegen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, denn dieses Verfahren, dieses Vorgehen, das wird, wenn wir die 16 Bundesländer nehmen, nur sechsmal praktiziert. Nur sechsmal wird zeit- und wirkungsgleich die Übertragung des Tarifergebnisses aus dem öffentlichen Dienst vorgenommen.

Insofern will ich deutlich sagen: Das ist eine große Leistung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Das hängt natürlich, und die Grundlage ist auch darin zu sehen, mit einer guten Finanzpolitik zusammen, die wir hier in diesem Land tätigen. Vor diesem Hintergrund, was die eigentliche Problematik betrifft, ist eigentlich alles gesagt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Dann setz dich doch!)

Aber, meine Damen und Herren von den LINKEN, das kann ich Ihnen natürlich auch nicht durchgehen lassen, was Sie hier veranstalten mit Ihrem Scheinantrag. Wie Sie agieren und was Sie hier inhaltlich versuchen, auf den Weg zu bringen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

da kann ich nur sagen, das ist aus unserer Sicht eine Neiddebatte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Völlig
neues Argument in der Debatte!)

die Sie hier wahrscheinlich starten wollen. Und ich möchte Sie erinnern an Ihre Aufgabe, die auch der Ministerpräsident heute Morgen noch einmal benannt hat.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie haben eine Aufgabe nach Artikel 26,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mit Ihnen
Glühwein zu trinken. Das habe
ich heute schon dreimal gehört.)

nämlich Oppositionsarbeit zu leisten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Nicht nur! Nicht nur!)

Ihr Fraktionsvorsitzender hat selbst gesagt, es kommt auf die Qualität an, und die Qualität ist eben nicht so ein Antrag, sondern Qualität hat zum Beispiel ein Gesetzesentwurf. Wenn Sie dann so schlau sind, dann sollten Sie wohl auch in der Lage sein, einen eigenen Gesetzesentwurf hier einzubringen, und nicht mit Entschließung und Ähnlichem arbeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da bin ich ja gespannt,
was Sie dann zu unserem Gesetzesentwurf sagen.)

Ich will Ihnen sagen, die Qualität, wie Sie hier agieren, ich bin da sehr vorsichtig mit den Begriffen, aber in diesem Fall muss ich sagen, es ist einfach eine Lachnummer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Sie stellen im Ausschuss zwei Anträge vor. Zwei! Den einen haben Sie jetzt eliminiert. Frau Rösler hat zwar zu diesem Antrag immer noch gesprochen, das Versorgungsniveau abzusenken. Von den Versorgungsempfängern im Ruhestand haben Sie gar nicht mehr gesprochen, Frau Rösler. Das haben Sie im Ausschuss auch beantragt. Sie haben dann die Begründung von dem Ursprungsantrag, den ich eben kurz skizziert habe, einfach einmal genommen und sie fast 1:1 in die jetzige Entschließung gepackt. Die Entschließung hatte damals im Ausschuss gar keine Begründung. Sie haben das natürlich ein bisschen verändert. Vorher war eine Novelierungsbedürftigkeit beim Ministergesetz festgestellt worden von Ihnen. Zwei Wochen später steht jetzt das Wort „dringend“ da.

Das ist natürlich eine ganz andere, eine neue Qualität. Das muss man hier an dieser Stelle einfach einmal feststellen. Aber ich habe Ihnen das auch schon gesagt, Ihr politisches Agieren in der Sache, das habe ich Ihnen schon im Finanzausschuss gesagt, da fehlen mir nicht die Worte,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hätte ich nie vermutet! – Zuruf
von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

da brauchen Sie keine Angst zu haben, Herr Ritter.

Fakt ist, wenn Sie selbst darauf verweisen, dass für diese Regelungsmöglichkeit das Versorgungsänderungsgesetz aus dem Jahr 2001 herangezogen wird, dann frage ich mich doch: Wo waren Sie von 2001 bis 2006 in diesem Land, insbesondere auch die Mitglieder, die Sie gestellt haben für die Landesregierung? Sie haben ausreichend Zeit gehabt – fünf Jahre –, darüber nachzudenken, ob Sie ein Ministergesetz ändern,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Lieber spät als nie, Herr Renz.)

auf das Sie sicherlich zu Recht hinweisen, wenn Sie dort von den vier Jahren sprechen mit den Versorgungsansprüchen.

(Heinz Müller, SPD: Das
Sein bestimmt das Bewusstsein,
auch wenn es von Marx ist.)

Dann hätten Sie schon längst handeln können von 2001 bis 2006.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Lieber spät als nie!)

Aber jetzt, fast zehn Jahre später, haben Sie plötzlich eine Erleuchtung, im Jahr 2011, kurz vor Jahresschluss, haben Sie nach über zehn Jahren die Erleuchtung, da muss etwas geändert werden. Ja, wahrscheinlich haben Sie sich erst einmal mit sich selbst beschäftigt in der Zeit der Opposition. Da haben Sie dafür gesorgt, dass die Linken bei den LINKEN eliminiert werden, um sich ein wenig geschmeidig zu machen für Regierungsarbeit. Das hat Ihnen aber in dem Sinne auch nichts genutzt. Politisch, will ich nur sagen, Sie haben sich dadurch eher geschwächt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eijejei.)

weil Sie Ihre linken Positionen gar nicht mehr richtig transportieren können. Sie sind als Opposition in dem Fall schwach aufgestellt. Aber Sie haben geschickterweise gewartet bis nach der Landtagswahl und jetzt kommen Sie und sagen, jetzt müssen wir plötzlich das Ministergesetz ändern, nachdem Sie festgestellt haben, Sie sind auf den harten Bänken der Opposition gelandet, zu Recht. Jetzt haben Sie es plötzlich festgestellt. Ich will Ihnen einfach nur sagen: Ich bin fest davon überzeugt, wenn Sie in der Regierung gelandet wären, hätten Sie diesen Antrag gar nicht gestellt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wär!)

Insofern muss ich sagen, das, was Sie hier abliefern, ist einfach nur billig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Jetzt zum eigentlichen Verfahren.

Der Kollege Gundlack hatte es angekündigt schon einmal mit einer Pressemitteilung und hat es hier heute noch einmal wiederholt. Ich denke, das sind klare Worte, wenn er hier sozusagen das Versprechen der Regierungsbank benennt, gleichzeitig das auch verbindet mit dem Votum der SPD-Landtagsfraktion, so habe ich das verstanden, dass wir konkret an einem Gesetzentwurf in naher Zukunft – ich glaube, Sie haben gesagt, im ersten Quartal – arbeiten werden.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Ich bin da ganz entspannt und ich denke, wir sollten so viel Vertrauen haben, auch zu unserer Landesregierung. Was den Part Gerechtigkeit, Gerechtigkeitsempfinden betrifft, habe ich da keine Zweifel, keine Zweifel aus Sicht der CDU-Fraktion, dass wir dieses Thema hier gemeinsam anpacken werden und dann behandeln, wenn es darauf ankommt. Jetzt geht es um den verdienten Lohn der Beamten in diesem Land. Insofern stehen wir dafür zur Verfügung und die CDU stimmt diesem Gesetzentwurf zu. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Uns liegt der Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst-, Anwärter-, Amts- und Versorgungsbezügen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie, und das ist interessant, zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vor.

Hauptanliegen der Beschlussvorlage ist die Übernahme der Einigung der Tarifparteien vom 10. März 2011 auf den Beamtenbereich. Diese zeit- und wirkungsgleiche Übernahme ist richtig. Die Beamtinnen und Beamten haben sich diese Übernahme verdient. Deswegen stimmt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieser Übernahme in der vorliegenden, vom Finanzausschuss empfohlenen Form zu.

(Stefan Köster, NPD: Hervorragend.)

Die Beschlussvorlage enthält zudem in geringem Umfang Korrekturen und Klarstellungen im Landesbesoldungsgesetz und im Beamtenversorgungsgesetz. Diese seien, so steht es in der Drucksache 6/70 nachzulesen, wegen der Sach- und Regelungsnähe notwendig. Zweckmäßigerweise ist das gleich mitbehandelt worden. Dagegen ist auch überhaupt nichts einzuwenden. Zweckmäßigerweise hätte aber ebenso wegen Sach- und Regelungsnähe auch das Landesministergesetz bezüglich der Regelung zum Eintrittsalter für das Ruhegehalt sowie zur Höhe des Versorgungsniveaus mitbehandelt werden können.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Hier steht insbesondere eine inhaltsgleiche Übertragung der Reform der Beamtenversorgung auf die Landesminister hinsichtlich der Absenkung des Versorgungshöchstsatzes von 75 auf 71,75 Prozent an, so, wie es die Fraktion DIE LINKE im Finanzausschuss beantragt hatte und – nun natürlich in kürzerer Form – in dem eingereichten Änderungsantrag 6/194 nochmals hier im Plenum beantragt hat.

Als junge Fraktion war uns dieser, ich nenne es mal, Übertragungsmisstand zuvor nicht bekannt, wir greifen diese Initiative der LINKEN aber gerne auf. Aber auch DIE LINKE scheint diesen Misstand, das entlastet uns vielleicht auch als junge Fraktion, erst kürzlich erkannt zu haben,

(Torsten Renz, CDU: Ja, genau.)

obwohl dieser fast auf den Tag genau seit zehn Jahren besteht.

(Torsten Renz, CDU: Sie wussten das schon immer, sie haben nur nicht gehandelt, das passte nicht ins Konzept.)

Nachdem die Regierungskoalition ...

Ja, nun lassen Sie mich doch mal ausreden.

(Torsten Renz, CDU: Jederzeit.)

Nachdem die Regierungskoalition die Novellierung des Landesministergesetzes für das Frühjahr 2012 angekündigt hat, begrüßen wir nun ausdrücklich das Bekennt-

nis aller großen Fraktionen, diesem Missstand nach zehn Jahren baldmöglichst abzuwenden. Sicherheitshalber stimmen wir dem Änderungsantrag der LINKEN zu.

Eine kleine Bemerkung sei mir am Rande noch zu den vielen Berichtigungsanträgen der Regierungskoalition im Finanzausschuss gestattet. Mit welcher Larmoyanz die Regierungskoalition Anträge der Opposition wegen Kleinigkeiten in der Ausführung wegstimmt, wird dem permanenten Umstand nicht gerecht, dass in den Ausschüssen fehlerhafte Gesetzesvorlagen der Landesregierung ausgebessert werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
„Arroganz der Macht“
nennt man das.)

Das kann man machen. Das Parlament und seine Ausschüsse sind unbenommen der ultimative Stresstest für jede Gesetzesvorlage und jeden Antrag. Dieses Sicherheitsnetz rate ich aber, nicht über die Maßen zu strapazieren. In diesem Sinne könnte ich mir vorstellen, dass beim Qualitätsmanagement innerhalb der Ministerien Verbesserungen angezeigt sind, insbesondere mit dem Wissen, dass der Landtag und die Landesregierung zum Beispiel von den Hochschulen und anderen untergeordneten Behörden eine mit hohem Aufwand betriebene Qualitätssicherung gesetzlich abverlangen. Dieses sollte nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst-, Anwärter-, Amts- und Versorgungsbezügen des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2011/2012 sowie zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften auf der Drucksache 6/70.

Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/186 anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 7 sowie die Überschrift einschließlich der Anlagen entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 7 sowie die Überschrift einschließlich der Anlagen entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Enthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/186 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/186 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der

LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/194 abstimmen, der die Einfügung einer EntschlieÙung beinhaltet. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/194 mit den Stimmen der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung der Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktionen der CDU und SPD ablehnt.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt Ihnen auf Drucksache 6/187 ein Antrag zum Thema „Winterabschiebestopp für Angehörige der Roma-Minderheit nach Serbien und in das Kosovo“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Bitte, Frau Abgeordnete Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Ich möchte es doch kurz begründen, denn der Winter steht vor der Tür und von daher ist die Dringlichkeit geboten. Ich bitte um die Zustimmung ...

(Torsten Renz, CDU: Die
Wahrscheinlichkeit: zehn Prozent.)

Na, die Wahrscheinlichkeit – wir wissen nicht, wie der Klimawandel sich noch auswirkt, aber wir haben den meteorologischen Winter und von daher sollten wir doch hier der Dringlichkeit gebieten und ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Können
wir bei dem Thema ernst bleiben, ja? –
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Alles andere ist
dem Anlass nicht angemessen.)

Genau.

... die Flüchtlinge hier in Mecklenburg-Vorpommern zumindest für diese Zeit nicht abschieben.

(Torsten Renz, CDU: Das war
plausibel, das gebe ich zu.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Die Gegenrede ist gewünscht. Bitte, Herr Abgeordneter Pastörs.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Darf der überhaupt noch reden? –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Der darf doch gar nicht reden. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Der
hat doch Wortenzug.)

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Zunächst einmal die Feststellung, dass der Klimawandel nicht nur der Zigeunerhaut etwas mehr Kälte beschert, sondern auch den vielen, vielen Zehntausend Deutschen hier in Mecklenburg-Vorpommern, die ihre Ölrechnung nicht mehr bezahlen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Wir sagen, dass diese Leute auf der Grundlage gelten-den Rechts Gott sei Dank dahin abgeschoben werden müssen, wo sie hingehören, nämlich dahin, wo sie hergekommen sind.

(Zuruf aus dem Plenum: Pfui!)

Dieser Antrag ist auch nicht dringlich, weil sich die Richter und die Gerichte mit diesen Fällen beschäftigt haben und deswegen überhaupt kein Handlungsbedarf besteht, hier gegen geltendes Recht zu verstoßen. Ich beantrage daher, diesen überflüssigen Antrag abzuweisen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was anderes haben wir
von Ihnen auch nicht
erwartet.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich frage: Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Die Erweiterung der Tagesordnung ist mit der Zustimmung der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen worden.

Ich kann also davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der 7. Sitzung behandeln können. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zur Änderung des Staatsvertrages über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Drucksache 6/30, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 6/185.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zum
Staatsvertrag zwischen den Ländern
Niedersachsen, Sachsen-Anhalt
und Mecklenburg-Vorpommern zur
Änderung des Staatsvertrages über die
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/30 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**
– Drucksache 6/185 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zur Änderung des Staatsvertrages über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Drucksache 6/30.

Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/185 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes mit den Stimmen der SPD, der CDU und DIE LINKE angenommen, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entschuldigung.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/30 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/30 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/165.

**Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur
Änderung des Gesetzes zur Neuordnung
der Landkreise und kreisfreien Städte
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Landkreisneordnungsgesetz – LNOG M-V)**
(Erste Lesung)
– Drucksache 6/165 –

Das Wort zur Einbringung hat die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigen wir, das Landkreisneordnungsgesetz zu ändern. Die Regelungen zur Erhebung einer Altfehlbetragsumlage sollen aufgehoben werden. Was kann eine Streichung der Altfehlbetragsumlage aus dem Landkreisneordnungsgesetz bedeuten? Ich will Folgendes nennen:

Erstens. Größere Planungssicherheit für die betroffenen Gemeinden und nicht noch weitere finanzielle Belastungen.

(Torsten Renz, CDU: Das sind zwei unterschiedliche Sachen.)

Zweitens. Verhinderung beziehungsweise Verringerung von Animositäten im Prozess auch eines mentalen Zusammenwachsens der neuen Landkreise, denn auch hier dürfte gelten: Gleich und Gleich gesellt sich gern.

(Marc Reinhardt, CDU: Die anderen Gemeinden sind bestimmt froh, dass sie das mit übernehmen.)

Drittens könnten Landesregierung und Landtag unangenehme Rechtsstreitigkeiten in Greifswald erspart bleiben,

(Heinz Müller, SPD: Och!)

mit allen damit verbundenen Aufwendungen und Kosten.

(Heinz Müller, SPD: Da haben wir aber gar nicht so viel Angst.)

Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, Sie sind auf dem besten Wege, Ihr Konto finanzpolitischer Niederlagen in Greifswald deutlich zu überziehen.

Viertens. Schließlich ist diese Gesetzesänderung geeignet, einen tatsächlichen Dialog zwischen Land und kommunaler Ebene über die Altschuldenproblematik zu eröffnen.

(Marc Reinhardt, CDU: Na denn!)

Meine Damen und Herren, ich meine, dies sind einige gute und praktische Gründe, den vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE im Innenausschuss und im Finanzausschuss zu beraten. Wir beantragen deshalb die Überweisung.

Meine Damen und Herren, dass meine Fraktion die Altfehlbetragsumlage im Gesetzgebungsprozess abgelehnt hat, ist den Gesetzesmaterialien ebenso zu entnehmen wie die dafür vorgetragenen Gründe.

(Torsten Renz, CDU: Wie lautet Ihr Vorschlag zur Lösung des Problems?)

Die Vorschläge fanden bekanntermaßen keine parlamentarische Mehrheit.

(Marc Reinhardt, CDU: Aber da waren Sie noch nicht Abgeordnete, ne?!)

Das heutige Problem der Altfehlbetragsumlage liegt jedoch nicht mehr bei unseren Argumenten gegen diese Regelung.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Mit der kommunalen Verfassungsbeschwerde der Stadt Parchim gegen Paragraf 25 Landkreisneuordnungsgesetz treten die Argumente und Begründungen für diese Regelung ins Rampenlicht beziehungsweise vor das Gericht. Und diese Argumente sind erschreckend schwindsüchtig.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Beratungen im Landtag selbst noch einmal vor Augen halten, dann

finden wir keine Argumente für die Altfehlbetragsumlage. Entsprechende Änderungsanträge meiner Fraktion sowohl im Innenausschuss als auch im Rahmen der Zweiten Lesung wurden ohne Kommentar abgelehnt.

(Torsten Renz, CDU: Wie wollen Sie denn das Problem lösen?)

Somit bleibt allein die Begründung im Gesetzentwurf der Landesregierung. Und genau an dieser Stelle wird sich dann auch das Landesverfassungsgericht verwundert die Augen reiben. In der Gesetzesbegründung, Landtagsdrucksache 5/2683, Seite 168, ist zu erfahren, dass „nur die Gemeinden“ von einer Altfehlbetragsumlage „betroffen“ seien, „die in den bisherigen Kreisstrukturen in einem defizitären Altkreis durch die Festsetzung einer nicht auskömmlichen Kreisumlage finanzielle Vorteile hatten. Insofern gilt die Altfehlbetragsumlage als Nachholung der früher nicht erhobenen Kreisumlage.“

Meine Damen und Herren, mit dieser Begründung konstruieren Sie einen direkten Zusammenhang zwischen der Höhe der Kreisumlage und der Höhe der Altschulden beziehungsweise Fehlbeträge. Aber, Herr Innenminister, Sie haben diese Konstruktion nicht untersucht, nicht analysiert und auch nicht belegt. Und das Verfassungsgericht wird Ihnen diesen Konstruktionsfehler nachweisen.

Die Höhe der Kreisumlage steht eben nicht in direktem Zusammenhang zu der Höhe der Fehlbeträge. Nach den Altkreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern weist der Altkreis Güstrow den mit Abstand höchsten Fehlbetrag auf. Gleichzeitig aber war doch wohl der Altkreis Güstrow für seine sehr hohe Kreisumlage bekannt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber doch nicht zu der Zeit. – Torsten Renz, CDU: Den Istzustand kennen wir doch. Wie lautet denn Ihre Lösung?)

Der Fehlbetrag ist also keineswegs das Ergebnis zu niedriger Kreisumlagesätze, wie in der Gesetzesbegründung behauptet wird.

Meine Damen und Herren, die 500er-Regelung im FAG ist in Greifswald bereits gescheitert.

(Torsten Renz, CDU: Das ist aber wieder ein anderes Thema.)

Der Stadt-Umland-Umlage droht sehr wahrscheinlich das gleiche Schicksal.

(Heinz Müller, SPD: Na, schau'n wir mal! – Marc Reinhardt, CDU: Sind Sie das Orakel von Delphi? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Stimmen Sie daher einer Beratung unseres Gesetzentwurfes zu und ermöglichen Sie somit, dass das Landkreisneuordnungsgesetz im Ergebnis ein wenig kommunalfreundlicher und rechtssicherer wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke Ihnen.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat jetzt Herr Müller von der SPD-Fraktion.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Aussage aus der Begründung des uns vorliegenden Antrags ist richtig: Die Altfehlbetragumlage war, als wir das Landkreisneueordnungsgesetz im Innenausschuss diskutiert haben, durchaus umstritten. Allerdings, die mündliche Darstellung, die wir jetzt hier bekommen haben, trifft die Wirklichkeit nicht ganz. In dieser Darstellung fehlt zum Beispiel, dass es während der Diskussion des Innenausschusses durchaus Stimmen gab, ich möchte hier beispielhaft auf die Aussage des damaligen Landrates von Nordvorpommern und heutigen Landrats von Nordvorpommern-Rügen verweisen, der gesagt hat, es war falsch, eine Fehlbetragsumlage lediglich als Sollbestimmung vorzusehen, sondern der verlangt hat, dass daraus eine Mussbestimmung wird.

Also, liebe Frau Rösler, und meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in der kommunalen Familie ist diese Regelung durchaus umstritten, aber bitte in beide Richtungen und nicht nur in der einen, in der Sie es dargestellt haben.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein schwieriges Thema und ein kontroverses Thema, ein Thema, bei dem wir letztlich im Innenausschuss und auch hier im Landtag eine Lösung gefunden haben, eine Lösung, die jetzt von der Stadt Parchim beklagt wird.

Dazu will ich gerne feststellen, dass es selbstverständlich legitim ist, dass eine kommunale Körperschaft gegen eine solche gesetzliche Regelung eine Klage erhebt. Ich denke auch, dass es der Respekt vor dem Verfassungsgericht gebietet, dass wir zunächst einmal abwarten, was das Verfassungsgericht denn entscheidet. Blicke in die Glaskugel, was denn in diesen oder in anderen Fällen wahrscheinlich oder ganz sicher, sobald einem das politisch so in den Kram passt, vom Verfassungsgericht entschieden werden wird, sollten wir uns vielleicht verknäueln, sondern sollten sagen: Wir warten einfach mal das Urteil des Verfassungsgerichtes ab.

Bei Klagen wie von der Stadt Parchim, diese Bemerkung kann ich mir allerdings dann doch nicht verknäueln, haben wir in der Vergangenheit allerdings schon erlebt – ich denke an die Klage zum Thema Kindertagesförderungsgesetz –, dass die Klagen der Stadt Parchim nicht immer so argumentativ unteretzt sind, dass das Verfassungsgericht ihnen folgen kann. Da haben wir schon Urteile gehabt, die da sehr, sehr anders aussahen.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Gesetz ist beschlossen worden. Das Gesetz wird beklagt. Warten wir ab. Das wäre eigentlich ein vernünftiges Verfahren. Es gibt aus meiner Sicht überhaupt keinen Grund, jetzt einen Vorschlag zu machen, dieses Gesetz zu ändern. Denn was machen Sie, liebe Frau Rösler, wenn das Gericht sagt, diese Regelung ist in Ordnung?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann kann man es immer noch ändern.)

Dann haben wir politisch etwas entschieden, was wir hier mehrheitlich für richtig hielten. Dieses hat vor dem Verfassungsgericht Bestand und damit haben wir eine völlig korrekte Lösung.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Auch das ist Glaskugel.)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Grund für eine Gesetzesänderung gibt es nicht

(Helmut Holter, DIE LINKE: Doch. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Unser
Gesetzentwurf ist der Grund.)

und deswegen werden wir hier – und da spreche ich für die Koalition – Ihren Gesetzentwurf auch ablehnen, wir werden ihn auch nicht in die Ausschüsse überweisen, sondern wir werden ihm die Antwort geben, die er verdient: Wir haben dieses Thema in den Ausschüssen längst diskutiert und wir werden deshalb den Entwurf ablehnen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Machen wir
einen Antrag, ist es falsch. Machen wir
einen Gesetzentwurf, ist es falsch. Jetzt
sagen Sie doch mal, was wir machen sollen.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, was mich dann doch ein wenig betroffen macht, ist die Sache selbst, denn wir alle kennen die Situation. Wir vereinen durch Gesetz zwei oder mehrere kommunale Körperschaften, von denen die einen einen Fehlbetrag mitbringen und die anderen keinen Fehlbetrag mitbringen. Und wir treffen hier eine Regelung, die sagt, die, die aus dem Kreis kommen, der einen Fehlbetrag mitbringt, die sollen zu einer Sonderumlage herangezogen werden. Und da sagen uns die Freunde von den LINKEN: Na das streichen wir mal einfach.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, taucht doch sofort die Frage auf: Und was machen wir mit dem Fehlbetrag? Wer trägt denn dann die Schulden?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Müller!)

Dann sagt uns Frau Rösler: Ja, da wollen wir keine Animositäten zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften aufkommen lassen. Das heißt doch, wir behandeln alle gleich. Das heißt, die Gemeinden, die aus dem Kreis kommen, der keine Altfehlbeträge mitbringt, die sollen das mitbezahlen. Ja, glauben Sie denn ernsthaft, dass nicht gerade das zu Animositäten führt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist
aber nicht unsere Argumentation,
Herr Müller, das wissen Sie genau.)

wenn Gemeinden für Schulden aufkommen sollen, die sie überhaupt nicht gemacht haben? Ich glaube, diese Lösung ist keine, die den Frieden auf der kommunalen Ebene stärkt. Das ist keine Lösung, die gangbar ist, das einfach dem gesamten Kreis aufzubürden.

Als ich das gesehen habe, habe ich mir dann gedacht, na, da werden die LINKEN ja wieder mal mit dem Üblichen kommen: Das Land soll doch einfach die Schulden übernehmen. Aber, Wunder über Wunder, man schaue sich den Entwurf genau an, da steht im Vorblatt, dem

Land entstehen keine Kosten. Das heißt, das Land wird auch nicht die Körperschaft sein, die diese Fehlbeträge, diese Schulden übernimmt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Dann frage ich Sie allerdings, liebe Frau Rösler und liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN: Wo gehen wir denn dann mit den Schulden hin? Wir können doch nicht dadurch, dass wir sagen, die möchten wir nicht bezahlen, diese aus der Welt schaffen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber vielleicht klappts ja.)

Sie sind ja da und irgendwer muss sie tragen. Aber das ist vielleicht grundsätzlich das Problem der Fraktion der LINKEN bei ihrem Umgang mit Geld. Man macht erst mal Schulden und sagt: Och, wie das mit der Rückzahlung ist, das schauen wir dann mal, das wird sich schon irgendwie regeln.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist doch Ihrer unwürdig. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Nein, meine Damen und Herren, so geht es nicht,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Müller
redet und schwarze Wolken ziehen
auf. Das ist das Bild hier.)

denn wir brauchen eine sehr klare Regelung, wie denn diese Altfehlbeträge tatsächlich abgebaut und letztlich bezahlt werden sollen. Diese Regelung bleiben Sie uns schuldig. Und ganz nebenbei: In jeder ordnungsgemäß agierenden Gemeindevertretung wäre ein solcher Antrag damit gar nicht zulässig, denn auf der kommunalen Ebene haben wir eine Regelung, dass, wenn Mehrkosten entstehen, auch gesagt werden muss, wer die denn deckt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das gilt auch für Gesetzentwürfe.)

Diese Frage beantworten Sie hier nicht. Und von daher ist dieser Antrag eigentlich das Papier nicht wert, auf dem er steht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin schon deutlich gemacht: Wir als Landesregierung – und dieses im Dialog mit den kommunalen Verbänden, ich denke, der Entschuldungsfonds ist hierfür ein handfester Beweis – haben Wege, aber noch nicht bis in alle Details. Und da muss man mit der kommunalen Ebene reden, um hier das Problem zu mindern und letztlich das Problem zu lösen. Auf diesem Weg werden wir vorwärtsgehen und wir werden vernünftige Lösungen für unsere kommunalen Körperschaften finden.

Für die LINKEN kann ich nur sagen: Sie sollten Ihren Arbeitskreis Kommunales und Ihren Arbeitskreis Finanzen vielleicht zukünftig passend im griechischen Restaurant abhalten. Da gehört er hin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die hier vorgeschlagene Streichung des Paragraphen 25 des Landkreisneueordnungsgesetzes können wir wohl als klassischen Rückholantrag der LINKEN verstehen, denn Gleiches ist von ihr schon während des Gesetzgebungsverfahrens gefordert und beantragt worden.

(Torsten Renz, CDU:
Sehr höflich ausgedrückt. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig! Richtig!)

DIE LINKE, so darf ich das mal interpretieren, ist dabei von zwei Hauptargumentationen geleitet – einerseits von einem verfassungsrechtlichen Bedenken, andererseits von einem politischen Argument, wonach Gemeinden nicht für die Schulden des Altkreises in Haftung genommen werden sollen. Beide Argumentationen haben eine gewisse nachvollziehbare Relevanz, werden mit dem vorliegenden Antrag meiner Ansicht nach aber nur unzureichend bedient. Die juristisch schwierige Bewertung über die Angemessenheit eines Eingriffes in die Selbstverwaltungsrechte einer Gemeinde – diese haben immerhin Verfassungsrang – ist zumindest umstritten. Eine Klärung und abschließende Bewertung kann jedoch nur die Judikative treffen. Deswegen hielt ich es auch im Sinne der LINKEN für unglücklich, genau jetzt diesen Klärungsprozess durch Streichung der Rechtsgrundlage zu beenden, denn das Urteil des Landesverfassungsgerichtes könnte auch für andere Bundesländer und für die Zukunft Signal- und Präzedenzwirkung enthalten.

Die politische Argumentation, wonach Gemeinden nicht für die Schulden der Altkreise haften sollen, ist für uns aus mehreren Gründen nur teilweise richtig. Wir brauchen Entscheidungen im Interesse der Gemeinden und Kreise. Mit Blick auf das zukünftige Zusammenwachsen der neuen Landkreise wäre es aber falsch, nur einen Teil der Gemeinden innerhalb des Kreises per Umlage für Schulden des Altkreises zu belasten. Dies würde zu ungleichen Entwicklungsvoraussetzungen innerhalb eines Kreises führen und möglicherweise Strukturverwerfungen nach sich ziehen, die im Sinne eines nachhaltigen Zusammenwachsens der neuen Landkreise kontraproduktiv sind.

Unter dieser Voraussetzung, dass in Zukunft Bund und Land ihrer Verantwortung gegenüber den Kommunalfinanzen besser als bisher nachkommen, muss es aber auch vor Ort flexible und maßgeschneiderte Strategien der Altschuldentilgung geben. In manchen Kreisen ist möglicherweise die alleinige Altschuldentilgung durch den Kreis die beste Lösung, in anderen Kreisen vielleicht auch durch eine Umlage der Gemeinden des Altkreises, in wieder anderen Kreisen ist möglicherweise eine Kraftanstrengung aller Gemeinden und des Kreises sinnvoll, um entwicklungsstrukturelle Verwerfungen im Kreisgebiet zu vermeiden. In diesem Sinne äußerte sich der Vorsitzende der GRÜNEN-Fraktion des Landkreises Rostock Rüdiger Zölllick, dass man einen Teil der Gemeinden nicht mit den Schulden allein im Regen stehen lassen könne. Das ist keine bequeme, aber dafür eine sehr verantwortungsvolle Position, wie ich finde.

Die bisherige Regelung des Paragrafen 25 Landkreisneuordnungsgesetz ist für solche maßgeschneiderten Tilgungsstrategien zu inflexibel. Die Umlage auf die Altkreisgemeinden wird in Paragraf 25 mit dem Wort „sollen“ in Form einer imperativen Regelung dem Landkreis regelrecht vorgeschrieben und abverlangt. Hier komme ich, wie gesagt, zu einer anderen Einschätzung als der Herr Abgeordnete Müller von der SPD,

(Heinz Müller, SPD: Das ist legitim.)

denn „sollen“ ist ein sogenannter erwünschter Imperativ des Landesgesetzgebers. Die Kreise haben hier eigentlich keine Spielräume, davon abzuweichen.

(Heinz Müller, SPD: „Sollen“ heißt müssen, wenn können.)

Genau.

Eine entsprechend deutlichere Öffnungsklausel zur Erweiterung des Entscheidungsspielraums vor Ort könnte hierbei Abhilfe schaffen. Den Paragrafen 25 aber einfach ganz zu streichen, würde die Rechtsgrundlage für eine Umlage völlig entziehen und wäre auch keine optimale Lösung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde es demnach begrüßen, den Gesetzentwurf im Innenausschuss sowie im Europa- und Rechtsausschuss nochmals zu beraten

(Marc Reinhardt, CDU: Der auch noch.)

und dort die Möglichkeiten einer deutlichen Öffnungsklausel für den jetzigen Paragrafen 25 im Landkreisneuordnungsgesetz zu suchen. Sollte der Gesetzentwurf der LINKEN nicht in die Ausschüsse überwiesen werden, wird sich meine Fraktion der Stimme enthalten, da weder die gültige Regelung noch der vorliegende Änderungsvorschlag eine adäquate Lösung der Sachverhalte vor Ort liefern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke.

Das Wort hat jetzt von der Fraktion der CDU Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel des Landkreisneuordnungsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern war es und ist es, zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen zu schaffen beziehungsweise zu erhalten. Diese sollen dauerhaft in der Lage sein – und das, glaube ich, wollen wir alle –, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, die notwendige Infrastruktur vorzuhalten und insbesondere ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen. Dies setzt – und das ist, glaube ich, allen bewusst – eine dauerhafte Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene und eben auch der Landkreise voraus.

Ich möchte deshalb ausdrücklich hervorheben, dass die Altfehlbetragsumlage eingeführt wurde, um die neuen Landkreise zu entlasten und ihnen einen möglichst schuldenfreien Start zu ermöglichen, denn eigentlich waren alle alten Landkreise verpflichtet, zur Landkreis-

neuordnung am 5. September 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies haben aber nicht alle Landkreise, und das wissen wir ja, geschafft, ob aufgrund eigenen Verschuldens oder anderer Gründe – wir haben davon ja schon einiges gehört heute – sei jetzt hier mal dahingestellt. Darum geht es im Grunde eigentlich auch nicht.

Grundsätzlich ist es so, wenn eine Rechtspersönlichkeit aus dem Rechtsverkehr verschwindet, dann übernimmt der Rechtsnachfolger alle Rechte, aber auch Pflichten. Nach der Landkreisneuordnung wäre nun also der Neukreis als Rechtsnachfolger für die Abtragung der Altfehlbeträge zuständig. Da sich die neuen Landkreise aber oftmals aus Landkreisen mit und ohne Altfehlbeträge zusammensetzen, hätten die Gemeinden des Landkreises ohne Fehlbeträge für die Schulden eines anderen Landkreises aufkommen müssen. Auch bei unterschiedlich starker Verschuldung wären alle Gemeinden des neuen Landkreises gleichmäßig an der Tilgung beteiligt gewesen. Um diese Ungerechtigkeiten zu vermeiden, wurde die Altfehlbetragsumlage im Landkreisneuordnungsgesetz verankert. Danach sind für die Altfehlbeträge eines Kreises auch nur die Gemeinden des Altkreises heranzuziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle wissen, die Haupteinnahmequelle eines Landkreises ist die Kreisumlage, die der Landkreis von den kreisangehörigen Gemeinden erhebt. Im Rahmen des Verfassungs- und des Haushaltsrechts sowie der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit steht den Landkreisen bei der Festsetzung der Kreisumlage ein Gestaltungsspielraum zu. Aufgrund dieser Tatsache und der dennoch hohen Verschuldung mancher Landkreise konnte der Landtag der letzten Legislatur davon ausgehen, dass die Kreisumlage eines verschuldeten Altkreises eben nicht hoch genug war und ein wirtschaftliches Handeln des Altkreises somit nicht gewährleistet war. Diese finanziellen Vorteile der Vorjahre müssen nun von den Gemeinden des Altkreises nachträglich ausgeglichen werden.

Das Land lässt die Gemeinden der Altlandkreise aber nicht mit ihren Schulden im Regen stehen. Um den Abbau der Altfehlbeträge zu erleichtern, erhalten die neuen Landkreise eine vom Land finanzierte Strukturbeihilfe von 12 Millionen Euro. Die erste Rate erhielten die Neulandkreise bereits zum 31.10.2011, die zweite Rate kommt am 30. April 2012 und zusätzlich erhalten die neuen Landkreise zum 01.01.2013 weitere 12 Millionen Euro als Anschubfinanzierung. Zusätzlich haben wir, haben die Koalitionspartner – und das haben wir ja auch schon oft genug diskutiert – einen Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro vereinbart. Auch dieser soll den Landkreisen, kreisfreien Städten und den großen kreisangehörigen Städten zur Haushaltskonsolidierung, und dort speziell zum Abbau der Altschulden, dienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung und der Landtag wollten mit der Umsetzung der Kreisstrukturreform nicht, dass schuldenfreie Städte und Gemeinden für die Schulden anderer Kommunen bezahlen müssen. Würde es die Altfehlbetragsumlage nicht geben, wären letztlich alle Gemeinden des neuen Landkreises über die Kreisumlage zur Deckung bestehender Althilfebeträge heranzuziehen. Dies wäre gegenüber Gemeinden, die in und mit ihrem Landkreis sparsam gewirtschaftet haben, äußerst ungerecht. Um die Gemeinden des defizitären Altkreises nicht zu sehr zu be-

lasten, sind die neuen Landkreise bei der Erhebung der Altfehlbetragsumlage natürlich gehalten, die finanzielle Leistungsfähigkeit der betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dieses Vorgehen nicht auf breite Zustimmung bei den Gemeinden von defizitären Altkreisen stößt, dessen bin ich mir bewusst. Eine Gemeinde strebt deshalb – und das haben wir heute schon gehört, die Stadt Parchim ist es – vor dem Landesverfassungsgericht eine Überprüfung dieser Regelung an. Das Urteil wird für Ende Januar 2012 erwartet. Aus Respekt vor dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes sollte die Entscheidung dieses Gerichts abgewartet werden. Erkenntnisse, die ein sofortiges Handeln erzwingen, liegen nicht vor und konnten von der Linksfraktion aus meiner Sicht auch nicht entsprechend dargelegt werden. Insofern lehnen auch wir den Gesetzentwurf ab und werden auch einer Überweisung nicht zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Altfehlbetragsumlage geht es nicht in erster Linie um Geld, sondern um Demokratie. Seit 21 Jahren gibt es in Mecklenburg-Vorpommern Landkreise und Kreistage. Jedes Jahr wurde in diesen Kommunalvertretungen lang und breit der Haushalt diskutiert in Erster und in Zweiter Lesung und dann auch beschlossen. Zu den umstrittensten Punkten gehörte dabei immer die Kreisumlage. Wie es die 1990 einmarschierten Westparteien gelehrt und die Einheimischen brav gelernt haben, hat die jeweilige Mehrheit in diesen Diskussionen demokratisch entschieden, ob die Kreisumlage erhöht wurde und, wenn ja, in welchem Ausmaß. Und dabei sollte es eigentlich auch bleiben in einem Staat, der sich so penetrant immer demokratisch nennt.

Durch die im Paragraphen 25 Landkreisneuordnungsgesetz normierte Altfehlbetragsumlage wird jetzt aber ein Großteil dieser Entscheidungen nachträglich aufgehoben, denn, wie es in der Begründung der Beschlussvorlage auch heißt: „Für den Landesgesetzgeber gilt die Altfehlbetragsumlage ‚als Nachholung der früher nicht erhobenen Kreisumlage‘“. 20 Jahre kommunale Parlamentsarbeit werden mit einem Federstrich einfach hinweggefegt. Wozu sollen sich das Ehrenämter, die gerade geehrt wurden, eigentlich noch antun, sich ins nicht gerade einfache Haushaltswesen einzuarbeiten und sich durch die Zahlenkolonnen zu wühlen, vielleicht noch zusätzlich zum Kreistag im Finanzausschuss, wenn hinterher sowieso auf Diktatur umgeschaltet wird?

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Die Landesregierung hätte die Möglichkeit gehabt, in all diesen Jahren die Haushaltssatzungen, die eine für ihren Geschmack zu niedrige Kreisumlage enthielten, nicht zu genehmigen. Aber sie hat die meisten Haushaltssatzungen dann doch genehmigt und damit auch einen Vertrauenstatbestand geschaffen, von dem sie jetzt nichts mehr wissen will. Und zu welchem Zweck? Um Schulden

zu verschieben von einer kommunalen Ebene, den Kreisen, zur anderen, den Gemeinden.

Die Gesamtschulden der sogenannten kommunalen Familie bleiben gleich, ein Nullsummenspiel, eine völlig sinnlose Aktion, zumal Gemeinden, die durch die Altfehlbetragsumlage in existenzielle Schwierigkeiten geraten sollten, sowieso gerettet werden müssen, dann vielleicht durch Sonderzuschüsse der Kreise, die diesen dann von der Landesregierung aufgedrückt werden, Hauptsache, die Landesregierung kann mit einem ausgeglichenen Haushalt protzen, immer schön auf Kosten der kommunalen Ebene. Schade um die vielen Arbeitsstunden, die in diese Pseudoreform investiert wurden, und um die zahllosen Anhörungen und Sitzungen und das tonnenweise gedruckte Papier. Nicht nur diese Altfehlbetragsumlage muss weg, sondern das gesamte absurde Großkreisprojekt,

(Torsten Renz, CDU: Und Sie.)

das eine Schnapsidee war und ist.

Und Sie auch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Wollen wir mal hoffen, dass die angerufenen Gerichte im richtigen Sinne entscheiden. Wenn nicht, müsste das Gesetz in der Tat geändert werden. Wir stimmen jedenfalls für diesen Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie schön.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ich in dieser Debatte von den Koalitionsfraktionen wirklich vermisst habe, ist die Feststellung, dass die Enttäuschung bei uns so tief sitzt, dass wir nicht auf der Regierungsbank sitzen, die Empfehlung an uns, mit dem Ministerpräsidenten heute am Rande der Weihnachtsfeier Glühwein zu trinken.

(Heinz Müller, SPD:
Aber nicht jeder einzeln.)

Aber, lieber Kollege Müller, ich kann Ihnen versichern, die Enttäuschung hält sich bei mir sehr in Grenzen. Im Gegenteil, ich bin sehr froh, dass ich mich nicht wieder in der Situation befinden muss, mit einem Koalitionspartner zusammenzuarbeiten, dem die Interessen des Landes eigentlich egal sind, der für Innovationen und für neue Ideen kein Ohr hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach,
Herr Ritter, mir kommen gleich die Tränen. –
Torsten Renz, CDU: Man muss die Frage
stellen, was ist gut für's Land.
Das ist die Frage.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss feststellen, dass die Enttäuschung bei uns nicht so sehr tief sitzt,

(Marc Reinhardt, CDU: Na, das ist ja gut.)

aber ich muss schon feststellen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer so oft feststellt, dem glaubt man das auch.)

dass einigen in der SPD-Fraktion und vielleicht auch dem Fraktionsvorsitzenden der Sellering-Effekt,

(Udo Pastörs, NPD:
Sellering-Effekt, das ist gut!)

der letztendlich dazu geführt hat, dass die SPD die stärkste Fraktion in diesem Landtag geworden ist, offensichtlich doch etwas zu Kopf gestiegen ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ach ja! Das sind natürlich persönliche Angriffe, Herr Ritter, wenn Sie keine Argumente mehr haben.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und natürlich, wir hätten uns die Debatte heute ersparen können.

Ich finde es immer wieder schön, wie der Motor bei Herrn Dr. Nieszery anspringt, wenn man hier Wahrheiten ausspricht.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Helmut Holter, DIE LINKE)

Also besser kann man das ja nicht darstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten uns die Debatte natürlich heute ersparen können, wenn die Koalitionsfraktionen, die in trauter Einheit auch schon in der letzten Legislaturperiode zusammengearbeitet haben

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und das Landkreisneuordnungsgesetz zu verantworten haben, auch damals, lieber Kollege Müller, auf Herrn Thomalla gehört hätten, den Sie ja heute als Kronzeugen für die Koalition herangezogen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu Recht. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich zitiere aus dem Protokoll zu Drucksache 5/3599 im Zusammenhang der Anhörung zum Landkreisneuordnungsgesetz.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Herr Thomalla führte für den Städte- und Gemeindetag aus, so ist es im Protokoll wiedergegeben, ich zitiere: „Die im § 25 des Gesetzentwurfes geplante Altfehlbetragsumlage sei verfassungswidrig. Sie greife unmittelbar in die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein. Die Altfehlbetragsumlage verlagere die Defizite lediglich auf eine andere Ebene, die diese nicht zu verantworten habe. Zudem müsse beachtet werden, dass neue Zahlungsverpflichtungen als Aufgabe zu betrachten seien, die unter das Konnexitätsprinzip fielen und deshalb vom Land zu finanzieren seien. Vorgeschlagen werde eine komplette Entschuldung der kreisfreien Städte und Landkreise oder die Entwicklung eines ‚Bad-Bank‘-Modells für öffentlich-rechtliche Körperschaften.“ Ich breche das Zitat an dieser Stelle ab, weil Herr Thomalla an dieser Stelle auch weiter viel Wahres gesagt hat.

(Torsten Renz, CDU: Aha!)

Und das waren auch für uns damals – Herr Müller wird sich interessieren – genau die Beweggründe, diese Frage aufzugreifen und schon damals im Gesetzgebungsverfahren auf diese Probleme hinzuweisen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Ihnen ja offensichtlich alles egal, Hauptsache, in Ruhe weiterregieren.

(Torsten Renz, CDU: Wie ist denn Ihre konkrete Lösung für dieses Problem? –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir wollten Ihnen die erneute Blamage vor dem Landesverfassungsgericht ersparen und heute hier keine juristische, sondern eine politische Entscheidung treffen. Dann wäre nämlich die nächste Ohrfeige für die Landesregierung vor dem Landesverfassungsgericht gar nicht erst nötig gewesen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Woher wissen Sie denn, wie das Verfassungsgericht entscheidet? – Marc Reinhardt, CDU:
Herr Ritter hat schon entschieden.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie die Landesregierung auch mit dieser Problematik umgeht, zeigt ebenso die Tatsache, dass die Landesregierung in der Tat lange gebraucht hat, um die Kleine Anfrage, die ich an sie gestellt habe, zur Problematik Altschulden zu beantworten. Sage und schreibe 16 Tage sind vergangen, bis mir heute zum Debattentagesordnungspunkt die Antwort präsentiert worden ist.

(Torsten Renz, CDU: Rechtzeitig.)

Rechtzeitig.

(Torsten Renz, CDU: Lag Ihre Zustimmung vor auf Verlängerung?)

Nein, nein, lag nicht vor, sonst hätte ich das hier nicht erklärt, Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ein Ding, da muss ich Ihnen recht geben.)

Wenn man das will, dann wäre es doch angebracht gewesen, mal nachzufragen, aber nein.

(Torsten Renz, CDU:
Da gebe ich Ihnen recht. So geht man mit einem Abgeordneten nicht um.)

Aus der Antwort der Regierung geht auch hervor, um welche Summen es sich im Einzelnen handelt. Ich will das hier auch für das Protokoll sagen: Es geht immerhin um 133 Millionen Euro. Und die Koalition tut immer so, wir brauchen den Gesetzentwurf nicht, und gucken wir mal, was das Gericht entscheidet, und wir haben es ja eigentlich schon immer gewusst. Nein, das ist Tatsache: 133 Millionen Euro, die die kommunale Ebene belasten.

(Heinz Müller, SPD: Wie hoch ist der Konsolidierungsfonds?)

Und die Landesregierung äußert sich nicht weiter zu dieser Thematik. Der Innenminister hatte sich nicht als Redner für die Tagesordnung hier angemeldet. Deswegen habe ich dem Innenminister auch gestattet, dass er jetzt einen anderen Termin wahrnehmen kann, weil oh-

nehin nicht vorgesehen war, dass er etwas sagt. Dabei wäre es doch auch für das Landesverfassungsgericht wichtig und interessant gewesen, welche Position die Landesregierung selbst zu dieser Problematik hat.

(Torsten Renz, CDU: Steht im Gesetz.)

Aber die Landesregierung schweigt lieber. Sie lehnt unseren Antrag lieber ab. Sie fügen der kommunalen Ebene wieder einen Schaden zu. Ein Dialog auf Augenhöhe findet so nicht statt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke und schließe somit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/165 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Europa- und Rechtsausschuss sowie an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu, den oder die bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD und mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU.

Der Gesetzentwurf wird gemäß Paragraph 48 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2010 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes –, Drucksache 6/138.

**Antrag der Finanzministerin
Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 2010
– Vorlage der Haushaltsrechnung und
Vermögensübersicht des Landes –
– Drucksache 6/138 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Finanzministerin zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag angenommen mit den Stimmen der Fraktion der SPD, den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Strategie zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in Tierhaltungen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/170. Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/195 und ein Änderungsan-

trag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/196 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Strategie zur Minimierung des
Antibiotikaeinsatzes in Tierhaltungen
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 6/170 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/195 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/196 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete von der SPD-Fraktion Herr Feike.

(Zurufe aus dem Plenum: Frau! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das passiert
ausgerechnet Ihnen, Frau Präsidentin. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Oh, Frau Feike. Dann bitte ich Frau Feike nach vorne.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich stehe heute hier für die CDU- und die SPD-Fraktion, einen Antrag einzubringen, der die Landesregierung zum einen auffordert, eine Strategie zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln, und zum anderen, sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass das Arzneimittelgesetz und die Verordnung über das datenbankgestützte Informationssystem über Arzneimittel des Deutschen Institutes für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) dahin gehend geändert wird, dass eine umfassende Transparenz

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

über abgegebene geflügelsspezifische Arzneimittel von pharmazeutischen Unternehmen an Tierärzte erreicht wird und zum anderen, dass ermittelte Daten den zuständigen Ländern nicht nur zum Monitoring, sondern auch zu Überwachungszwecken zur Verfügung stehen.

Ich möchte den Antrag der Koalitionspartner wie folgt begründen: Im ersten Abschnitt des Antrages fordern wir von der Landesregierung, dass sie eine Strategie zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Stichprobenartige Auswertungen bei Hähnchen- und Putenmastanlagen in M-V haben gezeigt, dass die durchschnittliche Behandlungsquote mit Antibiotika bei deutlich über zwei Behandlungen je Mastdurchgang liegt. Einfacher ausgedrückt, in der kurzen Lebensdauer jedes Tieres in der Geflügelanlage – kurz heißt hier, vom Schlüpfen bis zur Schlachtung etwa 35 Tage – ist das Tier mindestens an zwei Tagen so krank gewesen, dass es zwei verschiedene Medikamente von Antibiotika benötigte.

(Udo Pastörs, NPD: Kranke Tiere.)

Bei den Kontrollen konnte sogar nachgewiesen werden, dass in Hähnchen- und Putenmastanlagen mitunter bis

zu sieben unterschiedliche antibiotikahaltige Substanzen zum Einsatz kamen. Diese Ergebnisse können nicht im Sinne der hier in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Menschen sein, in einem Gesundheits- und Tourismusland.

Unser Ziel ist eine artgerechte Tierhaltung und hochwertige Lebensmittel. Hierfür ist es notwendig, dass Tierhaltungsanlagen überprüft werden und der Einsatz von Antibiotika deutlich minimiert wird. Aber nicht, dass hier ein falscher Eindruck entsteht: Die erfolgten Kontrollen durch das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei haben gezeigt, dass der Einsatz von Arzneimitteln in Geflügelmastanlagen nach arzneimittelrechtlichen Vorgaben erfolgte. Aus lebensmittelrechtlicher Sicht gab es keinen Nachweis von antibiotikahaltigen Rückständen in den Schlachttieren.

Unser Ziel ist es, die Voraussetzung für ein behördliches, überprüfbares Eigenkontroll- und Dokumentationssystem für Tierhalter und Tierärzte zu schaffen und aus den verarbeiteten Daten und Kennzahlen ein nachvollziehbares betriebsspezifisches Minimierungskonzept bezüglich des Einsatzes von Antibiotika unter Berücksichtigung der Mortalitätsraten und der Daten der Schlachtgeflügel- und Fleischuntersuchung zu erstellen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zum zweiten Absatz des Antrages, Herr Pastörs:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass für die Entwicklung der Strategie zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes die notwendigen Änderungen des Arzneimittelgesetzes und die Änderung der DIMDI-Verordnung umgesetzt werden. Eine solche Gesetzesänderung ist unentbehrlich, da nur eine umfangreiche gesicherte Datenlage helfen kann, ein funktionales betriebsspezifisches Minimierungskonzept zu erstellen. Auch muss die Rechtsgrundlage erweitert werden, sodass den zuständigen Ländern die ermittelten Daten aus dem Arzneimittelgesetz und der DIMDI-Verordnung nicht nur für das Monitoring, sondern auch zu Überwachungszwecken zur Verfügung stehen.

Bitte unterstützen Sie unser Ansinnen und damit den Antrag 6/170, die Ursachen für den hohen Antibiotikaeinsatz zu untersuchen und aus den gewonnenen Erkenntnissen Lösungsansätze zu erarbeiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Bitte.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke Ihnen, Frau Feike.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat jetzt Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Da bin ich jetzt mal gespannt.)

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie aus der Einbringungsrede entnehmen konnten, haben die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der SPD fast zeitgleich auf Durchführung einer Sondersitzung des Agrarausschusses zur Problematik des Antibiotikaeinsatzes in der Geflügelhaltung gedrängt.

Vorausgegangen war eine Kleine Anfrage, die mein Kollege Dr. André Brie und ich zu dieser Thematik gestellt hatten. Sie sehen daran, dass meine Fraktion diese Frage für sehr wichtig erachtet. Deshalb haben wir heute einen Änderungsantrag zum Antrag der Regierungskoalition vorgelegt. Damit sagen wir schon einmal grundsätzlich, dass der Antrag, den das Ministerium hierzu formuliert hat, in die richtige Richtung geht und von uns unterstützt wird. Jedoch gibt es drei Punkte, die aus unserer Sicht zur Konkretisierung des vorliegenden Antrages beitragen sollten. Diese Konkretisierung werde ich im Weiteren dann erläutern.

Doch lassen Sie mich zunächst auf einige grundsätzliche Fragen des Antibiotikaeinsatzes eingehen. Die Antibiotika sind eine wichtige Errungenschaft, sowohl in der Human- als auch in der Tiermedizin. Wenn nichts mehr hilft, dann sind Antibiotika oftmals das letzte Mittel. Damit das erhalten bleibt, meine Damen und Herren, muss die Anwendung dieser Medikamente reduziert und auf unvermeidliche Fälle begrenzt werden. Das gilt sowohl für die Human- als auch für die Tiermedizin. In der Humanmedizin, so heißt es in wissenschaftlichen Untersuchungen, wären mit nur wenig Mühe bis zu 40 Prozent der Antibiotika einzusparen. Jede Behandlung mit Antibiotika birgt das Risiko von Resistenzbildungen, kann also zur Unwirksamkeit der Wirkstoffe führen.

Das Risiko besteht in der Tiermedizin insbesondere bei nicht sachgerechter Anwendung oder bei Behandlung eines ganzen Bestandes, weil es einige erkrankte Tiere gibt – das ist die sogenannte Metaphylaxe. Vorrang müssen aus meiner Sicht stattdessen Vermeidungsstrategien haben. Dazu gehören zum Beispiel eine integrierte veterinärmedizinische Bestandsbetreuung, ein gutes Stallklima und ein effektives Stallhygienemanagement.

EU-Gesundheitskommissar Dalli hat vor wenigen Tagen einen 12-Punkte-Aktionsplan vorgestellt. Dazu gehört eine Forderung, die DIE LINKE schon mehrfach vorgebracht hat: Keine parallele Anwendung von Wirkstoffen in der Human- und Veterinärmedizin! Uns geht es nicht um Verbote, denn Antibiotika müssen eine Option zur Behandlung von Infektionen auch bei Nutztieren bleiben. Es geht um die Sensibilisierung für das Problem zu häufiger nicht sachgerechter Anwendung und die Sicherung einer effektiven Überwachung.

Auch das Bundeslandwirtschaftsministerium hat jetzt reagiert. Die mehrfach kritisierte Ausnahmeregelung für die Geflügelwirtschaft, die von den Dokumentationspflichten für Nutztierhalter bei Antibiotikaanwendungen befreit ist, soll fallen und Meldepflichten für die Tierärzteschaft verschärft werden. Kritik sollte aber sachlicher sein als die vom grünen NRW-Landwirtschaftsminister Remmel, die anlässlich der Studie in Nordrhein-Westfalen geäußert wurde.

Direkte Auswirkungen auf den Menschen sind nicht zwangsläufig zu erwarten, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Wartezeiten zwischen der letzten Behand-

lung und der Schlachtung eingehalten werden. Das haben auch die Ergebnisse der im Lande durchgeführten Untersuchungen gezeigt. So sind antibiotische Medikamentenrückstände in Nahrungsmitteln eher selten zu finden. Auch die Behauptung, die häufigen Antibiotikaaanwendungen bei Nutztieren würden zu den schwerwiegenden Problemen mit multiresistenten Keimen, sogenannten MRSA-Keimen, in Krankenhäusern beitragen, ist bislang nicht belegbar. Laut Bundesinstitut für Risikobewertung spielen nutztierassoziierte MRSA eine „sehr untergeordnete Rolle“, wörtliches Zitat. Bei keinem der 21 in 3 Jahren untersuchten MRSA-Fälle war Fleisch die Infektionsquelle. Das bedeutet aber nicht Entwarnung, meine Damen und Herren, sondern Minimierung und sorgfältiger Einsatz sind dringend geboten!

Dazu muss diese im Antrag beschriebene Zusammenarbeit der Tierhalter, der Tierärzte, der Wirtschaftsunternehmen, der Verbraucherzentrale mit dem Tierschutzbeirat entwickelt werden. Zugleich gehören aber auch die strikte Kontrolle, die genaue und einsehbare transparente Dokumentation dazu.

Die im Agrarausschuss genannten durchschnittlichen Behandlungsquoten – sie waren hier eben auch zitiert worden –, die deutlich über zwei Behandlungen pro Mastdurchgang bei der Geflügelhaltung liegen, sind eindeutig zu hoch und nicht akzeptabel.

Nun zu unseren Änderungsvorschlägen:

Die erste Änderung, die sich auf den vierten Anstrich des Punktes 1 bezieht, soll eindeutig klarstellen, dass sich dieser Antrag und die Minimierung des Antibiotikaeinsatzes auf alle, ich betone, auf alle Nutztierarten beziehen muss. Auch wenn die Geflügelhaltung seit der Veröffentlichung der Studie aus Nordrhein-Westfalen im Fokus steht, muss es uns immer um die gesamte Nutztierhaltung gehen.

Die zweite Änderung ist eine Ergänzung des Antrages durch einen neu einzufügenden Satz in diesem Punkt. Mit der Zielstellung, den Medikamenteneinsatz in Bezug auf Haltungsformen und Bestandsgrößen in der Nutztierhaltung zu untersuchen, soll der Einfluss zum Beispiel von Stallgrößen auf diese Frage festgestellt werden. Bisher gibt es keine eindeutigen Aussagen zum Einfluss großer oder kleiner Bestände auf die angewendete Medikamentenmenge. Es gibt groß und gut, klein und fein, aber auch gegenteilige Beispiele. Für die Beurteilung der tiergerechten Haltung in Ställen brauchen wir aber auch gesicherte Aussagen. Damit wären möglicherweise auch Grundlagen für ein Beurteilungskriterium, Zitat: „Gesundheitsmanagement und Antibiotikaeinsatz“, wie es Minister Dr. Backhaus für den Geflügelbereich des Agrarinvestitionsprogramms anstrebt, dann geeignet.

Die dritte Änderung soll dem Antrag die notwendige Verbindlichkeit geben und dem Parlament die nötige Kontrollmöglichkeit verschaffen. Das erreichen wir nur, wenn wir Fristen und Berichtszyklen festsetzen.

Mit diesen Ergänzungen, so meinen wir, ist eine gute Grundlage für die Erarbeitung der Minimierungsstrategie gegeben, die eigentlich, so meine Auffassung, schon vor Erscheinen dieses Antrages begonnen hat. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Jetzt hat das Wort der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weihnachten steht vor der Tür und Sie können sich vorstellen,

(Udo Pastörs, NPD:
Stille Nacht, heilige Nacht.)

dass in der Ernährungswirtschaft, in der Landwirtschaft zurzeit Hochkonjunktur besteht,

(Heinz Müller, SPD:
Da hab ich schon Hunger. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

weil Herr Müller nicht nur Hunger hat, sondern weil der Gänsebraten, die Pute oder der Fisch, der Karpfen, die Forelle oder in vielen Haushalten ist Heilig Abend auch der Kartoffelsalat mit den Wiener Würstchen dran ...

(Heinz Müller, SPD: Ja. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Aber, um das nicht ins Lächerliche zu ziehen,

(Tino Müller, NPD: Haben Sie ja schon. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn Sie heute in die Zeitung schauen und die Überschrift lautet „Unsere tägliche Dosis gib uns heute“, dann steht bei uns im Haus

(Udo Pastörs, NPD:
Erlöse uns von Till Backhaus!)

das Telefon nicht mehr still.

Selbstverständlich ist das eine hoch ernst zu nehmende Angelegenheit. Aus diesem Grunde bin ich meiner Fraktion und der CDU-Fraktion dankbar, dass wir das auf die Tagesordnung gesetzt haben, denn es geht um die Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern, es geht um Deutschland, um Europa und es geht um eines der wichtigsten Dinge des Lebens, nämlich um gesunde Lebensmittel, meine Damen und Herren.

Bevor ich in das Thema einsteige, kann ich mir einige Vorbemerkungen nicht verkneifen. Ich finde, dass solche Artikel, wie der heute, was die Überschrift anbetrifft, höchst undifferenziert und gerade in dieser Jahreszeit nicht angebracht sind. Die Sorgen der Verbraucherinnen und Verbraucher und derjenigen, der 20 Leute, die hier unten vor dem Schloss standen, die in der überwiegenden Zahl friedlich und an der Sache orientiert diskutiert haben, die Sorgen dieser Menschen kann ich verstehen. Wobei ich sage, es war ja mehr oder weniger eine Parteiveranstaltung der GRÜNEN

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch Sachverstand mit dabei, gar keine Frage, keine Frage.

Aber ich glaube, wir müssen der Sache vernünftig und solide auf den Grund gehen. Da helfen nicht einseitige Vorwürfe, sondern es gilt, tatsächlich der Sache auf den Grund zu gehen, sie an den Wurzeln zu packen. Dazu muss das Gesamtsystem überprüft werden und das beginnt für mich ausdrücklich bei den eingesetzten Wirkstoffen. Es geht hier nicht nur allein um Antibiotika, es geht auch um andere Stoffe, die sich in diesen Prozessen befinden.

Deswegen, glaube ich, werfen solche Studien, die in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen beispielgebend angefertigt worden sind, natürlich die berechnete Frage insbesondere bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern auf, ob Lebensmittelsicherheit für Geflügelfleisch, insbesondere hinsichtlich der Rückstandsproblematik, überhaupt gegeben ist. Da sage ich für Mecklenburg-Vorpommern, jawohl, ich bin stolz darauf, wir haben seit 2006 keine Antibiotika in Lebensmitteln im Geflügelbereich gefunden. Da ist auch der Dank an die Landwirte und an die Ernährungswirtschaft zu richten, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Im Rahmen der nationalen Überprüfung, das hat Herr Professor Tack angesprochen und auch die anderen Abgeordneten werden das noch ansprechen, sind wir in einen nationalen Rückstandskontrollplan der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union eingebunden. Diese werden im Übrigen in der Richtung in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt, dass die Tierkörper und das Trinkwasser untersucht werden und natürlich Betriebskontrollen vor Ort stattfinden. Alle Tiere werden vor Erteilung einer Schlachterlaubnis vom amtlichen Tierarzt im Bestand überprüft. Scheinbar wissen das einige in diesem Lande nicht und versuchen, auf der Grundlage von Gutachten aus Nordrhein-Westfalen so zu tun, als ob hier alles drunter und drüber geht. Nein, in Mecklenburg-Vorpommern haben wir in dieser Frage Ordnung. Ein Glück, dass wir die haben!

(Udo Pastörs, NPD: Das haben Sie uns bei der
Genkartoffel auch erzählt, Herr Backhaus.)

Bei Geflügel erfolgt die Untersuchung insbesondere der zur Schlachtung anstehenden Herde üblicherweise im Herkunftsbetrieb. Neben der Gesundheitsbescheinigung des amtlichen Tierarztes muss der Tierhalter mit der verbindlich vorgegebenen Lebensmittelketteninformation versichern, dass im Zeitraum von sieben Tagen vor der Schlachtung keine Wartezeiten für Tierarzneimittel bestanden haben und keine Behandlungen durchgeführt wurden. Im Schlachtbetrieb, so ist es jedenfalls in Mecklenburg-Vorpommern, werden im Rahmen der Fleischuntersuchung weitere Proben zur Rückstandsuntersuchung vorgenommen.

In Mecklenburg-Vorpommern sind bei den Betriebsüberprüfungen 2011, nur 2011, insgesamt 61 Proben und zusätzlich in den Schlachtbetrieben über 400 Proben auf Rückstände, was Antibiotika anbetrifft, untersucht worden. In keinem Fall, auch in diesem Jahr, konnten Antibiotika nachgewiesen werden. Diese Ergebnisse zeigen, dass das in den Mastanlagen erzeugte Geflügelfleisch als sicher bezüglich der Rückstandsbelastung mit antibiotischen Stoffen eingestuft werden kann. Das ist mir wichtig, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch zu

Weihnachten deutlich zu machen: Man kann mit Genuss dieses Geflügel essen!

Kritisch zu hinterfragen ist selbstverständlich der Antibiotikaeinsatz aus anderen Gründen. Behandlungen müssen auf das absolut notwendige Maß beschränkt bleiben. Es ist vollkommen klar, genauso wie in der Humanmedizin ist die Behandlung nur durchzuführen, wenn ein amtlich anerkannter Tierarzt die Bestände tatsächlich untersucht und dann die Medikation erteilt hat. Ich betone noch einmal, zu Mastzwecken, als Masthilfsstoffe sind Antibiotika seit Langem in Deutschland verboten und untersagt!

Es kann aus meiner Sicht nicht angehen, dass Struktur und Haltungsbedingungen nur in Ausnahmefällen eine behandlungsfreie Aufzucht und Mast in Deutschland und in Europa insgesamt ermöglichen. Ich betone ausdrücklich, in der biologischen Tierhaltung ist es heute schon möglich, auch gerade in Mecklenburg-Vorpommern. Damit ist klar, wo der Vorzug liegt.

Auf der anderen Seite, glaube ich, statt den Ursachen und damit den Problemen auf den Grund zu gehen, scheinen wir jetzt in Deutschland an den Symptomen herumzulaborieren. Das hilft uns keinen Millimeter weiter. Antibiotika scheinen tatsächlich in vielen Ställen in Deutschland, in Europa und zum Teil eben auch in Mecklenburg-Vorpommern ein probates Mittel zu sein, um Infektionen in Beständen tatsächlich effizient zu bekämpfen und den Masterfolg nicht zu verhindern.

In Nordrhein-Westfalen ist die Studie am 12. oder am 15. November 2011 vorgestellt worden und diese kommt wirklich zu einem sehr erschreckenden Ergebnis für Nordrhein-Westfalen, nämlich 96,4 Prozent der Tiere in den Mastbeständen der Geflügelmast wurden mit Antibiotika behandelt. Bei den untersuchten Mastdurchgängen wurden im Durchschnitt drei verschiedene Wirkstoffe pro Durchgang verabreicht, teilweise – auch das ist schon angedeutet worden – tatsächlich bis zu acht verschiedene Antibiotikasorten. Die Mehrheit der Behandlungen erfolgte nur an ein bis zwei Tagen. Auch das kann so nicht weitergehen.

Zwischenzeitlich hat auch Niedersachsen, nämlich am 28.11.2011, eine Studie und einen Bericht zum Antibiotikaeinsatz vorgelegt, und hier gibt es gleiche beziehungsweise ähnliche ernüchternde Fakten. Beispielhaft bezogen auf die Masthähnchen kommt die niedersächsische Studie zu dem Ergebnis, dass rund 18 Millionen Tieren Antibiotika verabreicht wurden, das entspricht einer Quote von immerhin 76 Prozent. In 83 Prozent der untersuchten Betriebe wurden Antibiotika eingesetzt.

Auch wenn die in den beiden Ländern ausgewerteten Unterlagen für eine umfängliche Beurteilung des Antibiotikaeinsatzes noch nicht ausreichen, ist das Fazit der beiden Studien jedenfalls klar: Wir haben in der Tiermast und insbesondere in der Hähnchenmast ein wirkliches Antibiotikaproblem. Es werden eindeutig viel zu viel Antibiotika verabreicht und das muss dringend verändert werden!

Genauere Zahlen, wie viele Medikamente insgesamt in Deutschland eingesetzt werden – da gibt es im Übrigen einen Widerspruch zu den Fakten, die heute in der Zeitung stehen –, gibt es allerdings nicht. Wir haben keinen genauen Überblick in Deutschland. Deshalb gilt, das

habe ich der Bundesministerin mitgeteilt, ich möchte jetzt endlich, dass das Bundesarzneimittelgesetz – das gilt im Übrigen sowohl für die Humanmedizin als auch für die Tiermedizin – dringend geändert wird, sodass wir als Überwachungsbehörde erkennen können – und das ist auch anders als in anderen Bundesländern, weil wir das direkt vom Land machen –, welcher Tierarzt in Mecklenburg-Vorpommern welche Medikamente mit welcher Postleitzahl von welchem Pharmaunternehmen auch immer bezogen hat. Hier gibt es Handlungsbedarf. Die sogenannte DIMDI-Studie oder auch die Aussage dieses Institutes gilt es, schnell zu begutachten. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass das Verbot der Mitteilung dieser Informationen unverzüglich aufgehoben wird.

Das heißt auch, dass wir unsere Tieranlagen in Mecklenburg-Vorpommern auf den Prüfstand gestellt haben, aber wir gehen anders vor, und zwar – Herr Professor Tack hat schon darauf hingewiesen – nehmen wir nicht nur die Hähnchenmast unter die Kontrolle und Überwachung, das haben wir im Übrigen immer getan, sondern für uns geht es insgesamt um alle Tierarten, sowohl um die Schweinehaltung, die Rinderhaltung und natürlich die Geflügelhaltung insgesamt, vom Hähnchen über die Legehennen bis hin zu den Puten.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es zurzeit 800 Geflügelhaltungen mit insgesamt immerhin 8,6 Millionen Tieren und die Tendenz ist steigend, wie wir alle wissen. Die durchschnittliche Behandlungsquote bei Mastgeflügel in Mecklenburg-Vorpommern liegt nach den Überwachungen, die wir vorgenommen haben, bei über zwei Behandlungen je Mastdurchgang. Bei den Kontrollen in Hähnchen- und Putenmastbetrieben wurden in Mecklenburg-Vorpommern mitunter bis zu sieben unterschiedliche Antibiotikasorten eingesetzt.

Es bleibt also festzustellen, dass wir auch ein Problem haben, aber im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern liegt die amtliche Kontrolle bei den Tierhaltern und in den tierärztlichen Hausapotheken im Rahmen der Tierarzneimittelüberwachung bei uns in einer Hand. Das ist gut so und wichtig, um schneller durchgreifen zu können. Damit ist die zuständige Kontrollbehörde tatsächlich das LALLF in Rostock, das, glaube ich, hochgradig anerkannt ist und eine sehr gute Arbeit leistet.

Auf der Basis der arzneimittelrechtlichen Bestimmungen wurden in Mecklenburg-Vorpommern 2011 bis Ende November 140 Kontrollen in den tierärztlichen Hausapotheken und 327 Kontrollen in Tierhaltungen, davon 51 Kontrollen im Geflügelbereich durchgeführt. Zusätzlich werden in den Geflügelhaltungen Probenahmen nach dem nationalen Rückstandskontrollplan durchgeführt. Dabei werden die Proben auf Rückstände von Stoffen mit pharmakologischer Wirkung – und das sind dann nicht nur Antibiotika – in Mecklenburg-Vorpommern untersucht. Zum Glück, das habe ich bereits vorweggenommen, haben wir in Mecklenburg-Vorpommern seit 2006 hier keine Probleme zu verzeichnen. Im Ergebnis der Kontrollen in den Tierhaltungen im Jahr 2011 ist festzustellen, dass die Arzneimittelanwendung in den meisten Fällen tatsächlich ordnungsgemäß, auch was die arzneimittelrechtlichen Bestimmungen betrifft, umgesetzt worden ist.

Nun werden Sie fragen: Wenn die Tierarzneimittelüberwachung funktioniert, warum ist dann bisher niemand

darauf gekommen, dass wir diese Probleme haben? Dazu muss ich Ihnen sagen, dass der in der Tierarzneimittelgesetzgebung fixierte Überwachungsauftrag uns derzeit keine Handhabe für eine Einwirkung auf einen strukturell oder haltungsbedingt erhöhten Arzneimitteleinsatz bietet. Auch das gilt es, in Deutschland zu ändern. Hier wäre es ausdrücklich eine Aufgabe des Bundes, den Überwachungsauftrag entsprechend anzupassen.

Um meine klare Position in der Antibiotikadiskussion einmal mehr deutlich zu machen, habe ich mich ausdrücklich noch einmal an die Bundesministerin gewandt. Ich habe sie aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass alle beteiligten Stellen die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Möglichkeiten ausschöpfen, um zukünftig eine Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes zu erreichen.

In der Sondersitzung des Agrarausschusses am 22.11.2011 hatte ich die Einberufung einer Strategiegruppe zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung angekündigt. Zwischenzeitlich hat diese Strategiegruppe unter meiner Leitung erstmals getagt. Die große Anzahl von Teilnehmern zeigte deutlich, dass Interesse besteht, diese Problematik möglichst zu lösen. Darüber habe ich mich wirklich sehr gefreut.

In dieser ersten Sitzung haben wir uns schwerpunktmäßig auf den Bereich der Geflügelhaltung in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert. Es wurden alle Bereiche beleuchtet, die für einen hohen Antibiotikaeinsatz verantwortlich sein können. Ich habe hier noch einmal deutlich angeregt, dass die derzeit hohen Antibiotikaeinsätze nicht tolerierbar sind. Die Strategiegruppe wird weiterarbeiten und zu Jahresbeginn dann weitere Möglichkeiten der Reduzierung aufzeigen. Ich will in diesem Zusammenhang andeuten, dass wir bis Mitte des Jahres 2012 ein Gesamtkonzept zur artgerechten Tierhaltung vorlegen werden. Im Auftrag meines Hauses werden wir insofern kurzfristig daran arbeiten, ein deutschlandweites Dokumentations- und Erfassungssystem zur Durchführung des angekündigten Monitorings in Mecklenburg-Vorpommern auf die Deutschlandebene insgesamt auszuweiten und auszuweiten.

Des Weiteren soll diese Arbeitsgruppe erste Überlegungen zu einem behördlich überprüfbaren Eigenkontroll- und Dokumentationssystem für Tierhalter und Tierärzte anstellen, um damit auch die mittelfristige Umsetzung vornehmen zu können.

Wenn man den ordnungsgemäßen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung prüfen will, muss der Bogen aus meiner Sicht eben weiter gespannt werden. Man darf sich nicht nur auf die Auswertung von Behandlungsbüchern und tierärztlichen Arznei-, Anwendungs- und Abgabennachweisen beschränken. Wir müssen weiter greifen. Man muss vielmehr tatsächlich den Arzneimitteleinsatz im Umfeld der Haltungsbedingungen der jeweiligen Tierhaltung betrachten. Damit ist auch klar, das hat nichts mit großen Halteinrichtungen oder kleinen zu tun, sondern es geht dabei immer um das Einzeltier. Deshalb wird durch unser Monitoring ein ganzheitliches Konzept angestrebt und erarbeitet werden. Wir werden nicht nur die Tierarzneimittelanwendung und die durchschnittlichen Zahlen der Behandlungen pro Durchgang hinterfragen, sondern auf alle anderen wichtigen Aspekte eingehen müssen.

Erfasst werden sollen beispielsweise die Tierbesatzdichten, die Mortalitätsraten der Tiere, die sonst im Durchgang sterben würden – auch das ist mir wichtig, das kommt im Übrigen in der Studie von Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht zum Ausdruck –, die sogenannten, eigentlich ein schlimmer Begriff, „Verwurfsraten“ in den Schlachthöfen – das gilt im Übrigen sowohl für Bio- als auch für konventionelle Produkte – oder sonstige Schäden an den Tierkörpern auf dem Schlachthof, aber auch die Futterqualität sowie Management- und Haltingsfragen. Hier gibt es akuten Handlungsbedarf, und ich glaube, dass es richtig ist, dass wir ein Tierkomfortgremium tatsächlich schaffen müssen, ähnlich wie wir das bei der Milch gemacht haben, um so die weltweit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse umzusetzen.

Mit dieser Erfassung hoffen wir, ein umfassendes Bild über die Ursachen des Antibiotikaeinsatzes in den jeweiligen Tierhaltungen zu erhalten, um im Rahmen eines Minimierungskonzeptes entgegensteuern zu können. Dafür ist es jedoch zwingend notwendig, dass die Kontrollbehörden alle erforderlichen Instrumente zur Verfügung gestellt bekommen.

Leider geht es zwischenzeitlich auch darum, dass der vorgelegte Referentenentwurf des BML, also des Bundesministeriums, zum Tierarzneimittelgesetz hier aus meiner Sicht nicht weit genug geht. Wir werden hierzu weitere Anträge stellen. Deswegen ist auch klar, dass wir zukünftig dringend durch das sogenannte DIMDI – das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information – den zuständigen Landesbehörden diese Informationen zugänglich machen über Arzneimittel, die ausschließlich für Geflügel zugelassen sind. Das geht bis heute nicht. Hier muss der Bund endlich handeln, um damit auch diese Daten in der entsprechenden Form vorzulegen.

Wir fordern aber auch die Offenlegung dieser Daten für den Zweck der Tierarzneimittelüberprüfung und -überwachung. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bundesregierung die erforderliche Transparenz für die Kontrollbehörden nicht schafft. Wir haben diese nicht. Mein Ziel ist es, dass die Kontrollbehörden darüber Auskunft erhalten, welcher Tierarzt in welcher Gemeinde – ich habe es schon angedeutet – welche Tierarzneimittel erhält. Das heißt, ich fordere eine umfassende Transparenz über die pharmazeutischen Unternehmen, den Großhandel und die an die Tierärzte abgegebenen Tierarzneimittel. Es ist nach wie vor so, dass wir hier, glaube ich, eine Dunkelziffer haben. Nur so wäre es möglich, die tierarzneimittelrechtliche Überwachung von Tierärzten und Tierhaltern auch risikoorientiert auszurichten.

Im Übrigen will ich ausdrücklich hier noch mal angesprochen haben: Ich weiß, dass sehr, sehr viele Tierärzte eine hervorragende Arbeit in diesem Lande leisten, aber ich nehme zur Kenntnis, dass viele Tierärzte – die im Übrigen aus anderen Bundesländern hier Dienst tun – tatsächlich auch erhebliche Tierarzneimittelanwendungen verschreiben und es da gegebenenfalls besser wäre, die Beratung durchzuführen, anstatt immer gleich mit Antibiotika zu behandeln. Ich glaube, hier liegt ein gewisser Schlüssel, und deswegen werden wir Anfang Januar hierzu eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.

Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne Weihnachten im wahrsten Sinne des Wortes mit wunderbaren Produkten aus Mecklenburg-Vorpommern genießen werden, und

ich bin es zum Teil wirklich leid, dass dieses Land mit seiner Landwirtschaft, die hoch effektiv ist, die modern ist, die höchsten Ansprüchen in Richtung Lebensmittelsicherheit genügt, dass dieses Land schlechtgeredet wird. Ich halte dieses für nicht gut.

Und abschließend, ich habe es angedeutet, es gibt unzählige Anrufe bei uns im Ministerium, dass Unternehmen sich über die Art und Weise der Diskussion wirklich beschweren, und wir müssen aufpassen, dass wir gerade in dieser Phase nicht so tun, als ob wir hier eine Verantwortung insgesamt auch für diese hochwertigen Lebensmittel haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Udo Pastörs, NPD: Die haben Sie,
Herr Backhaus.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja, ich danke.

Herr Backhaus, Sie haben Ihren Redebeitrag um fünf Minuten überzogen und damit steht diese Redezeit der Opposition zusätzlich zur Verfügung.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Landwirtschaftsministers kann ich Ihnen eigentlich nicht viel Neues mitteilen, von daher will ich es auch kurz machen.

Für meine Fraktion gilt: Die bisherige Überwachung des Einsatzes von Tierarzneimitteln in Mecklenburg-Vorpommern verlief reibungslos und hat keine groben Verstöße in diesem Bereich aufgedeckt. Dennoch sind wir der Auffassung, dass gerade im Bereich des Antibiotikaeinsatzes eine Minimierung zum Schutze der Verbraucher, aber auch im Interesse der Landwirte und der Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern erfolgen muss. Aus diesem Grund begrüßen wir eindeutig die Maßnahmen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Insgesamt sind wir der Auffassung, dass die Landwirtschaftsunternehmen in unserem Land in den zurückliegenden Jahren Lebensmittel in hoher Qualität produziert haben.

Klar ist aber auch, dass bei einer tierärztlichen Indikation aus tierschutzrechtlichen Gründen der Einsatz von Antibiotika erlaubt sein muss. Nach diesem Einsatz sind zur Vermeidung von Resistenzen ausreichende Karenzzeiten einzuhalten, um letztendlich die Verbraucher zu schützen. Insgesamt gilt es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Tierschutz, artgerechter Haltung und dem Verbraucherschutz sicherzustellen. Hierfür ist der Einsatz einer Strategiegruppe zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes unseres Erachtens der richtige Weg. Von daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke.

Das Wort hat jetzt Frau Dr. Ursula Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Verabreichung von Antibiotika an Geflügel ist auch in Mecklenburg-Vorpommern an der Tagesordnung. Wir haben es mehrfach gehört. Laut einer Presseerklärung von Minister Backhaus aus dem November dieses Jahres finden in der Geflügelmast durchschnittlich mehr als zwei Behandlungen pro Mastdurchgang statt. Um einmal die Dimension zu verdeutlichen: In diesem Bundesland gibt es mehr als 800 Geflügelhaltungen mit insgesamt mehr als 8,6 Millionen Tieren.

Die zuständige Kontrollbehörde für die Tierhalter und in den tierärztlichen Hausapotheken im Rahmen der Tierarzneimittelüberwachung ist das LALLF. Diese eine Behörde ist für die Durchführung der Überwachung im gesamten Land zuständig. Das führt dazu, dass es im Jahr 2011 bei den Masthähnchenbetrieben nur 20 Kontrollen gab. Die Quelle können Sie nachlesen bei „agrartoday.com“.

(Regine Lück, DIE LINKE: Oh, oh, oh!)

Hinzu kommt, dass die Antibiotikagaben häufig nur ein bis zwei Tage lang gegeben werden. Also viel zu kurz, um gegen Krankheitserreger wirksam zu werden. Mit einer solchen unsachgemäßen Behandlung fördert man hingegen die Bildung resistenter Keime, die sowohl bei Menschen als auch Tieren zu Infektionen führen können, die dann eben kaum oder gar nicht mehr durch Antibiotika bekämpft werden können.

Die Landesregierung will nun eine Strategie entwickeln, um eine deutliche Minimierung der Verwendung von Antibiotika in der Nutztierhaltung zu erreichen. Allerdings ist im Antrag der Landesregierung weder ein Zeithorizont genannt noch irgendeine Vorstellung über das Ausmaß einer Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung.

Wir vermissen außerdem Strategien, die die Zunahme von riesigen Mastanlagen verhindern. Denn der Zusammenhang zwischen der industriellen Mast und dem übermäßigen Einsatz von Antibiotika, der ist für uns offensichtlich. Überlegen Sie einmal, wenn nun so gut wie jedes Hähnchen aus einer Großmastanlage, das vom Schlüpfen bis zum Schlachten ja mal gerade 35 bis 38 Tage lebt, im Laufe dieses kurzen Lebens mehr als zweimal so krank ist, dass es einen Antibiotikacocktail aus bis zu sieben verschiedenen Antibiotika verabreicht bekommt – was heißt das für uns? Die Massentierhaltung ist in diesen Mastställen nicht mehr tragbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Uns reicht allein das ordnungsgemäß umgesetzte Arzneimittelgesetz hier nicht aus. Die Lebensbedingungen für die Tiere in den Ställen gehören geändert, sodass die Tiere ohne Antibiotikagabe gesund bleiben.

Unsere Fraktion fordert daher die Landesregierung auf, den vorliegenden Antrag zu ergänzen. Dazu haben Sie den Antrag 6/196 vorliegen – als Änderungsantrag – mit folgenden Punkten:

- Wir wollen eine Verschärfung der Kontrollen während der Mastzeit mit ausreichend Personal, und nicht nur eine Eigenkontrolle, wie im Antrag von SPD/CDU formuliert ist.

- Wir wollen repräsentative Erhebungen zum Einsatz von Antibiotika in der Rinder- und Schweinemast.

- Wir fordern eine risikoorientierte Bewertung und Überwachung der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern, sodass man sich die Betriebe, die vielleicht schon eine besondere Auffälligkeit haben, gezielt herauspicks und unvorbereitet kontrolliert.

- Wir wollen vor allen Dingen erreichen, dass es Anreize für Landwirte und Landwirtinnen in Mecklenburg-Vorpommern gibt, um die Bestandsgrößen und die Besatzdichten bei der Hähnchenmast zu verringern und auch die Mastdauer zu verlängern. Wir brauchen keine Turbohähnchen.

(Udo Pastörs, NPD: Die bringen aber Geld.)

- Wir wollen, dass der Landtag jährlich einen Bericht über die Entwicklung des Einsatzes von Antibiotika in der Tiermast vorlegt.

- Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene dafür zu engagieren, dass ein nationaler Antibiotikaplan entwickelt wird, um dem massenhaften Einsatz von Antibiotika in der Hähnchenmast wirksam entgegenzusteuern.

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke Ihnen.

Das Wort hat jetzt Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ So lautet der Artikel 20a des Grundgesetzes unter dem Titel „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere“. Doch das Handeln der herrschenden Politik weicht auch hier von den Bestimmungen des Grundgesetzes massiv ab.

In der Europäischen Union ist es seit dem Jahre 2006 verboten, mit Antibiotika versetzte Futtermittel zu verfüttern. Die Hintergründe des Verbotes sind elementar, denn die Wahrscheinlichkeit dafür, dass Bakterien widerstandsfähiger werden, steigt, je häufiger und länger sie mit Antibiotika in Kontakt kommen. Bereits 1997 und 1998 wurden fünf Antibiotikasubstanzen in der Tiermast gänzlich verboten, um Gefahren für den Verbraucher zu verringern, da diese fünf Substanzen auch in der Humanmedizin Verwendung finden. Der Einsatz von Tierarzneimitteln ist seither nach Angaben des europäischen Verbandes der Hersteller von Tierarzneimitteln (Fedesa) auf heute, man höre und staune, knapp 800 Tonnen im Jahr halbiert worden. Da die Antibiotika aus den Futtertrögen verbannt wurden, erhalten die Tiere jetzt sozusagen als Gegenmaßnahme die leistungsfördernden Medikamente vorbeugend.

Dieser vorbeugende und sich rein aus dem Streben nach noch mehr Profit vollziehende Einsatz hat nicht nur für

die Tiere, sondern vor allem für uns Menschen beachtliche Folgen. Widerstandsfähige Keime, die sich mit gebräuchlichen Arzneimitteln nicht mehr bekämpfen lassen, gelangen vom Stall über den Teller bis zum Menschen. Nicht nur Fleisch, auch Salat und Gemüse kommen als Überträger abwehrfähiger Keime infrage. In der Gülle der Tiere zum Beispiel sind beachtliche Mengen Restantibiotika enthalten. Sie gelangen in den Boden und lagern sich mit den aufgenommenen Nährstoffen in Nutzpflanzen ab.

Wie gefährlich dieser massive Antibiotikaeinsatz in der Tiermast für uns Menschen ist, wird aus einer Einschätzung des Robert-Koch-Instituts mehr als deutlich. Denn in Deutschland sterben demzufolge jährlich mehr als 15.000 Menschen an Infektionen mit solchen gegen viele Wirkstoffe widerstandsfähigen Erregern.

Für die Zucht- beziehungsweise Mastbetriebe bedeutet der Einsatz der Mastbeschleuniger bares Geld. Durch ihren Einsatz überleben die Tiere selbst katastrophalste Haltungsbedingungen und erfüllen ihren Lebenszweck: schnell wachsen und viel Gewinn bringen. Die EU-Kommission beziffert den Gewinn durch den Einsatz von Wachstumsbeschleunigern bei Geflügel mit 5 bis 10 Prozent mehr Einkommen und bis zu 20 Prozent bei Ferkeln und Mastschweinen.

Die Realität in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern wird von Tierfabriken bestimmt. Rund 10 Millionen Schweine und über 80 Millionen Hühner, außerdem Millionen Rinder und Puten vegetieren in Anlagen vor sich hin, in denen sie aus Kostengründen auf engstem Raum gehalten werden. Diese Angaben beziehen sich auf die einzelnen Mastvorgänge, das heißt, nach der Schlachtung wird die gleiche Anzahl von Tieren gemästet.

Mit dem vorliegenden Antrag von SPD und CDU wird wieder einmal nur Ergebniskorrektur vorgenommen, ohne jedoch die Ursache zu benennen und diesbezüglich etwas zu unternehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Die Ursache für den massiven Antibiotikaeinsatz in der Tiermast ist das hemmungslose Profitstreben einer Agrarindustrie, in dem das Wohl der Menschen und der Tiere sehr häufig an letzter Stelle steht. Es geht in der Landwirtschaftspolitik doch schon längst nicht mehr um die Bedarfsdeckung und Ernährungssicherstellung des eigenen Volkes, sondern um die Überschwemmung des Weltmarktes mit billig erzeugten Nahrungsmitteln. Etwa 25 Prozent aller erzeugten Fleischwaren in unserem Land werden schon jetzt ins Ausland exportiert.

Die Skandale um die Nahrungsmittelproduktion sind somit auch nur die Auswirkungen des Kapitalismus. Und daher sind jegliche Handlungen, der GRÜNEN zum Beispiel, ebenfalls nur Augenwischerei, da sich die GRÜNEN dem Grundproblem ebenfalls nicht entgegenstellen, sondern Teil dieses rein kapitalistisch ausgerichteten Systems sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Geworden sind.)

Politik wird bei Ihren kapitalistisch ausgerichteten und dem Wohl internationaler Konzerne verpflichteten Partei-

en niemals ganzheitlich betrachtet. Beim Nationalismus hingegen ist der Mensch in seiner Identität Ausgangspunkt des politischen Strebens. Oberstes Ziel für uns Nationalisten ist die Erhaltung der Volkssubstanz,

(Heinz Müller, SPD:
Oi, oi, oi!)

also die Zukunft ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Sprechen Sie zur Sache!

Stefan Köster, NPD: Hierzu gehört selbstverständlich auch die Sicherstellung, dass Lebensmittel auch wirklich Mittel zum Leben sind und nicht Krankheiten massiv begünstigen oder gar verursachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Um dieses Teilziel allerdings zu erreichen, bedarf es unter anderem folgender Bedingungen: Arbeitsplätze mit anständigen Löhnen, eine intakte Umwelt, familiengerechte Infrastruktur.

Wir fordern daher die Einstellung der Bevorteilung der Agrarriesenbetriebe und setzen uns stattdessen für den Erhalt und die Stärkung der vielen kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsunternehmen ein,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

die mit einer größeren Artenvielfalt auf dem Acker und im Stall gesunde Lebensmittel herstellen, die diesen Namen auch verdienen. Uns ist vollkommen klar,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ihnen ist was klar?)

dass diese Politik vermutlich auch höhere Endverbraucherpreise zur Folge haben könnte. Aber auch dieses ist von uns gewollt. Wir streben eine bedarfsdeckende Volkswirtschaft an, und nicht die Befriedigung des Weltmarktes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

In unserer Landwirtschaft sind wir nicht exportorientiert und auf dem heimischen Markt darf das Fleisch ruhig ein wenig teurer sein,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wenn es ordentlich erzeugt worden ist.

(Heinz Müller, SPD:
Bei Karnickeln nur noch
Deutsche Riesen!)

Wenn dann insgesamt weniger Fleisch in Deutschland verzehrt wird, kommt dies der Volksgesundheit und somit auch dem ganzen Gesundheitssektor zugute. Es besteht keine Notwendigkeit, dass der deutsche Konsument – und mehr ist er in Ihren Augen nicht mehr – sich an der Fleischtheke nur die besten Stückchen aussucht und die Reste in die Dritte Welt verramscht werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Die Preise für EU-Hühnchenreste in Afrika liegen teilweise unter der Hälfte des Preises, für den der afrikanische Bauer herstellen kann. Mit unseren Rechten wird ihm die Arbeitsgrundlage entzogen und er wird in Teilen dahin auswandern, wo er bessere ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ihre Sprechzeit ist beendet, Herr Köster.

(Der Abgeordnete Stefan Köster spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Köster, Ihre Redezeit ist beendet. Wir haben die Minute schon draufgelegt.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs tritt an das Präsidium heran.)

Das habe ich gemacht,

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich fortgesetzt an das Präsidium.)

ich habe die ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich fortgesetzt an das Präsidium.)

Nein.

(Udo Pastörs, NPD: Das funktioniert so nicht! Halten Sie sich an die Geschäftsordnung!)

Das haben wir getan. Ich habe diese Lampe, oh ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten und bitte die Geschäftsführer nach vorne.

Unterbrechung: 15.19 Uhr

Wiederbeginn: 15.21 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich eröffne wieder die Sitzung und das Wort hat jetzt Frau Feike von der Fraktion der SPD.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In den vorangegangenen Reden wurde mehrfach auf die im November bekannt gewordene Studie von Nordrhein-Westfalen Bezug genommen.

Zunächst einmal möchte ich im Namen der SPD-Fraktion den Dank an die Landesregierung und an den zuständigen Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus richten für sein kontinuierliches Handeln in diesen schweren Zeiten

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Tino Müller, NPD)

und auch in den Zeiten davor, dass sie seit 2006, wie er selber in seinem Bericht ...

(Udo Pastörs, NPD: Dass Sie nicht ausrutschen auf der Schleimspur.)

Wo soll ich ausrutschen?

(Udo Pastörs, NPD:
Auf der Schleimspur! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Gut.

Positiv im Land Mecklenburg-Vorpommern ist, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, dass wir ein gutes Kontrollsystem haben, das heißt, dass die Kontrolle in einer Hand liegt. Im Gegensatz zu der Kritik von den GRÜNEN, die eben klar gesagt haben, dass sie dieses als schlecht empfinden, sehen wir als SPD es als ein Vorzeigeobjekt an, dass gerade im Land Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein dieses in einer Hand ist. Gleichzeitig finden turnusmäßig alle zwei Jahre Kontrollen statt und wie uns vom Minister versichert wurde, würde es im Land Mecklenburg-Vorpommern keinen Schwarzmarkt bezüglich Medikamenten im Bereich der Tierhaltung geben.

Als das Ergebnis aus Nordrhein-Westfalen bekannt wurde, gab es auch Sofortmaßnahmen des Ministeriums für Landwirtschaft, wie Herr Till Backhaus selber schon ausgeführt hatte. Die Strategiearbeitsgruppe wurde eingeführt und ab 1. Januar 2012 soll ein Monitoring durchgeführt werden. Man kann hier von einem guten Krisenmanagement sprechen und mit dem hier vorliegenden Antrag, der Ihnen im Moment auf dem Tisch liegt, soll dieses Krisenmanagement weiter fortgeschrieben werden.

Aber wie es in der Politik immer so ist, hat sich auch zu diesem Thema mal wieder eine Eigendynamik entwickelt. Die beiden Themenschwerpunkte, die hier zu nennen sind, sind zum einen die Massentierhaltung und zum anderen die multiresistenten Erreger. Man muss dazu sagen, es gibt bis jetzt keine Studien darüber und es ist bis jetzt nicht wissenschaftlich erwiesen, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Antibiotika bezüglich der multiresistenten Erreger und auch keinen kausalen Zusammenhang zwischen erhöhtem Einsatz von Antibiotika und der Größe der Massentierhaltung gibt.

Ich glaube nicht, dass hier jemand sitzt, der sich für eine konventionelle Landwirtschaft einsetzt, die sich gegen rechtliche Normen, gegen den Bürgerwillen und gegen den Naturschutz richtet. Doch mit dem Populismus können wir so nicht weitergehen, wie es im Moment in den Medien oder auch im Fernsehen zu sehen ist. Es gibt unterschiedliche, für meine Auffassung rationale Lösungsansätze im Besonderen in Bezug auf die Massentierhaltung. Ein Lösungsansatz ist zum Beispiel die Anpassung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes entsprechend der örtlichen Gegebenheiten, eine Einflussnahme auf das Raumordnungsverfahren oder, wie auf dem letzten SPD-Bundesparteitag angeregt, eine Änderung des Baugesetzes.

Das sind realistische Wege, die wir gemeinsam beschreiten sollten. Ich hoffe, dass wir einen gemeinsamen Weg gehen werden können. Bitte stimmen Sie dem SPD-CDU-Antrag zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke Ihnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das glaube ich nicht.)

Ich sehe keine Wortbeiträge mehr. Damit schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/195 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe bitte. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/195 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU und den Enthaltungen der Fraktion der NPD.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/196 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe bitte. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/196 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Enthaltung der Fraktion der NPD.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/170 zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mehrheitlichen Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der NPD ist dieser Antrag damit so beschlossen.

Die NPD hat eine Auszeit von 20 Minuten beantragt. Damit unterbreche ich die Sitzung und wir machen weiter um 15.50 Uhr.

Unterbrechung: 15.28 Uhr

Wiederbeginn: 15.52 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich eröffne die Sitzung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Vorrundengruppenspiele zur Volleyball-Europameisterschaft 2013 in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, Drucksache 6/131.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Vorrundengruppenspiele zur
Volleyball-Europameisterschaft 2013
in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen
– Drucksache 6/131 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten in der Landtagssitzung im November den vorliegenden Antrag als Dringlichkeitsantrag eingebracht und nach der Geschäftsordnung wird nun heute der Antrag im normalen Verfahren behandelt. Damit hatten auch alle ein paar Wochen Zeit, sich etwas intensiver mit der Materie zu befassen.

Vom 6. bis 15. September 2013 wird in Deutschland und auch in der Schweiz die Volleyball-Europameisterschaft der Frauen ausgetragen. Bereits im Vorfeld hatte der Deutsche Volleyball-Verband verschiedene Standortbesichtigungen dazu durchgeführt. Es gab auch Vorgespräche, unter anderem mit der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin. Im Ergebnis teilte der Deutsche Volleyball-Verband der Landeshauptstadt Schwerin mit, dass neben Berlin, Dresden, Halle/Westfalen und Zürich auch Schwerin für die Ausrichtung von Vorrundenspielen infrage kommt. Und da sage ich: Was für eine Gelegenheit!

Bereits im Jahr 2002 wurde in der Schweriner Sport- und Kongresshalle erfolgreich eine Vorrundengruppe im Rahmen der Volleyball-Weltmeisterschaft ausgetragen. Damals teilten sich Stadt und Land die Kosten mit jeweils circa 250.000 Euro. Dies war der Kostenanteil, der nach Anrechnung der Eintrittsgelder übrig blieb. Ich frage: Warum sollten wir nicht an diese Tradition anknüpfen?

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den zurückliegenden Jahren haben sich Kommunen des Landes mehrfach um internationale Sportevents beworben und sie häufig auch ausgerichtet. Das gilt auch für das Land. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Olympiabewerbung der Stadt Leipzig für das Jahr 2012, bei der wir die Segelwettbewerbe in Warnemünde ausrichten wollten, oder auch an die Bewerbung um Vorrundenspiele der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Im Jahr 2003 gab es zur Olympiabewerbung in diesem Parlament einen interfraktionellen Antrag, in dem es im Abschnitt II Punkt 3 hieß, ich zitiere: „Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die durch die olympische Bewerbung und von den Spielen ausgehenden Impulse für die Sportentwicklung, die Ausstattung mit modernen Sportstätten sowie Infrastruktureinrichtungen in der Gastgeberstadt Leipzig und dem Segelstandort Rostock, den Regionen und im gesamten Land. Die sich daraus ergebenden vielfältigen positiven Wirkungen auf Tourismus, auf Arbeitsplätze und Steuereinnahmen lassen eine staatliche Förderung verantwortbar erscheinen.“

Nun ist es leider nicht dazu gekommen, weil London die Bewerbung gewonnen hat, und auch die Vorrundenspiele 2006 im Fußball gingen an größere deutsche Städte. Aber die damalige Grundsatzentscheidung, sich zu bewerben und die Bewerbung auch finanziell zu unterstützen, war richtig.

Nun ist die Volleyball-EM zugegebenermaßen kein Vergleich zu Olympischen Spielen oder Fußball-Weltmeisterschaften. Aber ein internationales Ereignis von Rang ist sie allemal. Der Tourismus, die Wirtschaft und auch der Sport haben eine große Bedeutung für die Steigerung der Bekanntheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die Wirtschaft und der Tourismus präsentieren sich auf Messen. Der Sport präsentiert sich in Stadien, Sport- oder Schwimmhallen. Sie alle tragen dazu bei, unser Land international und national bekannter zu machen.

Der Sport präsentierte sich nicht nur mit herausragenden Leistungen, sondern hat in der Vergangenheit auch gezeigt, dass er die Fähigkeiten und Voraussetzungen hat, solche organisatorischen Herausforderungen für

alle sichtbar exzellent zu bewältigen. Und weil das so ist, hat das Land auch in vielen Fällen Finanzhilfen in Aussicht gestellt oder gewährt. Ich sage, es wäre doch schön, wenn das Land sich auch in diesem Fall spendabel zeigt, das umso mehr, als dass wir alle wissen, dass die Finanzsituation in Schwerin alles andere als rosig ist und zusätzliche Kosten immer ein Problem darstellen. Die Stadt Schwerin plant trotzdem, aus ihrem Haushalt für dieses Sportereignis fast 164.000 Euro lockerzumachen. Das wäre allerdings erst die Hälfte des in den Vorausberechnungen ermittelten Gesamtbedarfs nach Abzug der veranschlagten Eintrittsgelder. Wenn sich das Land mit der gleichen Summe beteiligen könnte, wäre die Finanzierung gesichert.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen und touristischen Effekte denke ich, dass für alle Beteiligten zu konstatieren ist, es wäre gut angelegtes Geld. Und, meine Damen und Herren, es wäre auch ein positives Zeichen an die Volleyballerinnen des SSC und ihre Fans, die seit Jahren die Stadt und auch das Land in der obersten Spielklasse deutschlandweit repräsentieren und dabei nachweislich große Erfolge erzielen konnten. Dazu gehört auch, dass der SSC übrigens die einzige Mannschaft ist, die unser Land in einem europäischen Cupwettbewerb, nämlich der Champions League, international vertritt und auf seinen Trainingsanzügen neben dem Logo „Schweriner Sportclub“ auch das Logo „MV tut gut.“ sichtbar angebracht trägt. Man könnte also sagen: M-V tut gut, auch als Sportland und Gastgeber einer Volleyball-EM.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin zwar noch neu in diesem Hohen Haus, habe mir aber sagen lassen, dass es in der Vergangenheit bei Fragen des Sports und der Sportpolitik viel häufiger zu einem fraktionsübergreifenden Kompromiss gekommen ist als in anderen Politikfeldern. Ich habe deshalb die Hoffnung, dass wir auch in diesem konkreten Fall zu einer gemeinsamen Lösung kommen, die es möglich macht, einen Teil der Vorrundenspiele der Europameisterschaften in Schwerin und damit in Mecklenburg-Vorpommern auszutragen. Aus meiner Sicht wäre das ein Sieg für den Sport, ein internationales Event für das Land und die Stadt und nicht zuletzt auch eine Anerkennung für die Leistungen des Schweriner SC. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Foerster.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen, weil die sportpolitischen Sprecher zu dem Antrag wesentlich besser sprechen können, weil sie die Sportinteressen in Gänze vertreten und wir das auch gemeinsam tun und das Land dafür auch viele Anstrengungen unternimmt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte nur nichts Falsches im Raum stehen lassen. Die Stadt plant einen Eigenanteil von 40.000 Euro und nicht, wie Sie hier ausgeführt haben. Denn sie hat neben den Mitteln, die wir als Antrag vorliegen haben, gleichzeitig einen Antrag auf Sonderbedarfszuweisungen in Höhe von 123.000 Euro zusätzlich gestellt, der rechtlich gar nicht zulässig ist, aber den sie als ihren Eigenanteil darstellt. Ich glaube, man muss sich vorher überlegen, wenn man solche Veranstaltungen plant, was man tut. Insofern hat die Stadt oder wer auch immer Ihnen als Stadtvertreter Vorlagen vorgelegt, die nicht den Tatsachen entsprechen, und das wollte ich zumindest vorher klargestellt haben. – Schönen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Minister.

Aber auch Sie muss ich daran erinnern, dass hier immer noch die Anrede „Frau Präsidentin“ gilt.

(Udo Pastörs, NPD: Wo bleibt denn
der Ordnungsruf? Zwei Standards.)

Ich rufe auf den Abgeordneten der Fraktion der CDU Herrn Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits am 16. Oktober 2010 gab der europäische Volleyballverband bekannt, dass die Volleyball-Europameisterschaft der Frauen im Jahr 2013 in der Schweiz und in Deutschland ausgetragen wird. Die Vorrundenspiele können neben den Austragungsorten Dresden, Halle/Westfalen und Zürich auch in Schwerin ausgetragen werden, wir haben es gehört. Über diese Entscheidung freue ich mich persönlich als sportpolitischer Sprecher sehr und ich denke, auch die Menschen in unserem sportbegeisterten Land erwarten dieses angekündigte Großereignis mit Spannung. Der Sportminister, er hat gerade gesprochen, hat mir im Vorfeld dieser Beratungen mitgeteilt, wie sehr er sich auch persönlich auf diese Veranstaltung freut.

Meine Damen und Herren, es ist eine Tatsache, dass der Frauenvolleyball in Mecklenburg-Vorpommern einen hohen Stellenwert besitzt. Dies beruht wesentlich auf den Leistungen des Schweriner Sportclubs, SSC. In der Bundesliga war der SSC schon acht Mal Deutscher Meister, zuletzt in der vergangenen Saison. Hinzu kommt der dreimalige Gewinn im nationalen Pokalwettbewerb des Deutschen Volleyball-Verbandes, insgesamt eine herausragende sportliche Bilanz.

Es sollte in dieser heutigen Beratung allerdings nicht vergessen werden, dass die Vorrundenspiele der Frauenvolleyball-EM in Schwerin ohne deutsche Beteiligung erfolgen würde. Die Spiele der deutschen Mannschaft sind in Halle/Westfalen angesetzt worden. Deshalb muss man ehrlicherweise bedenken, dass die hohen Zuschauerzahlen, die bei Heimspielen des SSC auf internationalem Niveau üblich sind, vielleicht nicht ganz so sind, wie man sich das vorstellt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht,
vielleicht. Einen Beweis können Sie
nicht anstellen, Herr Waldmüller.)

Nein, nein, ich bin bei der Champions League dabei, ich kenne die Zuschauerzahlen dort, wenn der SSC spielt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist kein tragfähiges Argument, den Antrag abzulehnen.)

Insofern erlauben Sie mir das.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nein, nein, nein, das ist eine Ausrede.)

Ich möchte, bevor ich detailliert auf den Antrag zu sprechen komme, noch einmal ausdrücklich feststellen, dass sowohl der Minister wie auch ich, wie auch unsere Fraktion ein entsprechendes sportliches Großereignis schon sehr lange begrüßen. Trotzdem kann der Antrag der Fraktion DIE LINKE keinesfalls meine uneingeschränkte Zustimmung finden. Und auch wenn ich dieses Volleyball-Event begrüße, so muss es auf dem Prüfstand der Realität bestehen können.

Der Sportminister ist grundsätzlich dafür verantwortlich, den Sport im Land flächendeckend zu unterstützen, dies sowohl in der Breite als auch in der Spitze. Allein deshalb ist es praktisch unmöglich, Einzelveranstaltungen mit hohen Zuschüssen zu bedenken. Diese Mittel müssen letztlich an anderer Stelle wieder eingespart werden. Trotzdem ist es vorgesehen, im Zuge der laufenden Haushaltsaufstellung für die Jahre 2012/2013 einen Titel einzurichten, mit dem internationale Großveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet und gefördert werden können.

Derzeit stehen dem Landeshaushalt insgesamt lediglich 20.000 Euro pro Jahr für alle Sportveranstaltungen im Land zur Verfügung. Aufgrund des zwischenzeitlich konkretisierten Finanzbedarfes der Stadt Schwerin als Ausrichter der Volleyball-EM reichen diese Mittel aber bei Weitem nicht aus. Nach den von der Stadt Schwerin an das Innenministerium übermittelten Ansätzen sind Gesamtkosten in Höhe von 400.000 Euro zu erwarten. Die Stadt Schwerin will sich dabei lediglich mit etwa einem Zehntel, also etwa 40.000 Euro, beteiligen. Die Einnahmen werden auf 75.000 Euro geschätzt. Den ganz überwiegenden Teil der Kosten möchte die Stadt Schwerin durch das Land bezahlt haben, 164.000 Euro durch Sportfördermittel und 123.000 Euro durch Sonderbedarfszuweisungen – wir haben es gerade gehört –, Sonderbedarfszuweisungen, die nach dem FAG eigentlich für kommunale Zwecke und nicht für Prestigeobjekte einer Stadt eingesetzt werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig, dass eine gesicherte Finanzierung einer solchen Sportgroßveranstaltung ein fester Bestandteil der Planungen sein muss. Insofern muss mit allen Entscheidungsträgern vor einer verbindlichen Zusage gesprochen werden. Wie ich am Anfang der Rede bereits dargestellt habe, war die Entscheidung für den Austragungsort Schwerin bereits im Oktober letzten Jahres gefasst worden und die Stadt Schwerin hat sich vor Bekanntgabe der Austragungsorte nicht mit dem Innenministerium in Verbindung gesetzt.

Dieses Vorgehen der Stadt halte ich für sehr bedenklich. Aus der positiven Haltung des Ministeriums für Inneres und Sport zu Sportveranstaltungen im Lande kann und darf nicht geschlossen werden, dass die Finanzierung derartiger Wettkämpfe sozusagen automatisch über Landesmittel erfolgen wird. Im konkreten Fall war und ist es die Aufgabe der Stadt Schwerin, gemeinsam mit den Sponsoren die Finanzierung einer solchen Veranstaltung abzusichern. In der genannten Größenordnung wird sich

das Innenministerium deshalb nicht an dem Vorhaben beteiligen können.

Meine Damen und Herren, die Initiativen von Kommunen, die sich um internationale sportliche Wettkämpfe bemühen, werden vom Minister und von mir durchaus begrüßt, aber das kommunale Eigeninteresse muss auch mit der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit im Einklang stehen. Die Haushaltssituation der Stadt Schwerin ist allgemein bekannt. Wenn schon die laufende Aufgabenerfüllung gefährdet ist, dann können doch seitens der Stadt keine erheblichen Zahlungsverpflichtungen für Sportveranstaltungen eingegangen werden, und schon gar nicht, bevor eine konkrete und verbindliche Entscheidung über die Kostenverteilung erfolgt ist. Es geht eben nicht, dass man eine Veranstaltung durchführt und die anderen bezahlen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass der Landtag oder auch das Innenministerium für eine verfehlte Vorgehensweise der Stadt Schwerin erhalten soll. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gajek von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Mir als Schwerinerin fällt es jetzt hier nicht so sehr leicht, gegen den Antrag zu sprechen, weil ich natürlich den Frauenvolleyball mit Verfolge, wenn auch nicht bisher mit so einer Vehemenz wie einige Vertreterinnen und Vertreter von hier. Dennoch geht es hier um ein sportliches Ereignis, wo eine Stadt bevorzugt wird und es hier letztendlich, wie Herr Waldmüller das eben schon sehr deutlich gemacht hat, auch ein Verschlagen auf kommunaler Ebene der Landeshauptstadt gibt.

Ich möchte die Argumentation, warum die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dagegen stimmt, haushaltspolitisch begründen. Wie wir erfahren haben, ist jetzt schon ein Kostenvolumen von 400.000 Euro avisiert, vorher waren es 100.000 Euro weniger. Die Finanzierung dieses Events ist letztendlich nicht solide aufgeführt worden. Und nachdem man dann festgestellt hat, dass es auf kommunaler Ebene nicht die Mehrheiten gibt, hat man jetzt die Fraktion DIE LINKE sozusagen vorgeschickt oder sie hat sich hier in die Bresche geschlagen, um für Schwerin dieses Vorrundenspiel – es ist die dritte Runde – sich bestätigen zu lassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für Sport, sind auch für Breitensport und auch für die Förderung von Leistungssport. Aber wenn wir wissen, dass es nur 20.000 Euro in dem großen Landessäckel für sportliche Events gibt, ist es einfach unangebracht, unangemessen und nicht solide, hier haushaltspolitisch zu sagen, die Landesregierung möge doch dann hier vor Ort die Schweriner Kommunalpolitik fördern, dieses deckeln, um hier ein Event starten zu lassen, wo wir sagen, das geht nicht.

Interessant wäre noch, was der Landesrechnungshof dazu sagt, denn wie wir alle wissen, sind wir in Schwerin in der Haushaltskonsolidierung, wir haben Sparmaßnah-

men, die es uns nicht einfach machen. Und ich persönlich halte es für zu einfach, hier den Landtag zu bemühen. Hier müssen wir in Schwerin unsere Hausaufgaben machen, so schwer das ist, und müssen vor Ort dann Entscheidungen treffen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird hier dagegen stimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der Fraktion der SPD Herr Müller.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Neuer sportpolitischer Sprecher?! –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nein, ich bin nicht der sportpolitische Sprecher meiner Fraktion,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

sondern ich bin der kommunalpolitische Sprecher. Und vielleicht kann man dieses ganze Thema unter dem Blickwinkel der Kommunalpolitik und der kommunalen Finanzausstattung sehen, aber auch unter dem Blickwinkel des Verhaltens einer großen wichtigen Kommune, nämlich unserer Landeshauptstadt. Ich denke aber, dass der Kollege Waldmüller hier in seiner ausgezeichneten Rede das von der Sache her bereits hinreichend beleuchtet hat, sodass ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken kann.

Als Erstes: Ich glaube, wir haben keinen Dissens darüber, dass zu einer vernünftigen Sportlandschaft auch sportliche Großereignisse gehören. Sport besteht natürlich aus Breitensport, aber Sport besteht auch aus Spitzensport. Das ist vom Grundsatz her völlig unstrittig. Genauso dürfte aber auch unstrittig sein, dass nicht jedes Ereignis, so, wie es denn dort geplant und vorbereitet worden ist, unsere Förderung verdient, sondern dass wir es uns hier sehr wohl herausnehmen müssen, hier eine Einzelabwägung zu treffen und dann zu einer Entscheidung zu kommen. Und diese Einzelabwägung, das hat Kollege Waldmüller bereits gut begründet, führt zu dem Ergebnis, dass wir diese Finanzmittel nicht zur Verfügung stellen wollen.

Ich möchte noch ergänzend darauf hinweisen – und da spricht dann in der Tat, lieber Kollege Ritter, der kommunalpolitische Sprecher –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist okay!)

dass Sonderbedarfszuweisungen, die hier von der Landeshauptstadt Schwerin beantragt worden sind, in der Regel für investive Maßnahmen gedacht sind und dass wir hier sicherlich keine investive Maßnahme vorliegen haben, sodass – der Minister hat es schon gesagt – der Antrag auf Sonderbedarfszuweisungen bereits scheitern muss, weshalb die Gesamtfinanzierung nicht steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns des Weiteren einmal den Blick auf die Landeshauptstadt Schwerin werfen und auf die heutige Presselage. Wir

lesen heute in den Medien, dass die Landeshauptstadt Schwerin nicht in der Lage ist, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Zahlung der Gehälter für den Monat Dezember zu sichern. Das ist eine sehr ernste, das ist eine sehr schwierige Situation

(Udo Pastörs, NPD: Blühende Landschaften.)

und wir dürfen natürlich die Landeshauptstadt Schwerin nicht im Regen stehen lassen. Ich glaube aber, wir haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass wir dies auch nicht tun, zuletzt bei der Sonderzuweisung für das Thema Theater. Aber wenn eine Stadt in einer solch dramatischen Haushaltslage sich befindet, dann, denke ich, ist es in der Tat zunächst einmal die vorrangige Aufgabe, hier – wie man so schön sagt – die Basics,

(Udo Pastörs, NPD: Basics!)

also die grundlegenden Probleme zu lösen und sich nicht zu ganz hohen Aufgaben und hohen Events mit zweifelhaftem Erfolg hinreißen zu lassen. Das scheint mir in dieser Situation der falsche Weg zu sein. Und ich glaube, wir dürfen, wenn hier die Landeshauptstadt vom Land Finanzmittel begehrt, dieses auch deutlich zum Ausdruck bringen, bei allem Respekt vor kommunaler Selbstverwaltung.

Der letzte Gedanke, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Gedanke des Verfahrens. Auch hierzu hat Kollege Waldmüller schon einiges ausgeführt. Aber das Verfahren, zu sagen, wir bewerben uns, wir machen mal und am Ende muss das Land uns dann schon helfen, das kann eigentlich nicht die sinnvolle Vorgehensweise sein. Dann wird man sich irgendwann mit dem Satz konfrontiert sehen, den wir in der Konnexitätsdiskussion gerne zitiert haben: „Wer bestellt, bezahlt.“ Also wer bestellen möchte, sollte sich vorher mit dem, der bezahlen soll, auch wenigstens ins Benehmen setzen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist das Mindeste.)

dass eine solche Bezahlung gewährleistet ist. Das dürfte das Mindeste in einem vernünftigen Umgang sein. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der Fraktion der NPD Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll sich, so der fromme Wunsch der LINKEN, an den Kosten beteiligen, die für die Landeshauptstadt Schwerin im Rahmen der Funktion als Austragungsort für eine Vorrunde der Volleyball-Europameisterschaft in Deutschland und in der Schweiz im September 2013 entstehen.

Die Landeshauptstadt hat die Austragungsrolle mit dem Wissen übernommen, dass sie die Finanzierung wohl nicht aus eigener Kraft schafft. Dies bestätigte gerade auch der Innenminister in seiner Funktion als Sportminister. Grundsätzlich sind internationale oder nationale Sportwettkämpfe, die in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden können, zu begrüßen, wobei die Vorgehensweise

der Landeshauptstadt Schwerin peinlich und katastrophal ist. Vor dem Hintergrund, dass in unserem Land der Breitensport immer mehr in eine nicht selbst verschuldete Schiefelage gerät, ist der Antrag der Landeshauptstadt Schwerin gar eine Frechheit.

Als Beispiel seien hier an dieser Stelle nur die schweren Turbulenzen genannt, in der sich die Spielgemeinschaft Banzkow/Leezen befindet. Dieser Handballverein musste seinen Monatsbeitrag für Kinder von 8 Euro auf 19,50 Euro erhöhen, da die Hallenmiete durch die Gemeinde Leezen drastisch angehoben wurde. Allein durch dieses Beispiel wird deutlich, in welchem Bereich in Mecklenburg-Vorpommern die wahren Probleme im Land zu finden sind.

Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihren Redebeiträgen habe ich entnommen, dass sich nicht nur die Regierungsfaktionen bereits darauf festgelegt haben, dem Antrag nicht zuzustimmen. Und es war schon erstaunlich, was hier heute alles an sprachlichen Verrenkungen produziert wurde, um den Nachweis zu erbringen, dass Sie ja prinzipiell für das inhaltliche Anliegen, eine Volleyball-EM in unserer gemeinsamen Landeshauptstadt Schwerin auszurichten, sind, aber natürlich gegen den Antrag meiner Fraktion. Zusammengefasst könnte man sagen: Der richtige Antrag, das richtige Anliegen wurde aus Ihrer Sicht von der falschen Fraktion eingebracht. Das ist Ihre Logik, die Sie dann auch heute hier transportiert haben.

(allgemeine Unruhe –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist Ihre Politik.)

Ich finde das Ganze mehr als bedauerlich, denn mit einem ablehnenden Signal von der heutigen Landtagssitzung sinken natürlich die Chancen auf die Ausrichtung eines herausragenden internationalen Sportereignisses.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und welche Effekte in Sachen Bekanntheitsgrad

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Helmut Holter, DIE LINKE)

und Imagegewinn sich damit verbinden, dazu hatte ich bereits in der Einbringungsrede was gesagt.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, was der Ministerpräsident heute Morgen im Rahmen seiner Regierungserklärung angeboten hat. Zu Ihrer Erinnerung: Er warb dafür, nicht nur Unterschiede zu betonen, sondern richtige Vorhaben auch aus gemeinsamer Überzeugung voranzubringen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Heute bei diesem Antrag hätten Sie dazu die Gelegenheit gehabt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das war vor ein paar Stunden. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das
war heute Vormittag.)

Denn mal abgesehen von der grundsätzlichen Einstellung, als demokratische Fraktion gegen rechts zusammenzustehen: Wo, wenn nicht bei solchen Anträgen, wollen Sie denn dieses Angebot am Ende auch einlösen?

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD:
Das ist mehr als dürrftig. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Soweit ich mich richtig erinnere, hatte ich mich bereits im Rahmen der Einbringung des Dringlichkeitsantrages lediglich darauf bezogen,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

dass die Durchführung einer Vorrundengruppe der Volleyball-EM in Schwerin aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten – das ist mehrfach angesprochen worden – allein nicht zu stemmen ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da gab es keinerlei Schuldzuweisungen in irgendeine Richtung. Und auch heute habe ich nach meinem Verständnis keinen attackiert, sondern um Ihre Zustimmung geworben, denn als Stadtvertreter und Landtagsabgeordneter weiß ich, dass die maßgeblichen Fachausschüsse der Stadt ihre Beratungen zum Thema Volleyball-EM zurückgestellt haben, weil sie eben erst einmal auf ein Signal unter anderem aus diesem Hohen Hause warten. In diesem Zusammenhang dann von Populismus zu sprechen, wie das der Kollege Waldmüller bereits nach der letzten Landtagssitzung auch öffentlich gemacht hat, ist nach meinem Dafürhalten schlicht und ergreifend unangebracht.

Um das noch einmal zu betonen: Für mich ist nicht entscheidend, wer möglicherweise wem hier gram ist, weil die Kommunikation zwischen den handelnden Personen im Stadthaus und im Ministerium möglicherweise auch suboptimal verlaufen sein soll.

(Udo Pastörs, NPD: Suboptimal!)

Ein Schubladendenken nach dem Motto: „Die Guten sitzen im Stadthaus und die Bösen im Arsenal“, oder umgekehrt, hilft an der Stelle auch nicht weiter.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das sind nur Böse.)

Ich könnte hier jetzt auch ausführen, wer jeweils in welcher informellen Runde wem Zusicherungen gemacht hat und was mögliche Absprachen ganz offensichtlich heute noch wert sind. Das spare ich mir an dieser Stelle und werbe abschließend noch einmal um Ihre Zustimmung für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/131. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/131 mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – GAP-Reform 2014 aktiv begleiten – Wettbewerbsfähigkeit einer umweltgerechten Landwirtschaft sichern, Drucksache 6/163.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
GAP-Reform 2014 aktiv begleiten –
Wettbewerbsfähigkeit einer
umweltgerechten Landwirtschaft sichern
– Drucksache 6/163 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Professor Dr. Tack.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ab 2014 hat in diesem Hause in der vergangenen Legislatur bereits mehrfach eine gewichtige Rolle gespielt. Wir sind uns, denke ich, fraktionsübergreifend darüber im Klaren, dass die Neuausrichtung dieser Gemeinschaftspolitik die Entwicklung auch unserer Landwirtschaft im nächsten Jahrzehnt prägen wird.

Wir sehen das Agrarland Mecklenburg-Vorpommern dabei besonders gefordert, die Interessen einer nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft zu formulieren und diese im Bund und in der Europäischen Union zu vertreten. Diesem Anspruch scheint die Koalition aus SPD und CDU jedoch nicht so recht genügen zu können. Gibt es vonseiten der SPD, besonders geprägt durch das Agrarministerium, weitreichende progressive Vorstellungen zur Zukunft der GAP, so treffen diese auf eine Position der CDU, die ein „Weiter so!“ für Fortschritt hält. Das findet sich auch im Koalitionsvertrag wieder, der für die große Aufgabe des nächsten Jahrzehnts lediglich im Punkt 122 erwähnt, dass die Koalitionspartner die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik zur Stabilisierung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in Mecklenburg und Vorpommern unterstützen wollen.

Konkret wollen sie sich dabei dafür einsetzen, dass die benachteiligten Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern auch zukünftig über die Ausgleichszulage der EU gefördert und die bisherigen Abgrenzungskriterien beibehalten werden. Das war's dann auch schon, bleibt dabei zu bemerken.

Wir sehen die Bedeutung der Ausgleichszulage uneingeschränkt als notwendig an. Immerhin haben Minister Dr. Backhaus und der agrarpolitische Sprecher der SPD Herr Krüger auf der Präsidiumstagung des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern im November angekündigt, eben zu dieser Sitzung, zu der heutigen Sitzung, und zur GAP nach 2014 dem Landtag einen Antrag vorzulegen. Wie Sie sehen, ist aus diesem Versprechen leider nichts geworden. Es fehlte wohl mal wieder die Fähigkeit, gemeinsam zu handeln.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ich denke, dass meine Fraktion mit diesem vorliegenden Antrag dem Landtag und dem Agrarausschuss eine Basis liefert, die anstehenden Fragen der Auswirkungen und der Gestaltung der GAP umfassend zu behandeln. Ich hoffe, dass die demokratischen Fraktionen zu gemeinsamen Standpunkten zur Zukunft einer nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gelangen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wie ich das auf der Präsidiumsklausur des Bauernverbandes auch bereits ausgedrückt habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir in der vergangenen Legislatur über mögliche Konzepte und Entwicklungsrichtungen diskutiert und auch gestritten, so können wir jetzt auf das am 12. Oktober 2011 durch die EU-Kommission vorgelegte Vorschlagspaket zurückgreifen. Diese Vorschläge für mehrere Verordnungen sind nicht nur Rechtsakte – oder werden es nicht nur werden – der Europäischen Kommission, sondern zugleich auch des Europäischen Parlaments. Das ist ein Novum und zeigt die neue Rolle des EU-Parlamentes. Nach einer Debatte im Europäischen Parlament und dem Rat wird die Verabschiedung der verschiedenen Verordnungen und Durchführungsbestimmungen bis Ende 2013 erwartet. Ziel ist das Inkrafttreten der GAP-Reform zum 1. Januar 2014.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir, DIE LINKE, meinen, die Vorstellungen der EU gehen grundsätzlich in die richtige Richtung. Die Ziele der EU, die Umweltbeiträge der Landwirtschaft weiter zu steigern, die Wettbewerbsfähigkeit in der Nahrungsmittelerzeugung zu verbessern, die nachhaltige Ressourcennutzung zu unterstützen und den Beitrag der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik für eine ausgewogene Entwicklung der ländlichen Räume zu stärken, sind richtig. Damit stimmen wir mit der Beschlussfassung der Herbsttagung der Agrarminister überein.

Wenn dieser Standpunkt auch mit Hängen und Würgen, wie die Presse dazu schrieb, erreicht wurde, ist es immerhin ein gemeinsamer Standpunkt der Länder und ein guter Anfang, über die grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit der Reform Lösungen zu einzelnen, zu wichtigen Fragen zu finden. Und genau das ist das Anliegen unseres Antrages. Dazu ist es natürlich erst einmal notwendig, die absehbaren Auswirkungen der Legislativvorschläge der Kommission auf die Agrarstruktur des Landes und die Entwicklung der ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern einzuschätzen und daraus abzuleitende Schlussfolgerungen zu finden.

Dieses ist Gegenstand des ersten Punktes unseres Antrages. Im zweiten Teil gehen wir auf die bereits absehbaren Schwerpunkte ein, die sich nicht nur aus unserer Sicht ergeben, wenn zugleich mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr ökologische Leistungen und mehr positive Wirkungen für den ländlichen Raum von der Landwirtschaft gefordert werden.

Wir verkennen auch nicht die Gesamtsituation, in der sich die Landwirte bewegen müssen. Sie ist zum Beispiel gekennzeichnet durch die Herausforderungen des Klimawandels. Ich erinnere an diesen Sommer und an entsprechende Aktivitäten im Agrarausschuss und in der Novemberlandtagssitzung hier im Hause. Sie ist weiter-

hin gekennzeichnet durch volatile Märkte, sie ist aber auch gekennzeichnet durch eine globale Verschlechterung der Handelsbedingungen, wobei sich die Situation vor allem in den letzten Jahren verschärft hat.

So stiegen von 2004 bis 2010 weltweit die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber dem Stand im Zeitraum 1986 bis 2003 um durchschnittlich 50 Prozent. Dem steht ein sprunghafter Anstieg der Energiepreise um 220 Prozent und der Düngemittelpreise um 150 Prozent gegenüber. Die Direktzahlungen der Europäischen Union machten in dieser Situation für viele Betriebe auch in unserem Lande etwa die Hälfte der Einkünfte und der Arbeitsplatzsicherung aus. Wenn es in diesem Jahr gelungen ist, die Mittel der Direktzahlungen schon zum 1. Dezember an die Betriebe zu überweisen, dann ist das für viele von ihnen nach diesem Wirtschaftsjahr der rettende Anker gewesen. Das findet meine uneingeschränkte Anerkennung.

Umso sorgfältiger müssen wir die Wirkungen der EU-Vorschläge prüfen. Im Fokus stehen dabei vor allem die vorgeschlagenen Kappungs- und Degressionsmaßnahmen. Betroffen ist davon der 70-Prozent-Anteil der vorgesehenen Direktzahlungen der EU, der beginnend ab einer Beihilfeshöhe von 150.000 Euro mit 20 Prozent gekürzt werden soll. Der Höchstbetrag soll dann mit 300.000 Euro gedeckelt werden. Im Lande würde es nach Angaben des Ministeriums 621 Betriebe mit der degressiv ausgestalteten Obergrenze ab 150.000 Euro treffen, davon 172 mit der absoluten Kappung ab 300.000 Euro. Nicht betroffen ist der künftig vorgesehene 30-prozentige Greeninganteil, der für jede Betriebsgröße ungekürzt bleibt, wenn die Kriterien, über die es noch zu reden gilt, erfüllt werden.

Ich betone es noch einmal, für DIE LINKE sind Kappung und Degression keine Mittel gerechterer Verteilung. Wie will man das einem Genossenschaftsbetrieb mit vielleicht 2.000 Hektar, der typisch für unsere Struktur ist, und damit mehreren Betreiberfamilien erklären, wenn diese Kappung durchgeführt wird? Einerseits will die EU-Kommission kooperative Ansätze fördern, andererseits werden Kooperativen dafür bestraft, dass sie nicht als Kleinbetriebe arbeiten. Jeder, der will, kann sich in unserem Lande ansehen, dass gerade Genossenschaftsbetriebe den ländlichen Raum stützen, gute Löhne zahlen und zumeist durch ihre Struktur mehr Produktionsvielfalt und damit durchschnittlich mehr Arbeitsplätze bieten. Wofür sollen diese Betriebe bestraft werden?

Natürlich, meine Damen und Herren, kann man jetzt das Argument anführen, dass das Lohnvolumen dieser Betriebe gegen Kappungsgrenzen angerechnet werden kann und damit ein Schmerzpflaster möglich wäre. Jedoch ist es so, dass eine einmal in die Welt der Gesetze eingeführte Regelung zumeist Bestand behält und eine Änderung ihrer Zahlen leicht machbar ist. Das Tor, wenn es dann geöffnet ist, ist erst einmal offen.

Die Vorstellung der LINKEN dazu ist, die strukturbedingten Arbeitskräfte dieser Betriebe mit 20 Prozent zusätzlich zu den Direktzahlungen zu berücksichtigen. Damit wäre es möglich, ohne das gefährliche Monster „degressive Kappung“ diesen Beträgen eine zusätzliche gesellschaftliche Anerkennung zu geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Gemeinsame europäische Agrarpolitik ist ein umfassendes

des Programm, das mit einer kurzen Abhandlung eines Antrages einer Fraktion kaum ausreichend beleuchtet, geschweige denn diskutiert werden kann. Dazu ist dann unserer Meinung nach der zuständige Fachausschuss da, der sich externen Sachverständigen zu Hilfe holen kann und danach den Landtag umfassend informieren und eine Stellungnahme zum Beschluss vorschlagen kann. Daher bitte ich Sie, unserem Antrag auf Überweisung in den Agrarausschuss Ihre Zustimmung zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Gemeinsame Agrarpolitik reden, dann reden wir über ein Stück europäische Selbstverständlichkeit, ja, über ein Stück europäische Erfolgsgeschichte. Wir erleben ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, über ein Stück europäische Erfolgsgeschichte. Hören Sie sich das gut an!

(Michael Andrejewski, NPD: Es gibt nur europäische Erfolgsgeschichten.)

In Zeiten der internationalen europäischen Finanzkrise ist es wichtig,

(Udo Pastörs, NPD: Der Euro ist auch eine europäische Erfolgsgeschichte.)

auch mal ein Wort über die Bedeutung Europas zu verlieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig, Thomas.)

Wir haben hier eine gemeinsame Politik und einen gemeinsamen Politikbereich, der über viele Jahre erfolgreich gearbeitet hat.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wird immer noch glorreicher.)

Die europäischen Staaten regeln seit vielen Jahren ihre Angelegenheiten in Frieden und Demokratie, und das ist auch gut so und das bleibt auch so.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Über Jahrhunderte war das einfach nicht möglich, weil das Nationalstaatliche im Vordergrund stand. Und das führte dazu, dass wir über Jahrhunderte blutige Konflikte in Europa hatten,

(Stefan Köster, NPD: Die EU macht alles besser jetzt.)

die wir heute nicht mehr haben, und das ist auch gut so.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist erstmals gelungen, die europäischen Staaten in einer Friedensunion zu vereinigen, und die Ära der sich über Jahrhunderte hinziehenden blutigen Kriege ist vorbei.

(Michael Andrejewski, NPD:
Eine Pleiteunion, würde ich sagen. –
Udo Pastörs, NPD: Das ist egal,
Hauptsache EU und Demokratie.)

Ach, wissen Sie, Menschen Ihrer Geisteshaltung haben wir es zu verdanken, dass halb Europa in Schutt und Asche lag.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Ich würde an Ihrer Stelle einfach den Mund halten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir können stolz sein auf das, was wir in Europa geschaffen haben. Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, Europa ist eine Wertegemeinschaft und eine Friedensgemeinschaft

(Udo Pastörs, NPD:
Eine Bankrottgemeinschaft.)

und die Gemeinsame Agrarpolitik ist ein Teil dieser Politik,

(Udo Pastörs, NPD: Die
Krieg führt in der ganzen Welt.)

schließlich reden wir über das, was wir am dringendsten benötigen – genauso wie die Luft zum Atmen –, nämlich unsere gesunden Lebensmittel.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Gemeinsame Agrarpolitik sorgt dafür, dass wir in Europa ausgewogene Wettbewerbsbedingungen haben, und sie sorgt dafür, dass wir seit Jahrzehnten Nahrungsmittelsicherheit für viele Millionen Menschen in Europa haben. Wir groß die Bedeutung des letztgenannten Punktes ist, dürfte allen klar sein.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In vielen Teilen der Welt ist es eben nicht selbstverständlich, dass wir Nahrungsmittelsicherheit haben. Wir können auch durch die Elemente, die wir in Europa haben, dieses seit vielen Jahrzehnten sicherstellen.

Nun soll die Gemeinsame Agrarpolitik reformiert werden. Die Europäische Kommission hat dazu Mitte Oktober ihre Vorschläge vorgelegt, die für die Zeit nach 2013 gelten sollen. Ziele der Reform sind nach Lesart der Kommission, die Landwirtschaft wettbewerbsfähiger und nachhaltiger zu gestalten und den ländlichen Raum weiterzuentwickeln. Um es kurz aus Sicht der Fraktion der Sozialdemokraten zu sagen: Die Richtung stimmt, auch wenn wir noch nicht mit allem einverstanden sind.

Es bleibt dabei, die GAP wird in einem 2-Säulen-Modell aufgebaut. Aus der ersten Säule, die in Deutschland circa 85 Prozent der Mittel ausmacht, werden die Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe geleistet. Herr Kollege Tack hat eben gesagt, das sind circa 50 Prozent des Einkommens der Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern. Der Rest steht für Maßnahmen der Entwicklung in den ländlichen Räumen zur Verfügung.

An diesem 2-Säulen-Modell wird festgehalten und das begrüßen wir ausdrücklich. Die Direktzahlungen sind nicht produktionsgebunden, sie bleiben an die Fläche der Betriebe gebunden. Damit sichern wir den Landwirten ein kontinuierliches und planbares Einkommen. Zudem sichern wir unsere Lebensmittelpreise und gleichen Unterschiede in den Lebensniveaus innerhalb der europäischen Staaten aus.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch wenn diese Zahlungen nicht ursächlich an gesellschaftliche Leistungen gebunden sind, möchte ich dennoch betonen, dass die Landwirte gesellschaftliche Leistungen erbringen und daher eine entsprechende Entlohnung durch die Gesellschaft ihnen auch zusteht. Ich halte das also nicht für eine Subvention.

Sie sorgen beispielsweise für gesunde Lebensmittel, sie arbeiten seit Jahrhunderten nachhaltig, weil, wenn Landwirte nicht nachhaltig arbeiten, werden sie irgendwann nicht mehr Lebensmittel produzieren können. Sie pflegen unsere Kulturlandschaft, sie sind in ländlichen Strukturen Arbeitgeber und sie sichern inzwischen einen Teil unserer Energieversorgung. In vielen Regionen unseres Landes sorgen sie für das funktionierende ländliche Leben. Und, meine Damen und Herren, wenn der Schnee so hoch liegt, dass niemand anderes mehr durchkommt, erinnert man sich sehr schnell daran, wo der Bauer seine Zugmaschinen hat und aus Notsituationen heraushilft. Kurz: Die Direktzahlungen bleiben ein stabilisierendes Element und das ist auch gut so.

Was wir kritisch sehen und ablehnen, ist die Degression beziehungsweise die Kappung der Direktzahlungen für große Betriebe. Eine Folge könnte beispielsweise sein, dass große Betriebe sich in kleinere Strukturen aufspalten. Meine Damen und Herren, das kann nicht im Sinne der Effektivität sein, das ist nicht richtig.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Neben den eben genannten wirtschaftlichen Aspekten sollen künftig ökologische Aspekte in der Agrarpolitik eine größere Rolle spielen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir erleben alle in Zeiten des Klimawandels, wie notwendig es ist, dass wir mehr und nachhaltig in Ökologie investieren. So sollen die Zahlungen der EU daran geknüpft sein, dass sieben Prozent der Flächen als ökologische Vorrangflächen bewirtschaftet werden, und ich sage ausdrücklich „bewirtschaftet werden“.

Ich glaube, Frau Dr. Karlowski, da haben wir Meinungsunterschiede. Zumindest hatte ich den Eindruck bei der Tagung des Bauernverbandes, dass das so ist. Wir sind nämlich der Meinung, dass diese Flächen bewirtschaftet werden sollen, dass Anpflanzungen passieren sollen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier nenne ich zuerst Blühflächen oder Anpflanzungen von Eiweißpflanzen wie Bohnen, wie beispielsweise Erbsen oder Lupinen.

Wir können uns auch ausdrücklich vorstellen, dass die Flächen mit Energiepflanzen angepflanzt werden. Wir sind nun mal in der Zeit, in der wir den Energiewandel zu organisieren haben. Da macht es keinen Sinn, diese Flächen brachliegen zu lassen. Ich nehme hier ausdrücklich den Mais als Energiepflanze aus. Wir brauchen hier an dieser Stelle auch eine vernünftige Fruchtfolge.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, wir haben ein schönes Land mit Söllen, Feldhecken, Rückzugsräumen für Tiere. Ich bin überzeugt, dass viele landwirtschaftliche Betriebe diese geringen Maßnahmen gar nicht umzusetzen brauchen, weil sie heute schon entsprechend ausreichend ökologische Vorrangflächen haben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Meine Rede, sag ich doch.)

Sehen Sie, Frau Dr. Karlowski, da sind wir uns wieder einig an der Stelle.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Hier stellt sich also die Frage nach der Bewirtschaftung der Flächen gar nicht erst. Kritisch sehen wir, dass mit der GAP-Reform eine Ausweitung der Bürokratie einhergehen soll.

Auf der Präsidiumstagung des Bauernverbandes hat mich ein EU-Vertreter belehrt, dass in Sachen Bürokratieabbau die EU schon vieles getan hat. Er hat beispielsweise das Standardmaß der Gurke angeführt, das abgeschafft worden ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Echt? –
Heinz Müller, SPD: Oooh!)

Das hat er angeführt.

Ja, meine Damen und Herren, aber das kann ja nun kein Grund sein, an anderer Stelle Bürokratie wieder auszuweiten, und deshalb wird im Prozess der Erarbeitung hierauf mit Sicherheit noch ein Fokus zu legen sein, dass wir im Bereich Bürokratieabbau an dieser Stelle auch weiterkommen. Es gibt also noch einige Punkte, wo wir in den Verhandlungen mit der EU nachsteuern müssen.

Der Antrag der LINKEN spricht davon, dass wir die Chancen der GAP weiterhin aktiv begleiten sollen und uns weiterhin aktiv einbringen sollen. Ja, das tun wir bereits und das wollen wir auch weiterhin tun. Deshalb werden wir den Antrag in den Agrarausschuss überweisen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, Thomas.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Dr. Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Her-

ren Abgeordnete! Zu später Stunde noch ein großes Thema.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
So spät ist die Stunde noch nicht. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Unsere Position zum Thema „GAP-Reform 2014 aktiv begleiten – Wettbewerbsfähigkeit einer umweltgerechten Landwirtschaft sichern“ stelle ich Ihnen jetzt vor.

Agrarpolitik ist heute keine reine Bauernpolitik mehr. Sie muss sich neuen Herausforderungen wie Klimawandel, beschleunigte Energiewende, Tierschutz und Schutz der Biodiversität stellen. Im Antrag der LINKEN finden wir dazu, Zitat: „Den ursprünglichen Zielen der GAP-Reform zur Verwaltungsvereinfachung und dem Bürokratieabbau ist wieder Geltung zu verschaffen“, Zitatende.

Natürlich ist Bürokratieabbau ein wichtiges Ziel. Die GAP-Reform muss jedoch weit darüber hinausgehen. Wir GRÜNEN fordern eine grundlegendere Reform der Agrarpolitik. Wir wollen hin zu einer an den Verbrauchern und Verbraucherinnen orientierten fairen, umweltgerechten und tiergerechten Landwirtschaft

(Udo Pastörs, NPD: Jawoll!)

mit überwiegend regionalen Kreisläufen,

(Udo Pastörs, NPD: Genau.)

mit einer Erzeugung qualitativ hochwertiger und gesunder Lebensmittel, die diesen Namen verdienen, mit einer daran gekoppelten Verarbeitung und Veredelung vor Ort. So kann eine dauerhafte Wertschöpfung in der Region erzielt werden.

Gleichzeitig ist in unseren Augen die Vergabe von öffentlichen Geldern an die Agrarwirtschaft daran zu koppeln, dass mit diesen Geldern öffentliche Güter erhalten und gefördert werden. Was sind die öffentlichen Güter? Es geht uns um sauberes Grundwasser, Oberflächenwasser, eine gute Luft, nachhaltig bewirtschaftbare Böden, den Erhalt der Biodiversität der Offenlandschaften und auch eine saubere Ostsee.

Was erwartet uns nun in Sachen EU-Agrarpolitik? Wir haben es schon teilweise gehört. Nach 2013 beginnt eine neue Förderperiode und die Kommissionvorschläge zeigen in die richtige Richtung. So sehen wir das auch.

Im bisherigen System fehlen noch Anreize für eine klima- und umweltschonende Landbewirtschaftung. Daher begrüßen wir, dass unter dem Stichwort „Greening“ betriebliche Maßnahmen, die unmittelbar positiv auf Umweltschutz, Klimaschutz, Tierschutz und Erhalt der Biodiversität wirken, bei der Höhe der Direktzahlungen berücksichtigt werden. Hier wird das genannte Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ erlebbar gemacht. 30 Prozent der Direktzahlungen werden dann an die Bedingungen dieses Greenings gebunden. Das ist ein guter Anfang.

Zu den Bedingungen des Greenings: Auf sieben Prozent der Betriebsflächen werden zukünftig ökologische Vorrangflächen obligatorisch für den Erhalt der Direktzahlungen. Es wird eine dreigliedrige Fruchtfolge mit Eiweiß-

pflanzenanbau stattfinden und wir haben dann endlich ein Grünlandumbruchsverbot.

Kommen wir noch mal kurz zu der betrieblichen Obergrenze, zu der Kappung, wo wir differierende Meinungen haben. Es soll also eine betriebliche Obergrenze eingeführt werden. Das ist ein Steuerungsinstrument, mit dem verhindert werden kann, dass einige wenige Betriebe einen Großteil der Agrarzuwendungen abschöpfen. Die Kosten für die Arbeitskräfte können gegengerechnet werden, damit arbeitsintensive Betriebe die volle Höhe der Basiszahlung erhalten können.

Wir begrüßen diese größenabhängige Degression der Direktzahlungen ebenso wie den Ansatz der Kommission, arbeitsintensive Betriebe nicht schlechterzustellen. Diese Obergrenze, also die Kappung, wird nun mit dem Antrag der LINKEN infrage gestellt.

Worum geht es bei der Kappung der geplanten Direktzahlungen? Hier ein paar Eckwerte: Wenn 150.000 Euro Direktzahlung überschritten werden, wird die Kappung der Beihilfen um 20 Prozent durchgeführt. Das bezieht sich aber nur auf die 70 Prozent der Direktzahlungen, die ohne Bindung an das Greening gezahlt werden. Die anderen Grenzwerte haben wir schon gehört. Bei Überschreiten der Grenze von 300.000 Euro wird die Kappung um 100 Prozent stattfinden. Das ist die Deckelung. Dazwischen gibt es noch zwei Zwischenstufen von 40 und 70 Prozent bei anderen Eckwerten.

Dieses so als blanke Regelung ausnahmslos zu akzeptieren, greift auch für uns GRÜNE in Mecklenburg-Vorpommern zu kurz, haben wir es doch hier im Nordosten der Republik bereits traditionell mit großflächigen Betrieben zu tun. Daher sind wir für die modifizierte Kappung unter Berücksichtigung der Zahl der Arbeitskräfte pro Landwirtschaftsbetrieb.

Auf diese Weise hätten wir arbeitskraftbezogene Kappungsobergrenzen. Und genau das sieht der Vorschlag der Kommission doch vor. Ich zitiere: „Der Betrag gemäß Absatz 1 wird berechnet, indem die von dem Betriebsinhaber im Vorjahr tatsächlich gezahlten und ausgewiesenen Löhne, einschließlich Steuern und Sozialbeiträge für die Beschäftigung, vom Gesamtbetrag der Direktzahlungen abgezogen werden“, Zitatende.

Wie verhält es sich nun mit den Arbeitskräften in der Landwirtschaft in unserem Bundesland? Wenn wir einmal einen Blick in die Landesstatistik werfen, Zitat, „Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Statistik“, Ausgabe 2011: „Die 4.725 Landwirtschaftsbetriebe verfügen über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von zusammen 1,351 Millionen Hektar. Die Flächenausstattung mit durchschnittlich 286 Hektar ist die größte in Deutschland. 7,2 Prozent der Betriebe bewirtschaften jeweils 1.000 Hektar und mehr und damit 40,9 Prozent der Gesamtfläche. Im Jahr 2010 waren insgesamt 19.266 Arbeitskräfte mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt, davon 73 Prozent Männer und 27 Prozent Frauen. ... Der Arbeitskräftebesatz als Maß für die Arbeitsleistungen bzw. den betrieblichen Arbeitsaufwand ist mit rund 1,3 Arbeitskräfteeinheiten je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche schon seit Jahren der niedrigste in Deutschland.“ Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist produktiv, ne?)

Mit dem Instrument der arbeitskraftbezogenen Kappung können wir also ein Mehr an Direktzahlungen und ein Mehr an Arbeitsplätzen erreichen.

Ein weiterer spannender Aspekt in der zukünftigen Agrarförderung ist die Definition des Begriffs „landwirtschaftlicher Betrieb“. Was ist das eigentlich? Hier brauchen wir doch eine klarere Abgrenzung zwischen tatsächlichen Landwirtschaftsbetrieben und den rein am Profit orientierten Kapitalgesellschaften. Betriebe, die eigentlich nur auf dem Papier als Landwirtschaftsbetrieb fungieren, kaum Arbeitsplätze generieren, dabei aber gigantische Flächen managen, wollen wir nicht länger mit Direktzahlungen der EU subventionieren.

Auch hier sieht der Vorschlag der Kommission eine praktikable Lösung vor. Die Kommission definiert einen aktiven Landwirt als eine Person oder ein Unternehmen, das mindestens fünf Prozent seiner Gesamteinkünfte aus der Landwirtschaft bezieht. Ausgenommen werden bei dieser Regelung Betriebe, die im Vorjahr weniger als 5.000 Euro Direktzahlungen erhalten haben.

Rechnet man diese Zahlen einmal durch, ergibt sich folgendes Bild: Alle Betriebe, die weniger als 15 Hektar bewirtschaften, sind nicht davon betroffen, und unsere Nebenerwerbslandwirte beziehen in der Regel mehr als fünf Prozent ihres Gesamteinkommens aus der Landwirtschaft. Die sind auch nicht betroffen, aber die Großunternehmen wie RWE, die erhalten mit dieser Formel dann kein Geld mehr.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist gut so.)

Eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft muss der Maßstab für eine zielgerichtete Agrarförderung sein.

Kommen wir nun zum Schluss: Was fordert der Antrag der LINKEN? Ich zitiere: „Eine Kappung und Degression einzelbetrieblicher Direktzahlungen ist abzulehnen, da dieses eine Form der Ungleichbehandlung gleicher Leistungen darstellt, jedoch sollte eine Berücksichtigung des strukturbedingten Arbeitsaufwandes der Betriebe erreicht werden ...“

Hier soll also eine Kappung verhindert werden und eine Berücksichtigung des Arbeitsaufwandes stattfinden? Diese Position können wir in der Form nicht teilen. Wir unterstützen daher den Antrag auf einen Verweis in den Fachausschuss für Agrar. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der Fraktion der CDU Herr Schütt.

Heino Schütt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der zurückliegenden Legislaturperiode hat sich der Landtag siebenmal mit der Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik befasst. Dabei waren allein drei Anträge der Fraktion DIE LINKE zu verzeichnen. Die letzte Beratung zu der Thematik fand am 19. November 2010 auf Antrag meiner Fraktion unter der Überschrift „Erste Bewertung von Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013“ statt. Heute befassen wir uns wieder einmal mit dieser Thematik, obwohl der Minister bereits im zuständigen Ausschuss dazu berichtet hat.

Klar ist, dass die Gemeinsame Agrarpolitik die Zukunft des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und in der Europäischen Union maßgeblich bestimmen wird. Insbesondere geht es hierbei um folgende Fragen:

- Wie viel Geld steht der künftigen Agrarpolitik zur Verfügung?
- Welche Maßnahmen werden für die Unterstützung der Agrarmärkte in Zukunft ergriffen?
- Wie werden die Haushaltsmittel der Europäischen Union auf die einzelnen Staaten verteilt?
- Wie sehen die zukünftigen Direktzahlungen aus?
- Wie geht man in Zukunft mit den Überkreuzverpflichtungen und der Modulation um?
- Und wie wird das Verhältnis zwischen erster und zweiter Säule ausgestaltet werden?

Nunmehr hat die Europäische Kommission am 12. Oktober ihre ersten Legislativvorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 vorgestellt. Wir als CDU sind der Auffassung, dass die Vorschläge zum großen Teil nicht geeignet sind, die künftigen Herausforderungen wie die Bewältigung des Klimawandels oder die Sicherung der Welternährung zu bewältigen. Wir haben gerade Bedenken, inwieweit vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Weltbevölkerung deren Ernährung abgesichert werden soll und gleichzeitig die Erzeugung regenerativer Energien befördert werden kann.

Gerade die Vorschläge zum Greening, wonach circa sieben Prozent der Ackerflächen für Hecken und Waldflächen oder ökologische Flächen zur Verfügung gestellt werden müssen, sehen wir als problematisch an. Mit der beabsichtigten Einführung der Kappung von Ausgleichszahlungen ab 300.000 Euro werden neue Ungerechtigkeiten heraufbeschworen. Wir sind der Auffassung, dass jeder Hektar, egal, ob Acker- oder Grünland, die gleiche Unterstützung erhalten muss. Hierbei darf weder die Gesellschaftsform noch die Betriebsgröße bei der Berechnung der Ausgleichszahlungen eine Rolle spielen. Wir lehnen die Verknüpfung der Zahlungen aus der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik über das bereits heute geltende Maß hinaus ab. Für uns ist es nicht mehr hinnehmbar, dass die Leistungen unserer Bauern für den Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz nicht angemessen honoriert werden.

Die nunmehr auf dem Tisch liegenden Vorschläge verdeutlichen, dass die Bundesregierung im Interesse der Landwirte und Landwirtschaftsunternehmen noch dicke Bretter bohren muss. Aus diesem Grunde ist es unserer Auffassung nach notwendig, dass alle Bundesländer und die Bundesregierung mit einer Stimme sprechen. Ein Ausscheren einzelner Bundesländer beziehungsweise das Aufweichen der Position der Bunderegierung durch einzelne Positionen schwächt letztendlich die Verhandlungsposition und ist somit nachteilig für die gesamte Landwirtschaft.

Wir sind der Auffassung, dass der mit den Agrarreformen von 1992, 1999 und 2003 sowie mit dem Health Check 2008 eingeschlagene Weg zur Stärkung der Marktorientierung und der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der

landwirtschaftlichen Betriebe sowie der nachhaltigen Produktion fortgesetzt werden muss. Aus diesem Grund unterstützen wir eindeutig die Position der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013.

Sehr geehrte Damen und Herren, allein im vergangenen Jahr hat die Europäische Union rund 58 Milliarden Euro für die Unterstützung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes ausgegeben. Davon erhielt Deutschland rund zwölf Prozent, also 7 Milliarden Euro. Dies ruft natürlich auch Kritiker auf den Plan, welche die Auffassung vertreten, das Geld sei in anderen Bereichen besser aufgehoben. Dem möchte ich entgegenhalten, dass die Agrarpolitik fast ausschließlich von der Europäischen Union finanziert wird und der einzige vergemeinschaftete Politikbereich ist.

Fest steht, dass es auch in Zukunft nicht ohne finanzielle Beihilfen für die Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern gehen wird. Dennoch stellt sich die Frage, wie die Beihilfen in Zukunft ausgestaltet werden. Zahlreiche neue EU-Mitglieder fordern eine Anpassung der Ausgleichszahlungen.

Der Durchschnitt der Direktzahlungen pro Hektar in der Europäischen Union liegt derzeit bei 262 Euro. In den baltischen Ländern, Rumänien, Bulgarien und Polen bekommen die Bauern aber zum Teil deutlich weniger als 200 Euro. Ihre griechischen Kollegen hingegen bekommen mit über 500 Euro je Hektar fast das Dreifache. Auch Deutschland liegt mit 344 Euro je Hektar deutlich über dem Durchschnitt. Deshalb ist es verständlich, dass mittel- und osteuropäische Beitrittsstaaten mit aller Macht eine Neuverteilung durchsetzen wollen.

Dennoch sind wir der Auffassung, dass wir erstens den Weg der vorausgegangenen Reform fortsetzen und das Modell der multifunktionalen Landwirtschaft weiter im Agrarhaushalt absichern. Dabei ist am bisherigen Gesamtbudget festzuhalten.

Zweitens. Das System der zwei Säulen der GAP muss erhalten bleiben. Verschiebungen zwischen den Säulen lehnen wir ab. Die Finanzierung der Ausgleichszulage soll weiterhin aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik erfolgen. Die mit dem Greening beabsichtigte verstärkte Verknüpfung der Direktzahlungen an zusätzliche Umweltauflagen lehnen wir ab und fordern eine Überprüfung der Cross-Compliance-Regelung mit dem Ziel einer Entbürokratisierung der Vorgaben.

Sehr geehrte Damen und Herren, der zuständige Minister hat bereits im Landwirtschaftsausschuss zu den Auswirkungen der Legislativvorschläge der EU-Kommission gesprochen. Auch heute hat er einen ausführlichen Bericht vorgelegt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was? Der hat doch noch
gar nicht geredet.)

Die Agrarministerkonferenz hat entsprechende Beschlüsse gefasst,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das kommt doch erst noch.)

welche im zuständigen Ausschuss erörtert wurden.

Entschuldigung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hört, hört!)

Vor diesem Hintergrund ist so dem Punkt 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE Rechnung getragen worden. Trotzdem überweisen auch wir den Antrag in den Agrarausschuss zurück. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat der Abgeordnete der NPD-Fraktion Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Offiziell geht es hier um Agrarpolitik, in Wirklichkeit geht es hier um Geld, was über den Umweg Brüssel teilweise den Weg nach Deutschland zurückfinden soll.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Und mit den gegenwärtigen Vorstellungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union durch die EU-Kommissare sind vermutlich gravierende Veränderungen für Mecklenburg-Vorpommern zu erwarten.

Bislang war es vereinfacht dargestellt so, dass in Mecklenburg-Vorpommern vor allem die Agrargroßbetriebe von den Förderungen der EU profitiert haben. Je größer der Betrieb, umso mehr Geld aus Brüssel gab es dafür. Die Änderungen der EU beziehungsweise durch die EU führen zu einer weiteren Entfernung von den historischen Prämienzahlungen, die einzig und allein auf die Produktionsmenge ausgerichtet waren, was wiederum zu den bekannten Butterbergen und auch Milchseen führte.

Wir Nationalisten begrüßen es an dieser Stelle, wenn so viel deutsches Steuergeld von der EU zurückgeholt wird, wie es nur möglich ist. Es erfolgt allerdings kein Systemwechsel. Durch die EU-Kommission ist dieser allerdings auch nicht zu erwarten. Die Agrarpolitik der EU wird weiterhin den Interessen und dem Einfluss der Agrarindustrie untergeordnet.

Gerade die kleinen bäuerlichen Betriebe werden nach wie vor enorm benachteiligt. So ist zum Beispiel die Fruchtfolge weiterhin kein bestimmendes Element. Großbetriebe und Agrarindustrie sollen weiterhin die Hauptabnehmer der Subvention bleiben.

(Udo Pastörs, NPD: Mais, Mais, Mais!)

Und in Osteuropa sollen Kleinbauern zur Tätigkeitsaufgabe ermuntert werden. Die Industrie will freie Bahn.

Bereits an anderer Stelle führte ich aus – und ich wiederhole mich gerne an dieser Stelle noch einmal –:

(Heinz Müller, SPD:
Das ist aber nicht nötig.)

Die erste und wichtigste Aufgabe der Bauern und der Landwirte in einer den heimischen Bedarf deckenden Volkswirtschaft ist es, die Herstellung von bestmöglichen Lebensmitteln unter Beachtung möglichst natürlicher Herstellungsbedingungen sicherzustellen. Hierzu bedarf es einer umfangreichen Artenvielfalt. Alle Lebensmittel,

die aufgrund der Verhältnisse von zum Beispiel Klima und Boden hier wachsen können, müssen auch bis zur Bedarfsdeckung hier angebaut werden. Selbstverständlich gilt dieses sowohl für Erzeugnisse, die direkt zu den Verbrauchern gelangen, als auch für eiweißreiche Futtermittel für die Tierhaltung sowie für die Fleischproduktion.

Für eine zukunftsfähige und heimatverbundene Landwirtschaft und ein ebensolches Bauerntum ist aus Sicht der NPD-Fraktion die Umsetzung der nachfolgend genannten Forderung unausweichlich, und Hauptpunkt einer Förderung muss diese sein: die Herstellung der größtmöglichen Unabhängigkeit von der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die problemlos auch hier angebaut werden können. Hierdurch behält man die eigene und vielseitige Wertschöpfungskette im Land, was wiederum weitreichende positive Auswirkungen zur Folge hat, Stichwort „Arbeitsplätze im eigenen Land“ oder auch „Erhalt des bäuerlichen Handwerks“.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Hierdurch verringert die Politik zugleich das Risiko von Preisschwankungen, zum Beispiel aufgrund von Währungsmanipulation oder Nahrungsmittelspekulation. Und auch der Transport von Produkten um den halben Erdball, der sowohl ökonomische als auch ökologische Auswirkungen hat, zum Beispiel die Urwaldabholzung zur Schaffung von weiteren landwirtschaftlichen Produktionsflächen, der Einsatz von chemischen Substanzen, wie beispielsweise Pflanzenschutzmitteln, können hierdurch verringert werden.

Die Wirklichkeit spricht leider aber eine andere brutale Sprache. Ich erinnere Sie noch einmal an die Preise für EU-Hühnerreste in Afrika, die teilweise unter der Hälfte des Preises, für den der afrikanische Bauer herstellen kann, liegen. Mit unseren Fleischresten wird ihm die Arbeitsgrundlage entzogen und er wird in Teilen dahin auswandern, wo er bessere Lebensverhältnisse vorfindet. Und dazu gehört nun einmal auch die EU und insbesondere Deutschland.

Auch der Verzicht auf notwendigen oder auch nicht notwendigen Export kann ein Beitrag zur Entwicklungshilfe und zur Hilfe vor Ort sein. Wir verlangen auch deshalb eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben und nicht die Massenproduktion in Fabriken. Die Unterstützung für den Bau von Tierfabriken, die zudem kaum Arbeitsplätze binden und die Attraktivität ländlichen Lebens durch Transporte, Gestank, Grundwasserverschmutzung, Emissionen und so weiter und so fort mindern, diese sind unverzüglich einzustellen.

Ihr Grundverständnis ist allerdings natur- und somit lebensfeindlich, denn für Sie sind zum Beispiel Tiere nur eine Sache beziehungsweise ein Produktionsgut und keine Lebewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja

jetzt schon von allen Fraktionen vieles gesagt worden, eigentlich schon fast alles, nur noch nicht von mir.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber ich will das auch noch mal sehr ernsthaft ansprechen. Ich glaube, Herr Krüger hat hier einen sehr interessanten und klugen Einstieg gehabt. Wenn wir uns an die Römischen Verträge erinnern aus dem Jahr 1957, da kann man vielleicht gerade in Richtung Weihnachten und der jetzt gleich anstehenden Weihnachtsfeier auch mal ein Stückchen in sich gehen. Wenn wir uns überlegen, 1957 herrschte in Europa Hunger: Heute gibt es auf der Welt über eine Milliarde Menschen, die hungern, alle 1,5 Sekunden stirbt ein Mensch auf dieser Erde und auf der anderen Seite haben über zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Da lässt es sich vor gefüllten Tischen, wenn wir jetzt an Weihnachten denken, schnell und leicht über Hunger auf dieser Erde reden. Mit einem vollen Bauch fällt einem das immer alles sehr leicht. Und ich finde schon, dass es berechtigt ist, dann auch deutlich zu machen, was die europäische Agrarpolitik,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

was die europäische Agrarpolitik wirklich geleistet hat, nämlich wenigstens den Hunger in Europa zu besiegen. Ich finde, das ist ein hervorragendes Ergebnis.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Minister Harry Glawe: Ja, richtig.)

Und zum Zweiten, und auch das muss die neue Agrarreform bringen, zum Zweiten ist für mich ganz entscheidend, dass wir Existenzen sichern, dass die ländlichen Räume daraus weiter profitieren, dass immer wieder gesunde Lebensmittel produziert werden und wir wettbewerbsfähige Unternehmen weiterentwickeln können, die sich auf den Märkten bewegen können.

Und die neuen Herausforderungen zu bewältigen – das finde ich auch richtig, deswegen habe ich die Agrarreform und die neuen Vorschläge unterstützt, weil wir noch im Jahr 2000 die Verantwortung in diesem Lande für deutsche Agrarpolitik gehabt haben –, haben wir den Einstieg in den Paradigmenwechsel eingeleitet, nämlich, dass deutsches Geld, Steuergeld, das in Europa eingesetzt wird, für öffentliche Leistungen der Landwirtschaft bereitgestellt wird. Ich glaube, dass dieser Paradigmenwechsel richtig ist und dass davon insbesondere Mecklenburg-Vorpommern profitieren wird.

Und für mich ist auch wichtig, wenn Sie sich überlegen, jetzt gerade zum 1. Dezember, in einem schwierigen Jahr der Agrarwirtschaft, haben wir 412 Millionen Euro auf die Konten der Landwirtschaft überwiesen. Das war eine Riesenleistung unserer Agrarverwaltung und vor allem sichert dies die Liquidität in den Landwirtschaftsbetrieben. Es sind im Übrigen allein 300 Millionen Euro an Lohnsummen, die damit der Landwirtschaft bereitgestellt werden. Das belebt natürlich auch das Kaufverhalten und führt auch zu privaten Investitionen. Deswegen, glaube ich, ist es gut, dass wir eine Debatte führen werden zu der europäischen Agrarpolitik im Agrarausschuss.

Und was mir auch ganz wichtig ist, neben den Dingen, die hier angesprochen worden sind, ist, dass wir uns den neuen Herausforderungen widmen müssen, nämlich

dem Energiewandel, dem Klimawandel und vor allen Dingen natürlich auch der Biodiversität. Da glaube ich wiederum, dass es zur Weihnachtszeit wichtig ist, einfach zu erkennen, 30 Prozent der Arten auf dieser Erde sind aktuell vom Aussterben bedroht. Und wenn es die Landwirtschaft nicht beherrscht und kann, nämlich dafür zu sorgen, die Artenvielfalt zu stabilisieren und Ökologie, Ökonomie und soziale Verantwortung ineinander zu verknüpfen – das kann kein anderer Wirtschaftszweig auf dieser Erde.

Deswegen glaube ich auch, dass es richtig ist, dass wir eine sachliche Diskussion führen. In Richtung der GRÜNEN will ich schon mal andeuten, in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind wir mit Ihren Kolleginnen und Kollegen ein ganzes Ende weiter, auch was die Kappung anbetrifft. Denn wir haben gesagt aus Mecklenburg-Vorpommern heraus – ich bin ein bisschen stolz darauf, dass die Agrarministerkonferenz im Wesentlichen unser Ansinnen aufgenommen hat und wir damit die Mehrheit gegenüber der Bundesregierung in den Ländern vertreten haben, da bin ich stolz drauf, dass wir das geschafft haben –, dass wir die Kappung ablehnen, aber dass wir auf der anderen Seite sehr wohl eine grünere ausgewogene Agrarpolitik in Europa und auch in Deutschland wollen.

Und hier ist die Bundesregierung jetzt in den nächsten Wochen aufgefordert, wirklich Maßstäbe zu setzen und sich dafür einzusetzen, nämlich dass das, was wir in der Agrarministerkonferenz einstimmig und in der Umweltministerkonferenz aus dem Antrag von Mecklenburg-Vorpommern heraus beschlossen haben – Herr Tack hat darauf hingewiesen –, jetzt umgesetzt wird und Mehrheiten in Europa gesucht werden. Denn zum Schluss geht es auch in Mecklenburg-Vorpommern um einen der wichtigsten Wirtschaftszweige, der in den letzten Jahren erhebliche Investitionen getätigt hat. Mit der Land- und Ernährungswirtschaft, glaube ich, können wir immer noch den wichtigsten Wirtschaftszweig darstellen, den wir auch in der Zukunft ausbauen und stabilisieren wollen. In diesem Sinne wünsche ich mir eine gute Diskussion im Agrarausschuss.

Zum ländlichen Raum als solches ist hier heute nicht allzu viel gesagt worden, aber ich will nur andeuten, dass wir jährlich immerhin – jährlich, auch mit EU-Mitteln – insgesamt 220 Millionen Euro für die ländliche Entwicklung bereitstellen, von Kindergärten über Infrastruktur bis hin zu Agrarumweltmaßnahmen und es hört auf bei Trinkwasser- oder Abwasseraufbereitung. Das ist Geld, das in die ländlichen Räume und damit in kleine und mittelständische Unternehmen fließt, bis hin zur touristischen Infrastruktur. Das sollte man bei alledem nie vergessen. Mecklenburg-Vorpommern hat in immenser Weise von diesen EU-Mitteln profitiert. Insgesamt sind das im Übrigen für den gesamten Bereich über 18 Milliarden Euro an Investitionen in den letzten 20 Jahren gewesen. Und darauf können die Menschen zu Recht auch,

(Udo Pastörs, NPD:
Und sie hingen am Tropf,
das haben wir gesagt.)

darauf können die Menschen zu Recht auch stolz sein, dass wir diese Mittel zur Verfügung hatten. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat ist es so, wie Minister Backhaus eben gesagt hat, es ist sehr viel gesagt worden. Ich möchte mich bei den demokratischen Fraktionen dafür bedanken, dass sie dem Vorschlag folgen werden, diese wichtige Frage in den zuständigen Fachausschuss zu überweisen, und dort werden wir uns über viele einzelne Lösungen dann noch streiten müssen, um zu einer gemeinsamen Beschlussempfehlung zu kommen.

Ich danke Ihnen deswegen so, weil ich in der bewussten Beratung in Güstrow ja auch gesagt habe, mein Anliegen wird es sein, zu einem gemeinsamen Standpunkt der demokratischen Fraktionen in diesem Landtag zur Weiterführung der Agrarpolitik zu kommen. Und damit will ich es dann auch schon bewenden lassen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/163 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 15. Dezember 2011, 9.00 Uhr ein.

Meine Damen und Herren, ich lade nochmals alle sehr herzlich gleich um 18.00 Uhr zu unserem vorweihnachtlichen Konzert mit dem Schweriner Gospelchor und unserem Weihnachtsmarkt im Schlossinnenhof ein. Damit wird reichlich Gelegenheit bestehen, einige der heute im Verlauf der Debatte gegebenen Versprechen einzulösen und die eine oder andere Diskussion zu vertiefen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.10 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Jörg Heydorn, Detlef Müller, Manuela Schwesig und Dr. Margret Seemann.